Affront gegen Vertriebene S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 45 – 10. November 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Tristess pur: In dieser Legislaturperiode wird der „Baum“ keine Früchte mehr tragen

Bild: pa

Schwarz-Gelb: Das war’s

Koalitionsbeschlüsse sind für bürgerliche Wähler eine Enttäuschung

Vor allem die FDP hat sich mit ihrem Ja zu den Beschlüssen keinen Gefallen getan und sich nicht nur ab Herbst 2013 aus der Regierung, sondern aus dem Bundestag katapultiert.

Die Versuche der Parteiführungen von Union und FDP, die Koalitionsbeschlüsse zu Rente, Betreuungsgeld und Infrastruktur als großen Wurf zu präsentieren, fruchten nicht einmal in den eigenen Reihen. Tags darauf wurde das Betreuungsgeld aus den Reihen der FDP schon wieder angeschossen.

Was nach elend langem Hin und Her endlich unter Dach und Fach gebracht wurde, ist denn auch mehr die Selbstoffenbarung einer inhaltlich und personell ermatteten Koalition. Wer 2009 auf Erneuerung durch eine im weltanschaulichen Sinne bürgerliche Regierung gehofft hatte, konnte kaum bitterer enttäuscht werden. Beispiel Betreuungsgeld: Bürgerliche Politik hätte den Verzicht auf einen teuren Kita-Platz nicht durch Geldgeschenke vom Staat, sondern durch einen Steuerabschlag gewürdigt. Nicht noch mehr Umverteilung, sondern „mehr Netto vom Brutto“ ist schließlich das Credo derer, welche wollen, dass „Leistung sich lohnt“. Auf diesem Wege wäre auch die Gefahr gebannt worden, dass gerade sozial schwache Familien, deren Kinder die staatliche Erziehung noch am ehesten nötig haben, ihre Kinder nun aus der Kita nehmen. Denn ihnen wäre jeder Anreiz dazu genommen.

> Ein »strukturell ausgeglichener« Haushalt ist Mogelpackung pur

Diese Idee aber wurde nicht einmal diskutiert. Allein das zeigt, wie weit Schwarz und Gelb vom Pfad bürgerlichen Gedankenguts abgekommen sind. Wenn die FDP-Staatsministerin Cornelia Pieper das Betreuungsgeld stattdessen als „Rückkehr zum alten Familienmodell Kinder, Küche, Kirche“ diffamiert, beweist sie nur, dass sie das liberale Ideal der Wahlfreiheit aufgegeben hat zugunsten eines linken Gesellschaftsmodells, nach dem allein der Staat die Kinder richtig „betreut“. Und nach dem Hausfrau nur „gelebte Diskriminierung“ sein kann, und nicht etwa selbst gewählter Beruf. Kurz: Die FDP-Politikerin ist im Reich linker Gesellschaftsingenieure angekommen. Dass ihr die Wählerklientel der Liberalen dorthin nicht folgen will, zeigen die Umfragen: Die FDP kommt nicht mehr über jämmerliche drei bis vier Prozent hinaus.

Der Beschluss, ab 2014 einen „strukturell“ ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu präsentieren, ist eine Mogelpackung. „Strukturell“ bedeutet, dass Sonderausgaben nicht berücksichtigt sind. Doch durch die Schuld von Schwarz, Gelb, Rot und Grün gleichermaßen drohen über die sich abzeichnenden Euro-Katastrophen Sonderausgaben in bestialischer Größenordnung. Ob unter den dann anfallenden gigantischen Neuschulden noch ein „strukturell“ ausgeglichener Haushalt verschüttet liegt oder nicht, wird für die Gesamthöhe des Berges vollkommen belanglos sein. Aber diese hässliche Wahrheit blenden alle Bundestagsparteien verbissen aus, was offenlegt, wie weit sie sich von der Realität entfernt haben.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Vertrauen ade

Unter den Berufsgruppen, denen die Deutschen am meisten vertrauen, stehen Richter und Staatsanwälte bei Umfragen immer weit oben. Wenn man sieht, durch welche Fehlleistungen sie in jüngster Zeit hervortreten, muss man allerdings bezweifeln, dass sie dieses Vertrauen verdienen. Dass die Tottreter von Berlin zur gleichen Stunde, in der ihr Opfer beerdigt wurde, sich schon wieder ihrer Freiheit erfreuen durften, hat für breite Empörung gesorgt. Ein Intensivtäter, der zwei Polizisten krankenhausreif geprügelt hatte, wurde sogleich wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Staatsanwaltschaft hatte es abgelehnt, ihn dem Haftrichter vorzuführen. Und ein Täter, der Polizisten mit Benzin „abfackeln“ wollte, fand einen nachsichtigen Haftrichter, so dass er sich unbehelligt ins Ausland absetzen konnte.

Kommt es zum Prozess, kann der Täter zumeist auf eine Absprache zwischen Richter, Staatsanwaltschaft und Verteidiger hoffen, die ihm ein mildes Urteil beschert. Aus Gründen der Prozessökonomie werden Aufklärung und Beweisaufnahme vernachlässigt, um ein schnelles, und kostengünstiges Verfahren zu erreichen. Wahrheit und Gerechtigkeit bleiben dabei auf der Strecke. Derzeit befasst sich das Bundesverfassungsgericht mit dieser fragwürdigen Praxis, die die Gerichte als Notwehr der überlasteten Justiz, Rechtsprofessoren dagegen als Untergang der Rechtskultur bewerten. Letzteres trifft wohl zu.

Es profitieren von all dem vor allem diejenigen, die sich außerhalb unserer Rechtsordnung stellen. Wer dagegen als anonsten gesetzestreuer Bürger auch nur den kleinsten Regelverstoß begeht, bekommt die ganze Härte des Rechtsstaats zu spüren. So wird Vertrauen verspielt.

Einseitig statt bilateral

Parlament in Kabul billigt deutsch-afghanisches Abkommen

Mit der Billigung des deutsch-afghanischen Partnerschaftsabkommens hat das Parlament in Kabul den Weg für den Fluss deutscher Steuergelder an den Hindukusch freigemacht. Das Abkommen war im Mai von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Hamid Karzai unterzeichnet worden und regelt die bilaterale Zusammenarbeit. Was vordergründig gut klingt, bedeutet jedoch nichts anderes, als dass Deutschland zahlen und Afghanistan kassieren wird. Dem Paragrafenwerk vorangestellt, werden auf mehreren Seiten die Geschichte der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten abgehandelt sowie die Verantwortung und der historische Beitrag beider Völker zu Frieden, Demokratie und Weltkulturerbe beschworen, um das kostspielige deutsche Engagement im „Partnerland“ zu rechtfertigen.

> Tatsächlich geht es um deutsches Geld

In Artikel 2 erfährt man gleich, worum es eigentlich geht, nämlich um deutsche Zahlungen. Danach wird Deutschland „einen angemessenen Beitrag“ zur Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte leisten. „Angemessen“ heißt, 150 Millionen Euro pro Jahr, zahlbar ab 2014. Dieser Betrag dürfte jedoch nur ein kleiner Teil dessen sein, was Deutschland langfristig pro Jahr für Afghanistan aufwenden wird. Denn die Bundesregierung fühlt sich „in Bekräftigung des Geistes der langjährigen freundschaftlichen Beziehungen“ mit Afghanistan dazu berufen, dessen zivilen Aufbau großzügig zu fördern. So hat sie mit Karsai die Zusammenarbeit – sprich finanzielle Unterstützung – auf den Gebieten Infrastruktur, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Gesundheits- und Rechtswesen vereinbart. Kurios: Laut Vertrag soll diese Zusammenarbeit in einigen Bereichen auf Gegenseitigkeit erfolgen. Man darf gespannt sein, welche Fördermaßnahmen Deutschland im Gegenzug aus Kabul zuteil werden.

J.H.

Kampf der Kreml-Clans

Putin setzt äußerst unbeliebten Verteidigungsminister ab

Russland hat seit vergangenem Dienstag einen neuen Verteidigungsminister. Präsident Putin ernannte Sergej Schojgu, bisher Gouverneur des Moskauer Gebiets, zum neuen Armeechef. Dem ehemaligen Katastrophenschutzminister traut man die Aufgabe, das ehrgeizige Rüstungsprogramm (580 Milliarden Euro) umzusetzen, eher zu als dem äußerst unbeliebten Anatolij Serdjukow, seinem Vorgänger. Dennoch kam für viele Serdjukows Absetzung völlig unerwartet, galt er doch bislang als Vertrauter Putins. Auch Schojgu zeigte sich von seiner Ernennung überrascht.

Wladimir Putin erklärte, Serdjukow abgesetzt zu haben, um den Weg für eine Untersuchung von Betrugsvorwürfen gegen ein dem Verteidigungsministerium unterstelltes Unternehmen frei zu machen. Mitarbeiter der Holding „Oboronservice“ sollen Grundstücke aus Staatseigentum zu niedrigen Preisen an Tochterfirmen verkauft haben, die diese gewinnbringend weiter veräußerten. Dem russischen Staat sei ein Schaden in Höhe von 75 Millionen Euro entstanden. Außerdem wird Serdjukow Führungsschwäche und ein Versagen bei der Versorgung von Militärangehörigen mit Wohnraum vorgeworfen. Beobachter bewerten den Amtswechsel jedoch als Ergebnis eines Kampfes der Clans. Im Zuge der Armeereform hatte Serdjukow eine Reihe unbequemer Maßnahmen getroffen, bei denen zahlreiche Offiziersstellen gestrichen und die technische Ausrüstung der Armee Privatfirmen übertragen wurden.

> Serdjukow soll in Betrug verwickelt sein

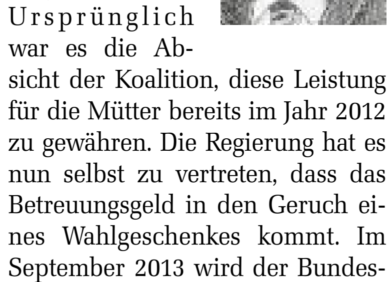
Anfang Oktober soll Präsident Putin gesundheitlich angeschlagen gewesen sein. Genau ab diesem Zeitpunkt wurde der Immobilienskandal an die Presse lanciert. „Wenn der Zar einmal nicht da ist, beginnen die Bojaren zu kämpfen“, heißt es in Russland. Putin scheint dem Druck der Militärelite nachgegeben zu haben.

MRK

Zwischenruf

Positives Zeichen

Endlich! Das Betreuungsgeld kommt. Die Koalition setzt ein positives Signal. Politik muss als oberstes Leitziel das Gemeinwohl verfolgen. Dabei sollte jeder politisch Verantwortliche über die Fähigkeit zum Kompromiss verfügen. Nur so kann Politik funktionieren, die sich am Menschen orientiert. Am Beispiel Betreuungsgeld erkennen wir, dass diese Grundsätze nicht zählen, wenn die politische Klasse im (Vor)-Wahlkampf um Profilierung bemüht ist. Es ist die natürlichste Sache der Welt, wenn Mütter ihre Kinder in den ersten drei Lebensjahren selbst rund um die Uhr betreuen. Das gewährleistet eine gesunde Entwicklung der Kinder. Der rot-grünen Opposition ist es mit einer ideologisch untermauerten Argumentation gelungen, das Betreuungsgeld zu diskreditieren. Kinder, Küche, Kirche! Dies hat Teile der CDU und der FDP verunsichert, was zu einer quälenden Diskussion führte.



Seit Sonntag steht nun fest, dass das Betreuungsgeld in der ersten Stufe zum 1. August 2013 für Zweijährige eingeführt wird. Ursprünglich war es die Absicht der Koalition, diese Leistung für die Mütter bereits im Jahr 2012 zu gewähren. Die Regierung hat es nun selbst zu vertreten, dass das Betreuungsgeld in den Geruch eines Wahlgeschenkes kommt. Im September 2013 wird der Bundestag neu gewählt.

Politikverdrossenheit erzeugt die Reaktion der Opposition. Man werde das Betreuungsgeld wieder abschaffen, wenn man im nächsten Jahr die Regierung übernehme. Besonders abstoßend die Reaktion des FDP-Nachwuchses. Das Betreuungsgeld gehöre wieder abgeschafft. Die Jungen Liberalen fallen damit der Mutterpartei FDP in den Rücken. Die Wähler werden den Liberalen die Antwort auf ein derartiges Verhalten geben.

Mit dem Liberalismus ist derzeit bei den Freien Demokraten kein Staat zu machen. Gerade die FDP müsste für uneingeschränkte Wahlfreiheit zwischen Kita-Betreuung und Mütterbetreuung bei den Kleinstkindern sein.

Wilhem v. Gottberg

Affront gegen Vertriebene

Die Vertreter von BdV und Freikirchen sollen ihre Sitze im SWR-Rundfunkrat verlieren

Die grün-roten Landesfürsten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, und Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, wollen den Südwestrundfunk (SWR) neu gestalten. Dabei sollen die Vertriebenen und die Freikirchen ihre Sitze im Rundfunkrat verlieren. Statt ihrer sollen zusätzliche Vertreter von Umweltverbänden, Migranten und der Muslime in das SWR-Gremium einziehen.

Cuius regio, eius religio – „Wes der Fürst, des der Glaub“, hieß die alte Formel, wonach der Landesfürst den Glauben seiner Landeskinder vorgab. In verfeinerter Form versuchen auch heutige Landesherren noch, diesem Grundsatz bei ihren Landesrundfunkanstalten stets neues Leben einzuhauchen. „Wes der Fürst, des der Sender“, so platt geht es natürlich nicht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk verlangt Subtilität, Fingerspitzengefühl und zeitgemäße Sprachregelung. Der SWR-Staatsvertrag werde „novelliert“, damit der Sender „leistungsfähiger“ und „flexibler“ werde. Es geht um Geschlechterquoten und ein Redaktionsstatut, das besonders die vielen grünen und roten Redakteure erfreuen und ihnen mehr Unabhängigkeit vom Intendanten verschaffen wird. Einen „schlanken“ SWR verkündet der medienpolitische Sprecher der Grünen, Alexander Salomon. Der aufgeblähte SWR-Rundfunkrat nimmt jedoch kein Gramm ab, er soll weiter 74 Mitglieder haben. Zum Vergleich: der BR-Rundfunkrat hat 47, der WDR 48, der NDR 58 und das Deutschlandradio 40 Rundfunkratsmitglieder. Der hohe Body-Mass-Index des SWR-Gremiums kommt besonders daher, dass hier bestimmte Gruppierungen nicht nur einen, sondern gleich mehrere Vertreter entsenden können, was gar nicht nötig wäre. Aber anstatt hier bei „Doppelvertretungen“ zurückzuschneiden, will man nur den Vertreter der Freikirchen und die des Bundes der Vertriebenen (BdV) ganz herauswerfen.

Im SWR-Eckpunktepapier der Landesregierungen heißt es, sie hätten einen „bisher einzigartigen, breiten Dialog über die Reform des SWR-Staatsvertrages mit den Beteiligten in- und außerhalb des SWR-begonnen“. Dabei hatten sogar die BdV-Vertreter im Rundfunkrat erst aus der Zeitung erfahren, dass sie ihre Sitze in dem Gremium verlieren sollen. Auch in der Synopse zur Novelle des Staatsvertrages vom Juni dieses Jahres findet sich bezüglich der neu geplanten Zusammensetzung des Rundfunkrats nur eine große weiße Lücke. Eine Fußnote vermerkt: „Die Zusammensetzung des Rundfunkrats ist im Hinblick auf die gesellschaftlichen Veränderungen ... noch zu prüfen.“ Das war bis vor kurzem der offizielle Stand.

Öffentlicher Protest ist notwendig

Die Landesherren wollen laut Eckpunktepapier mit der Reform auch die „regionale Identität stärken“. Die in der Region immer noch bedeutsamen Vertriebenen – 1,5 Millionen kamen nach 1945 in den Südwesten, 1965 war jeder fünfte Baden-Württemberger ein Vertriebener oder Flüchtling, das Land hat die Patenschaft über die Donauschwaben inne – und die in der Region aktiven Freikirchen sollen jedoch im SWR den Stuhl vor die Tür gesetzt bekommen. Sie sind linken Büchsenspannern nicht genehm und sollen daher abgeschossen werden. Im benachbarten Bayern wäre das undenkbar. Im BR-Rundfunkrat hat der BdV unangefochten ebenso einen Sitz wie im Deutschlandradio. Erst im Jahr 2000 verschaffte Roland Koch den für den SWR angeblich nicht mehr zeitgemäßen Vertriebenen einen Sitz im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks. BdV-Präsidentin Erika Steinbach sitzt im ZDF-Fernsehrat.

Am Schönsten liest sich, was Kretschmann noch im September in einem Grußwort zum 60. Jubiläum des BdV Baden-Württemberg und zum „Tag der Heimat“ schrieb: „Bis heute“, so der Ministerpräsident, „prägen die verschiedenen Vertriebenengruppen mit ihren Traditionen und Brauchtümern unser gesellschaftliches und kulturelles Leben. Sie geben den Menschen in Baden-Württemberg dadurch Halt und Orientierung.“ Der BdV-Landesverband hat jetzt an Kretschmann geschrieben und ihn wegen des SWR an seine Worte erinnert. Auch an Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat man sich gewandt.

Die BdV-Vertreter im SWR sind der Sudetendeutsche Werner Nowak und die frühere CDU-Landtagsabgeordnete Andrea Krueger. Doch während Bernd Friedrich von den Freikirchen starke öffentliche Solidarität für seinen Verbleib im SWR erfährt, auch von einem Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), haben die Vertriebenen bislang keine entsprechende Unterstützung mobilisiert. Es gibt keine Pressemitteilung des BdV-Bundesverbandes, auch hüllt sich die CDU bislang in Schweigen. Ohne öffentlichen Protest laufen die Vertriebenen Gefahr, auf kaltem Wege abserviert zu werden. Der Staatsvertrag wird 2013 in den Landesparlamenten in Mainz und Stuttgart behandelt.

Michael Leh

Der Autor war von 1994 bis 2010 Vertreter des BdV im Hörfunkrat des Deutschlandradios und zuletzt stellvertretender Vorsitzender des Programmausschusses.



Vom SWR mitproduzierte Dokumentation „Kriegskinder“: Über einen Platz im Rundfunkrat konnten die Vertriebenen bisher ihre Interessen vertreten Bild: ARD

Brüssel auf die Finger schauen

Deutsche EU-Skeptiker gründen Denkfabrik

„Open Europe London“, die einflussreiche EU-kritische Denkfabrik, hat ein deutsches Gegenstück erhalten: „Open Europe Berlin“. Ähnlich wie das britische Vorbild will das deutsche Institut, das am 1. November seine Arbeit aufgenommen hat, Alternativen zur etablierten Europa-Politik aufzeigen. Bereits bei der Eröffnungsveranstaltung deutet sich an, dass die deutsche Debatte um die Zukunft Europas mit dem Forschungsinstitut künftig um eine wichtige Stimme reicher wird: Otmar Issing, der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, hielt eine Festrede zum Thema „Mehr Europa – welches Europa?“, in dem er unter anderem vor der übereilten Einführung einer EU-Bankenunion zum 1. Januar 2013 warnte. Der politische Wunsch, gefährdete Banken in der EU direkt durch den ESM zu finanzieren, stehe hinter den forcierten Anstrengungen zur Bankenunion, so Issing.

Ähnlichen Seltenheitswert wie die klare Diagnose Issings hat auch die Warnung, die der Direktor von „Open Europe Berlin“, Michael Wohlgemuth, abgibt: „Der stetig zunehmende europäische Zentralismus bedroht Freiheit, Demokratie und Eigenverantwortung. Wir wollen die Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik, die Deutschland einst so erfolgreich gemacht haben, als Kern einer europäischen Ordnungspolitik durchsetzen – zum Wohle Europas.“ Schon die Erwähnung des Begriffs Ordnungspolitik macht deutlich, dass sich „Open Europe Berlin“ einem deutlich anderen Werterahmen verbunden fühlt als das politische Personal, das derzeit in Brüssel dominiert.

Zentralismus bedroht Freiheit und Demokratie

Welches Potenzial das Forschungsinstitut haben könnte, wird am Erfolg der Londoner Partnereinrichtung deutlich. In Großbritannien ist „Open Europe“ mit seinen Analysen aus der Debatte um die EU kaum noch wegzudenken. Untersuchungen zur ineffektiven EU-Strukturpolitik oder der Verschwendungssucht der EU-Kommission sind sogar europaweit von Medien aufgegriffen worden. Innerhalb weniger Jahre ist es „Open Europe London“ gelungen, zu einer einflussreichen Informationsquelle für all diejenigen zu werden, die der etablierten EU-Politik kritisch gegenüberstehen.

Auf der Agenda des neu gegründeten Berliner Instituts stehen Untersuchungen zu den Kosten, die auf Deutschland mit der möglichen weiteren Vergemeinschaftung von Staatsschulden innerhalb der EU zukommen könnten. Ein weiteres heißes Eisen, das man anfassen will: die EU-Strukturfonds. Mittlerweile werden seit Jahrzehnten gießkannenartig Milliarden an Steuergeldern zur Strukturförderung quer über Europa verteilt, ohne dass sich nachhaltige Erfolge einstellen.

Damit „Open Europe“ überhaupt parteiübergreifende und unabhängige Forschungsarbeit leisten kann, ist die neue Denkfabrik in der Form einer gemeinnützigen GmbH (gGmbH) organisiert, die sich durch Spenden finanzieren soll. Mit zum Kuratorium gehören unter anderem Persönlichkeiten wie Joachim Starbatty und Vera Lengsfeld. *N.H.*

Teurer Ausstieg

AKW-Rückbau kostet 17 Milliarden Euro

Im AKW Brunsbüttel gehen nun wirklich die Lichter aus: Der Stromkonzern Vattenfall hat bei der Kieler Landesregierung den Rückbau des Kernkraftwerks beantragt. In vier Jahren soll mit der Demontage des 2007 vom Netz genommenen Meilers begonnen werden, zehn Jahre später soll nichts mehr an die strahlende Vergangenheit erinnern. Hinter der Ankündigung aber stehen einige Fragezeichen.

Zum Beispiel: Steht rechtzeitig ein Endlager für schwach- bis mittelaktive Abfälle bereit? In Frage käme, so eine Vattenfall-Sprecherin, Schacht Konrad in Salzgitter. Wenn die Politik hier nicht endlich ihre Hausaufgaben erledigt, tritt der Stromkonzern vom Rückbau zurück.

Wohin mit dem strahlenden Erbe?

Das nächste Fragezeichen: Wohin mit den hochradioaktiven Abfällen, im Wesentlichen also den abgebrannten Brennelementen, die im Abklingbecken auf ein Ende der rot-grünen Blockadepolitik in Sachen Endlager warten? Doch selbst wenn ein Wunder geschähe und man sich schnell auf ein Endlager einigen würde (also wohl doch für Gorleben) – die derzeit verfügbare Transportkapazität in Form von Castor-Behältern würde gerade einmal für ein Zehntel der strahlenden Fracht reichen.

Das dritte Fragezeichen: Was kostet dieser Teil der Energiewende? Die vier AKW-Betreiber Vattenfall, RWE, Eon und EnBW gehen von einer halben bis zu einer Milliarde Euro pro Kraftwerk aus, insgesamt also maximal 17 Milliarden.

Der Weltrettungskonzern Greenpeace hingegen behauptet laut ARD-„Tagesschau“-Online plakativ: „AKW-Rükkbau soll 44 Milliarden Euro kosten.“ Im Text sind es dann nur noch 34 Milliarden. Wie man bei vermuteten 1,5 Milliarden pro Kraftwerk mal 17 AKW auf eine dieser Zahlen kommt, ist wohl nur mit der Greenpeace-eigenen Mathematik zu erklären.

Bleibt das vierte Fragezeichen: Wer soll das bezahlen? Wenigstens hier haben wir eine positive Antwort: Die Stromkonzerne haben bereits eine Rücklage von 30 Milliarden Euro gebildet, brauchen in diesem Falle also nicht auf Stromkunden und Steuerzahler zurückzugreifen. *H.J.M.*

Die Schulden-Uhr:

Bayern bildet Ausnahme

Die 16 Bundesländer haben in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 4,2 Milliarden Euro mehr ausgegeben, als sie eingenommen haben. Das sind 3,7 Milliarden Euro weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die fünf neuen Länder haben neben Berlin, Niedersachsen und Bayern sogar schwarze Zahlen geschrieben. Die dicksten schwarzen Zahlen schrieb Sachsen mit 349 Euro pro Einwohner, die dicksten roten das Saarland mit 403 Euro. Bayern ist das einzige Bundesland, das keine Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhält und trotzdem einen positiven Finanzierungssaldo hat. *M.R.*

2.056.878.024.039 €

Vorwoche: 2.056.074.308.098 €
Verschuldung pro Kopf: 25.145 €
Vorwoche: 25.135 €

(Dienstag, 6. November 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Asyl am Brandenburger Tor

Von VERA LENGSFELD

Wieder einmal findet in der Hauptstadt eine Politposse statt. Diesmal aufgeführt von 20 Asylbewerbern, die, eskortiert von 50 „Unterstützern“ aus der SED-Linken und ihrer politischen Umgebung, am Brandenburger Tor als finalem Ort ihres Protestmarsches durch Deutschland ihre Forderungen durchsetzen wollen.

Was die Protestierenden aber hauptsächlich demonstrieren, ist ihre Verachtung den Gesetzen des Landes gegenüber, das ihnen Schutz bieten soll. Was schlimmer ist, die Politik zeigt sich ebenso wenig geneigt, diese Gesetze zu beachten und durchzusetzen.

Jeder beteiligte Asylbewerber hat seit Tagen seine Residenzpflicht verletzt. Sie missachten, dass es vor dem Brandenburger Tor keine Protestcamps geben darf. Konsequenzen hat das keine. Nur die Polizei, die auf sanftestmögliche Art versucht, wenigstens die Umwandlung des Pariser Platzes in ein Zeltlager zu verhindern, muss sich schelten lassen: Ihr Vorgehen sei hart und unverhältnismäßig, ließen linke und grüne Politiker verlauten. Die Polizei gefährde die Gesundheit der Protestierenden, wenn sie ihnen Schlafsäcke und Isomatten wegnähme.

Natürlich könnten die Asylbewerber und ihre Unterstützer nächtens in ihr Camp auf dem Kreuzberger Oranienplatz zurückkehren, wo der von ihnen angeprangerte Staat fürsorglich beheizte Zelte und Toiletten mit Duschen zur Verfügung gestellt hat. Aber das hätte ihrem Protest die Spitze genommen. Aus dem gleichen Grund wurde das Angebot des Bezirks Mitte, nach Einbruch der Dunkelheit beheizte Unterkünfte in der Nähe aufzusuchen, abgelehnt. Nun hat man zwei Wärmebusse aufgestellt, die gnädig akzeptiert werden. Nach zehn Tagen wurde der „Hungerstreik“ abgebrochen, der nicht mehr als ein medienwirksames Spektakel gewesen zu sein scheint. Beobachter berichten, dass sich Touristen in der „Wohnstube der Hauptstadt“ mit einem „Hungernden“ ablichten ließen und ihn anschließend ins „Starbucks“ einluden.

Innensenator Frank Henkel (CDU) warnte anfangs vor einer „politischen Inszenierung“, verstummte dann aber, als sich die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (auch CDU) mit den Asylbewerbern traf und vier Stunden mit ihnen konferierte.

Anschließend ließ sie weitgehende Zugeständnisse durchblicken. Dass sie die Gäste auch auf ihre Pflicht hinwies, die Gesetze zu respektieren, muss leider bezweifelt werden. Klar dagegen ist, dass Frau Böhmer die „bewegendsten“ Stunden ihrer Amtszeit erlebte. So werden Gesetzesbrecher geadelt.

Böhmer hätte lieber in die Kommentarspalten der Zeitungen blicken sollen, um zu erfahren, was ihre Landsleute von dem Theater halten. Doch das scheint für die Bundesregierung nicht mehr zu zählen.

Ein exemplarischer Fall

Der Tod von Jonny K. war nicht einfach nur Zufall – Politiker sind mitverantwortlich



Ein Trauernder stört sich an der sehr unterschiedlichen Behandlung von Gewalt in Deutschland: Kerzen und Blumen bedecken die Stätte, an der Jonny K. tödlich zusammengeschlagen wurde

Bild: C. Bilan/dapd

Dass Jonny Kaczmierczy totgetreten wurde, war nicht einfach ein Zufall. Auch wenn Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) meinte, er sei zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen. Der falsche Ort nach Ansicht Wowereits war der zentrale Alexanderplatz. Die Tat geschah rund 100 Meter von seinem Rathaus entfernt. Wowereit ist nie zur falschen Zeit am falschen Ort, er hat Leibwächter und eine Panzerlimousine. Der Fall Jonny K. ist exemplarisch für das Versagen von Politik und Justiz in Berlin. Wer wie Wowereit Tausende Polizeistellen streicht, ist für solche Taten mitverantwortlich. Wer als gefährlich bekannte Intensivtäter immer wieder auf freien Fuß setzt, ebenso.

Bis heute gibt es auf dem Alexanderplatz weder eine Nebenwache noch eine mobile Wache der Polizei mit durchgehender nächtlicher Präsens, wie die Polizeipressestelle auf Anfrage der *PAZ* mitteilte. Das wiederum ist kein Zufall, nachdem unter Wowereit Tausende Polizeistellen eingespart wurden. Kein Zufall war es auch, dass es sich bei den sechs brutalen Schlägern und Tottretern um junge Männer türkischer Herkunft handelt. Türkisch- und arabischstämmige Einwanderersöhne stellen den Großteil der jungen Intensivtäter Berlins.

Als „Intensivtäter“ gilt, wer pro Jahr mehr als zehn schwerere Straftaten begangen hat. 80 Prozent der Intensivtäter bis 21 Jahre in Berlin haben Immigrationshintergrund, davon sind 46 Prozent „arabischer“ und 33 Prozent türkischer Herkunft. Hinzu kommen zahlreiche „Schwellentäter“, die fünf bis neun Straftaten mit Gewaltausübung (Körperverletzung, Raub) begangen haben. Sie alle machen vor allem in den ethnischen Kolonien wie Wedding, Gesundbrunnen oder Neukölln die Straßen unsicher. Sie überfallen ihre Opfer meist in Gruppen von zwei bis zehn Tätern. Nach der Logik des Wolfsrudels stellen sie so ihre Überlegenheit sicher. Es gibt sehr viele Orte in Wowereits Berlin, an denen man zur falschen Zeit sein kann.

Ebenfalls kein Zufall ist es, dass der in die Türkei geflüchtete Onur Urkal (19) ein bereits wegen Gewaltdelikten bekannt gewesener Intensivtäter ist. So etwas liest man immer wieder nach neuen Gewalttaten in Berlin. Der gescheiterte Amateurboxer war vielleicht das „Alpha-Tier“ in dem sechsköpfigen Schlägertrupp. Der ebenfalls erheblich verletzte Freund Jonnys, der 29-jährige Kaze C., widersprach allerdings der These von einem „Haupttäter“: „Die haben alle gleich viel zugeschlagen und zugetreten“, erklärte er gegenüber dem „Berliner Kurier“.

> Tausende Polizisten wurden vom Senat eingespart

Der eher zierliche Jonny K., Sohn eines deutschen Vaters und einer thailändischen Mutter, hatte keine Chance. Laut Polizei griffen ihn zunächst zwei Täter mit Faustschlägen an, worauf er zu Boden ging. Darauf hätten alle mit den Fäusten weiter auf ihn eingeprügelt und dann – nahezu im Kreis um das Opfer stehend – auf den Körper und den Kopf des wehrlos am Boden liegenden 20-Jährigen eingetreten. Sein Freund Kaze C. sei gleichfalls von der Tätergruppe massiv angegriffen worden. Ihm wurden der Unterarm und das Jochbein gebrochen. Wie die Leiterin der Mordkommission sagte, hätte der Angriff auch gegen die drei Freunde Jonnys noch schlimmer ausgehen können. Die Täter hätten von ihnen nur abgelassen und die Flucht ergriffen, weil Menschen aus der nahen Gaststätte „Cancun“ gekommen seien.

Den tödlich Verletzten ließen die Schläger auf der Straße liegen.

Neben Onur Urkal sind noch zwei mutmaßliche Täter flüchtig, Hüseyin I. (20) und Bilal K. (24). Von den drei Gefassten setzte ein Haftrichter Memet E. (19) sofort wieder auf freien Fuß, da dieser „nur“ Jonnys Begleiter angegriffen hätte. Auch Melih Y. (21) wurde gleich wieder freigelassen und konnte noch vor der Trauerfeier für sein Opfer wieder in Berlin herumspazieren. Für die Angehörigen und Freunde Jonnys war dies ein erneuter Schlag. Erst eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft und vielleicht auch die öffentliche Empörung brachten den mutmaßlichen Mit-Tottreter hinter Gitter. Von Anfang an sitzt nur Osman A. (19) in U-Haft. Soweit bekannt, lauten die Haftbefehle nur auf Körperverletzung mit Todesfolge, nicht auf Totschlag oder Mord. Eine Vertreterin des Justizsenats gab auf Anfrage der *PAZ* keine Auskunft darüber, auf welches strafrechtliche Delikt sich die Haftbefehle für die flüchtigen Onur U., Hüseyin I. und Bilal K. beziehen.

Es ist durchaus damit zu rechnen, dass zumindest bei den meisten Tätern ein Berliner Gericht später befindet, ein Tötungsvorsatz sei nicht nachzuweisen. Wie weltfremd Richter in solchen Fällen oft urteilen, hat der frühere Bremer Staatsanwalt Daniel H. Heinke in seiner Dissertation mit dem Titel „Tottreten“ dargelegt. Beim Treten gegen den Kopf oder den Oberkörper von Opfern sei, so Heinke, regelmäßig davon auszugehen, dass die Täter mindestens mit bedingtem Tötungsvorsatz handeln. Wohl alle Täter wissen ganz genau, dass Tritte gegen den Kopf lebensgefährliche Verletzungen zur Folge haben können. Die Justiz hat jedoch sogar noch eine groteske Kasuistik entwickelt, bei der sie nach der Art des getragenen Schuhwerks unterscheidet.

Die Reaktionen Berliner Politiker bestanden neben Betroffenheits-Bekundungen vor allem aus hohlen Sprüchen. Wowereit hatte die Stirn, die Berliner zur „Courage“ und zum „Kampf gegen Gewalt“ aufzufordern. CDU-Innensenator Frank Henkel „prüft“ weiter, ob es eine „mobile Polizeiwache“ am Alexanderplatz geben sollte. Und erklärte: „Auch wenn wir 20000 Polizisten hätten, würden wir nur bedingt weiterkommen.“ Wie er mit einer solchen Argumentation jemals mehr Polizeistellen erreichen will, gerade gegenüber seinem Koalitionspartner SPD, bleibt sein Geheimnis. Unterdessen gehen die Gewalttaten in Berlin ungebremst weiter. *Michael Leh*

Schande um Peter Fechter

Berlins Senat lehnt ein Ehrengrab für das erste Maueropfer ab

Die Berliner Öffentlichkeit reibt sich die Augen angesichts eines peinlichen Gezerres um ein Ehrengrab für Peter Fechter. Nach dem ersten Opfer des mörderischen Mauerregimes wurde bislang nicht einmal eine Straße benannt.

Der Kommentator der „Berliner Morgenpost“ nennt es „eine Schande“: In der Hauptstadt gebe es eine Rosa-Luxemburg-Straße und einen Rosa-Luxemburg-Platz, eine Karl-Liebknecht-Straße und einen Ernst-Thälmann-Park. An den damals 18-Jährigen Maurergesellen, der am 17. August 1962 als erstes Maueropfer im erst vier Tage alten Todesstreifen von DDR-Grenzsoldaten angeschossen wurde und in stundenlangem Todeskampf verblutete, erinnere noch nicht einmal eine Straße.

Auch die Einrichtung eines Ehrengrabes für Peter Fechter hat der rot-schwarze Senat abgelehnt. Einen entsprechenden Antrag hatte die Bezirksversammlung von Pankow eingereicht, wo Fechter begraben liegt. Begründung des Senats: Ehrengräber verdienten nur Persönlichkeiten, „die hervorragende Leistungen mit engem Bezug zu Berlin vollbracht oder die sich durch ihr überragendes Lebenswerk um Berlin verdient gemacht haben“. Beides



Nicht mal eine Straße: Peter Fechter Bild: Archiv

sei im Falle des ersten Maueropfers nicht der Fall.

Kritiker halten dem entgegen, dass Fechter im Ringen um seine Freiheit gestorben sei. Damit stehe er beispielhaft für Berlins Kampf um seine Freiheit, auf den die Stadt so stolz sei, wie auch der „Morgenpost“-Kommentator hervorhebt. Der Senat unterstützt indes die Umbenennung der Zimmerstraße in Peter-Fechter-Straße. Hier war Fechter getötet worden. Darüber indes müssten die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Berlin-Mitte entscheiden. In Friedrichshain-Kreuzberg existiert hierzu bislang nur eine Resolution, in Mitte wurde noch nicht einmal ein entsprechender Antrag eingereicht.

Derzeit erinnert nur eine Stele an Peter Fechter. Sie steht an der Stelle, wo er verblutete. Indes: Die Stele haben weder Senat noch Bezirk in der Zimmerstraße aufstellen lassen, sie geht auf eine private Initiative zurück. *H.H.*

Attacken auf Buschkowsky

CDU-Politikerin wirft Neuköllns Bürgermeister Rassismus vor

Die CDU-Politikerin und Ex-Ausländerbeauftragte von Berlin, Barbara John, hat eine weitere Debatte um das neue Buch des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD) eröffnet. Während „Neukölln ist überall“ die „Spiegel“-Bestsellerliste anführt, kritisiert John den Band als „Groschenroman mit fatalen Wirkungen“ und forderte den Autor auf, die Einnahmen des Buches zu spenden.

Anlässlich einer Pressekonferenz des Neuköllner Nachbarschaftszentrums „Leuchtturm“ unter dem Motto „Wir sind Neukölln“ am 26. Oktober trat John mit Repräsentanten von Ausländervereinen auf, um der Presse ihre Meinung zu mitzuteilen. Asia Afaneh-Zureiki, die Projektleiterin der Initiative „Juma“, („jung, muslimisch, aktiv“) beklagte dort, das Buch mache ihre Arbeit zunichte. Auch Idil Efe von „Neuköllner Talente“, Julia Pankratyeva vom „Interkulturellen Treffpunkt im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt“ und Ghassan Hajjo von der „Arabischen Eltern-Union“ ließen kein gutes Haar an dem Bestseller.

Die Attacke der früheren Berliner Ausländerbeauftragten ist jedoch anders zu gewichten. Von

> Barbara John: »Sein Buch verschärft soziale Probleme«

John, heute Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, hätten Beobachter ausgewogenere Worte erwartet. Stattdessen poltert sie, Buschkowsky schüre Fremdenfeindlichkeit und verschärfe soziale Probleme. Ein „Dickicht von Vorurteilen“ liege über Neukölln, jeder könne das Buch als „vermeintlich seriöse Referenz für seine Ressentiments“ nutzbar machen, so John. Den Vorwurf Buschkowskys auf Seite 61 seines Buches, „dass wir ... 39 Prozent aller Einwandererkinder eingeschult haben mit keinen oder nur sehr fehlerhaften Deutschkenntnissen“, konnte jedoch keiner der Kritiker entkräften.

John ist bereits der zweite prominente CDU-Repräsentant, der versucht, die Zustandsbeschreibungen des Neuköllner Bürgermeisters abzustreiten. Wie die „Islamische Zeitung“ berichtete, bezweifelt der Landesvorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen, Armin Lachet, Buschkowskys Buchtitel-These, „Neukölln ist überall“. In Städten wie Köln, Duisburg, Stuttgart oder Frankfurt am Main hätten die von der CDU gestellten Bürgermeister eine bessere Integrationspolitik gemacht, so der frühere NRW-Integrationsminister. Laschet: „Berlin hat zu oft die Neigung, eigenes Versagen als exemplarisch für ganz Deutschland zu erklären.“

Theo Maass

Zeitzeugen



Arlen F. Chase – Seit gut zwei Jahren erforscht der 1953 geborene Mittelamerika-Archäologe von der University of Central Florida in Orlando (Florida) die Hinterlassenschaften der Maya-Zivilisation mittels Lidar. Da ein großer Teil der Fundstätten in bewaldetem Gebiet liegt, ist der Erkenntnisgewinn hier maximal.

Eckard Laufer – Der Oberkommissar ist Spezialist für Raubgrabungen bei der hessischen Polizei. Viele Raubgräber seien „Intensivtäter ohne jedes Unrechtsbewusstsein", die hochgerüstet mit Metalldetektoren und Nachtsichtgeräten zu Werke gingen, um verkäufliche Funde zu machen. Experten rechnen mit einem harten Kern von etwa 1000 Sondengängern in Deutschland.



Jürgen Kunow – Der 1953 in Greifswald geborene Prähistoriker ist als Professor an der Berliner Humboldt-Universität und Vorsitzender des Verbandes der Landesarchäologen einer der führenden Vertreter seines Fachs in Deutschland. Zu seinen Schwerpunkten gehört die Entwicklung von Schutzstrategien für Bodendenkmale. Dabei setzt er vor allem auf die Kooperation mit den Landwirten.

Jörg Bofinger – Der am 24. Dezember 1967 in Stuttgart-Bad Cannstatt geborene Prähistoriker und Sachbuchautor leitet die archäologische Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Zu den verblüffendsten Entdeckungen durch Lidar (light detecting and ranging) in dem bereits intensiv untersuchten Südweststaat gehört ein komplettes Befestigungssystem in einem Wald bei Göppingen mit drei bis vier Meter hohen Wällen. Bofinger: „Unglaublich, dass einem so etwas durch die Lappen gegangen ist."



Otto Braasch – Der pensionierte Geschwaderkommodore der Luftwaffe gilt als der bedeutendste deutsche Luftbildarchäologe. In Deutschland wurde die in England entdeckte Methode zuerst in Bayern von Braasch intensiv eingesetzt und dabei weiterentwickelt. Der Erkenntnisgewinn war ähnlich groß wie der heutige Wissenszuwachs durch Lidar. 1999 erhielt der heute 76-Jährige die Ehrendoktorwürde.

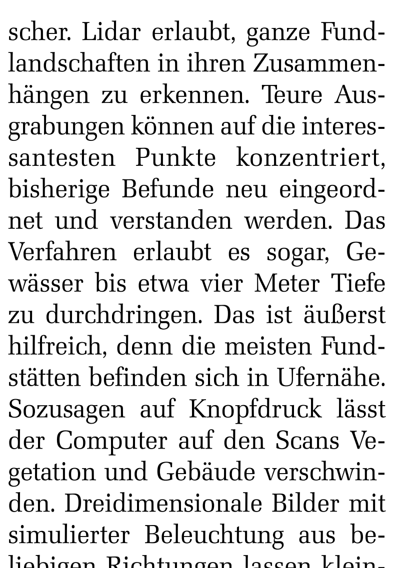
Revolution in der Archäologie

Mit Lidar-Scan lassen sich aus der Luft in der Erde verborgene Schätze orten

Archäologen sprechen von einer Revolution: Eine neues Erkundungsverfahren, der sogenannte Lidar-Scan, hat ihnen allein in Baden-Württemberg mehrere Zehntausend neue Fundstellen beschert. Die Flut an neuen Erkenntnissen über unsere Früh- und Vorgeschichte ist noch nicht zu überblicken.

Es ist der Traum eines Archäologen: Eine Technologie, mit der man schnell und preiswert große Areale aus der Luft auf Unebenheiten von wenigen Zentimetern abtasten kann. Denn genau solche Höhenunterschiede, die man vom Boden aus nicht erkennt, sind oft das letzte, was nach vielen Jahrhunderten von vorgeschichtlichen Siedlungen und Befestigungen, Verkehrswegen, Kultstätten und Gräberfeldern noch übrig ist. Die Steigerung dieses Traums wäre es, wenn eine solche Technologie den Waldbewuchs durchdringen könnte. Denn Wälder schützen Bodendenkmäler gut. Der Bewuchs verhindert Erosion, zudem gefährden hier weder Pflug noch Überbauung die alten Relikte – doch bisher waren sie im Wald nur schwer zu finden.

Bisher. Denn seit kurzem steht ein Erkundungsverfahren zur Verfügung, mit dem diese Träume der Archäologen wahr geworden sind. Das Verfahren nennt sich „Lidar" (englisch für „light detecting and ranging") und ist eng mit dem Radar verwandt. Das System wurde eigentlich für ganz andere Zwecke entwickelt und kommt beispielsweise auch in den Radarpistolen der Polizei und in Mautbrücken zum Einsatz. Seine frappierende Leistungsfähigkeit in der Archäologie steht inzwischen außer Frage. Das Land Baden-Württemberg wurde inzwischen komplett aus der Luft gescannt. Die Auswertung des Datenbergs ist in vollem Gange. Obwohl Computer einen großen Teil dieser Arbeit machen, wird es noch mehrere Jahre dauern, bis das Material annähernd durchdrungen ist. Erste Ergebnisse lassen staunen. Im südlichen Schwarzwald, einem Gebiet von etwa 2000 Quadratkilometern, waren früher erst rund 3000 archäologische Fundstätten bekannt. „Nach dem Lidar-Scan hatten wir mehr als 36000", erklärt Jörg Bofinger vom archäologischen Landesamt.



Zehntausende neue Fundstellen alleine in Baden-Württemberg

Auch an Fundplätzen, die schon seit Jahrzehnten intensiv vom Boden und aus der Luft untersucht worden sind, ist der Wissenszuwachs enorm. Ein gutes Beispiel ist der Glauberg in Südhessen, der von der Bronzezeit bis ins hohe Mittelalter fast durchgehend als Ort für Befestigungen genutzt wurde und durch die lebensgroße Statue eines keltischen Kriegers weltbekannt wurde. Hier fanden sich auf Lidar-Scans gleich ein Dutzend bislang unbekannte weitere Grabhügel.

Nicht nur die schiere Masse an Neufunden begeistert die Forscher. Lidar erlaubt, ganze Fundlandschaften in ihren Zusammenhängen zu erkennen. Teure Ausgrabungen können auf die interessantesten Punkte konzentriert, bisherige Befunde neu eingeordnet und verstanden werden. Das Verfahren erlaubt es sogar, Gewässer bis etwa vier Meter Tiefe zu durchdringen. Das ist äußerst hilfreich, denn die meisten Fundstätten befinden sich in Ufernähe. Sozusagen auf Knopfdruck lässt der Computer auf den Scans Vegetation und Gebäude verschwinden. Dreidimensionale Bilder mit simulierter Beleuchtung aus beliebigen Richtungen lassen kleinste Details erkennen.

Zudem wird das Verfahren immer kostengünstiger. Während zunächst mit bemannten Flugzeugen gearbeitet wurde, kommen nun immer öfter Drohnen zum Einsatz. Experten erwarten durch die Lidar-Technik eine Wissensexplosion, die den Erkenntnisgewinn durch die Luftbildarchäologie seit den 1960er Jahren noch übertreffen dürfte.

Konrad Badenheuer



Blick vom Museum „Keltenwelt am Glauberg" auf das Umland: Nach neuesten Lidar-Scan-Messungen befinden sich hier gleich ein Dutzend weitere Zeugen der Geschichte unter den Erdschichten

Bild: T. Lohnes/dapd

Entdeckung und Zerstörung

Die Lidar-Technik ist umso wertvoller, als die moderne Archäologie Ausgrabungen nach Möglichkeit vermeidet. Gegraben wird fast nur noch, wo andernfalls durch Bauprojekte, Bodenerosion oder den Tagebau die unmittelbare Zerstörung droht. Denn ein Bodendenkmal auszugraben bedeutet immer auch, es weitgehend zu zerstören. Das aber soll hinausgezögert werden, denn es ist absehbar, dass die Ausgräber des Jahres 2050 den dann noch vorhandenen Bodendenkmalen mehr Informationen entnehmen können als die heutigen.

Doch Vieles, was die Zeiten überdauert hat, wird dann untergegangen sein. Der laufende Verlust an archäologischer Substanz überzieht das Land sozusagen in Wellen. Eine erste große Verlustwelle gab es in den Jahren nach 1890, als die Mechanisierung der Landwirtschaft durch Dampfpflüge größere Pflugtiefen erlaubte. Vieles kam dabei ans Licht, vermutlich weit mehr wurde unerkannt zerstört. In den 60er und 70er Jahren haben Flurbereinigungen und die Trockenlegung von Feuchtgebieten das „Archiv im Boden" reduziert. Die Bereinigung begünstigte die Erosion, und auf den größeren Schlägen wurde oft tiefer gepflügt. Dazu ließ die Absenkung des Grundwasserspiegels viele bis dahin unter Luftabschluss konservierte Relikte untergehen.

Wie »archäologische Wüsten« entstehen

Auch in unseren Tagen gehen wieder in enormer Zahl Bodendenkmäler verloren. Die hohen Agrarpreise fördern den Grünlandumbruch: Weideland wird erstmalig beackert und zu diesem Zweck zunächst tief umgepflügt. Sogenannte „archäologische Wüsten" sind das Ergebnis. Auch der verstärkte Maisanbau zur Gewinnung von Biosprit richtet Schäden an, denn der Mais zerlegt mit seinen tiefen Wurzeln viele Bodendenkmäler. *K.B.*

Wer gegen wen und warum?

Besonders in Deutschland kann Lidar bei der Beantwortung helfen

Auch die erfolgreichste archäologische Forschung kann Epochen, über die es keine schriftliche Überlieferung gibt, nie ganz erhellen. Ohne Schriftzeugnisse bleibt unbekannt, in welcher Vorstellungswelt die Akteure gelebt und welche Motive ihr Tun bestimmt haben. Über dieses Tun und Lassen selbst lässt sich aber erstaunlich viel herausbekommen. Man weiß heute beispielsweise verblüffend genau, ab wann in welchem Teil Europas die Landwirtschaft eingeführt wurde, ab wann die Menschen Pferde hielten sowie Bronze und Eisen nutzten. Zu den spannendsten Fragen gehören der Aufstieg und Niedergang ganzer Kulturen, also die Erschließung vorgeschichtlicher Zäsuren zwischen Jahrhunderten einer ruhigeren Entwicklung. So geht man heute davon aus, dass es um 1200 vor, um 800 vor und erneut um 480 vor Christus in Mitteleuropa ziemlich rumort haben muss – aus dem Mittelmeerraum sind Umbrüche in diesen Zeiten direkt überliefert.

Eine weitere, wenn auch vermutlich weniger tiefe Zäsur wurde erst vor wenigen Jahren entdeckt. Seit über 100 Jahren weiß man, dass ein großes Gebiet mitten in Deutschland charakteristische vorgeschichtliche Burgwallanlagen aufweist – vom Rhein im Westen bis nach Thüringen im Osten, von der Mittelgebirgsgrenze im Norden bis etwa zum Main im Süden. In den zurückliegenden Jahren erkannte man, dass in fast allen diesen Burgen gehäuft Funde aus der Mitte des 3. Jahrhunderts vor Christus auftauchen. „Auf 37 Wallanlagen im nordwestlichen Mittelgebirgsraum sind Funde des dritten Jahrhunderts vor Christus belegt", erklärt dazu der Archäologe Jens Schulze-Forster, wobei dieses Gebiet nur gut die Hälfte der Zone mit solchen Anlagen umfasst. „In den meisten Fällen markieren die Funde einen Neuanfang der Besiedlung."

Von Thüringen bis zum Rhein, vom Main bis zum Mittelgebirge

Eben dieser Hinweis macht die Sache spannend, denn es ist unwahrscheinlich, dass in einem Gebiet dieser Größe ohne Kriege oder zumindest massive Konflikte überregionaler Art in so kurzer Zeit so viele aufwendige Befestigungen angelegt worden wären. Aber wer gegen wen und warum? In den erwähnten Anlagen finden sich zwar keltisch geprägte Artefakte aus lokaler Herstellung, die Anlagen selbst gelten aber als eindeutig nicht keltisch: Nur bis etwa Mittelhessen gibt es Reste keltischer Befestigungen, nur im äußersten Süden dieses Bundeslandes ein paar wenige keltische Ortsnamen. Dass es zwischen Kelten und Germanen lange Zeit Konflikte gab, wobei einst die Kelten überlegen waren, berichtet Caesar im 1. Jahrhundert vor Christus. Die erwähnten Burgen können durchaus die Hinterlassenschaft eines frühen Höhepunktes dieses historischen Konfliktes sein, bei dem bekanntlich im Ende die Kelten als eigenständige Kultur- und Sprachgruppe im heutigen Deutschland untergegangen sind. Und was hat das alles mit Lidar zu tun? Nun, fast alle diese Burganlagen liegen in bewaldetem Gebiet. Mit der neuen Technik könnten weitere Anlagen entdeckt und neue Fundzusammenhänge sichtbar werden. *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2547**

Umstrittener Pakt

NRW-Schulministerin setzt für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts auf traditionelle Muslime

Wieso darf die türkische Religionsbehörde über die Ditib jetzt deutsche Lehrpläne mitgestalten? Dies ist nur eine der vielen Fragen, die sich nicht nur liberale Moslems in Nordrhein-Westfalen stellen.



Islamischer Religionsunterricht: Noch gibt es keine Lehrpläne und zu wenig Lehrer — Bild: M. Keppler/dapd

„Die ich rief, die Geister, Werd' ich nun nicht los." Vieles spricht dafür, dass sich die nordrheinwestfälische Ministerin für Schule und Weiterbildung, Sylvia Löhrmann, in naher Zukunft dieser Worte Goethes erinnern wird. Derzeit antwortet sie auf Kritik an dem von ihr mit geschaffenen Beirat für den islamischen Religionsunterricht, dass dieser seine Rolle eben noch finden müsse. Interessanterweise sollen es laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ") genau jene sein, die über Jahre für die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts in Nordrhein-Westfalen (NRW) gekämpft haben, die nun mit Enttäuschung auf das bisherige Ergebnis blicken.

Zu Schuljahrsbeginn startete in dem von Rot-Grün regierten Bundesland mit Zustimmung der oppositionellen CDU an 33 Schulen der bekenntnisorientierte muslimische Religionsunterricht. Weitere Schulen sollen Folgen, so dass alle geschätzten 320 000 muslimischen Schüler in dem Bundesland in naher Zukunft ihr Recht auf islamischen Religionsunterricht einfordern können.

Das Ganze war nur möglich, indem das Land als Herr über die Schulen und ihre Lehrpläne sich künstlich einen Ansprechpartner für islamische Religion schuf. Da es bei den Moslems nicht wie für den evangelischen und katholischen Religionsunterricht eine Kirche im Hintergrund gibt, die bei der Lehrplangestaltung mitredet, wurde ein Beirat gebildet, der anstelle der Kirchen mit dem Schulministerium über Lehrpläne, Lehrmittel und Lehrkräfte bestimmt. In diesem Beitrat sitzen neben vier vom Ministerium ernannten Experten für die Bereiche islamische Theologie und Religionsdidaktik vier Vertreter des Koordinationsrats der Muslime in Deutschland (KRM), in dem aber höchsten 15 Prozent der deutschen Muslime organisiert sind. Und genau diese vier Herren von der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (Ditib), dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, dem Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) wittern nun offenbar Morgenluft.

Da die rot-grüne Landesregierung den islamischen Religionsunterricht schnell einführen wollte, um Vorreiter der anderen Bundesländer zu sein und wohl auch um bei den muslimischen Wählern zu punkten, fehlen Lehrpläne und Lehrer. Erst zum Wintersemester startete das Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) der Universität Münster die Lehrerausbildung. Zwar gab es ein Vorgängerinstitut, aber das bildete nur 20 Studenten pro Jahr aus, jetzt sind es 80, die meisten der 418 Bewerber scheiterten am Numerus clausus für das zweite Hauptfach (Mathematik oder Deutsch). Die geringe Studentenzahl wird mit Bedauern vom Land zur Kenntnis genommen, denn in den nächsten Jahren werden 800 Lehrer für das

Lehrer müssen richtigen Glauben bezeugen

neue Fach landesweit benötigt. Da die Münsteraner Studenten erst nach drei Jahren Studium frühestens ihren Fuß in eine Schule setzen werden, einige sollen auch den Beruf des Imam ergreifen, fehlt Ministerin Löhrmann schlicht das Personal, um ihr gemachtes Angebot landesweit umzusetzen. Immerhin kann sie auf die rund 40 Lehrkräfte zurückgreifen, die in den letzten Jahren das seit 1999 laufende Projekt eines sachlich gehaltenen Fachs Islamkunde an einigen Schulen begleitet haben. Beim bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht wird aus der Perspektive des Glaubens gelehrt. Die bisherigen Islamkunde-Lehrer wurden in einem Kompaktseminar an einem Wochenende auf die Änderung vorbereitet. Allerdings müssen sie auch in einem mündlichen Bewerbungsgespräch mit dem Beirat ihre persönliche Eignung und Glaubensfestigkeit bezeugen. Und genau diese Bewerbungsgespräche sorgen bei vielen erfahrenen Islamkunde-Lehrern für Unmut.

Im Gespräch werden die zumeist dem liberalen Lager unter den Muslimen zugehörigen Lehrkräfte befragt, wie sie ihren Glauben leben, wie oft sie beten und warum sie nicht Mitglied in einem der vier im KMR zusammengeschlossenen konservativ-traditionellen Vereine sind. Lamya Kaddor, die seit Jahren Islamkunde unterrichtet und bereits drei anerkannte Lehrbücher geschrieben hat, sieht ihrem Gespräch mit dem Beirat in den nächsten Tagen mit einem mulmigen Gefühl entgegen. Gegenüber der *PAZ* bestätigte die 34-jährige Tochter syrischer Einwanderer, was die „FAZ" in ihrem Artikel „Allah oder der Beirat" geschrieben hat. So sehen die Islamkunde-Lehrer laut der Tageszeitung nicht ein, Mitglied im von „Milli Görüs dominierten Islamrat" oder im „von der Türkei aus gesteuerten" Verband Ditib zu werden. Und Kaddors Positionen in Sachen Kopftuch und Gleichberechtigung von Mann und Frau sind den KMR-Vertretern verdächtig. Der Vorsitzende des Islamrates, Ali Kizilkaya, soll das Tragen von Kopftüchern 2006 als „religiöses Gebot" bezeichnet haben. Für Kizilkaya ist ein Studium zudem nicht Voraussetzung für die Lehrtätigkeit, viel wichtiger sei das Engagement für die Gemeinde, ein stimmiger Lebenswandel und der richtige Glaube – und sagt damit nicht nur den liberalen Islamkundelehrern den Kampf an, sondern auch dem Leiter des ZIT. Mouhanad Khorchide, Nachfolger des 2010 auch wegen Protestes des KMR bezüglich seines „falschen Glaubens" aus seinem Amt entlassenen Muhammad Sven Kalisch, interpretiert den Koran aus Sicht von Männern wie Kizilkaya viel zu liberal. Khorchide betont immer wieder, wie wichtig Humanität sei und, vieles, was im Koran stehe, aus den historischen Begleitumständen erwachsen sei, die allerdings heute nicht mehr herrschten. Dass eines Tages ZIT-Absolventen als Imame in einer KMR-Moschee tätig sein werden, ist daher ähnlich wahrscheinlich, wie dass Sylvia Löhrmann an ihrem Beirat nur helle Freude haben wird. *R. Bellano*

MELDUNGEN

Sportler monieren Kulturförderung

Bonn – Am vergangenen Sonnabend machten 5000 Mitglieder von Sportvereinen in Bonn auf den Unterschied bei der Subventionierung zwischen Kultur und Sport aufmerksam. Wieso würden Opernliebhaber für etwas über 20 Euro eine Karte bekommen können, wohingegen Fußballfans, die tendenziell weniger verdienen als Freunde der klassischen Musik, viel tiefer in die Tasche greifen müssten, fragte die Initiative „Pro Sportstadt Bonn". Sie fordert aber keineswegs, nun den Sport mit mehr Staatsgeld zu fördern, sondern meint, indem für Kultur realistischere Preise bezahlt werden müssten, weitere Schwimmbadschließungen verhindern zu können. Um das krasse Missverhältnis zwischen der Subventionierung der Prestigekultur und des Sports zu beenden, hofft die Initiative auf bundesweite Ausdehnung. *Bel*

EKD klagt über Gottvergessenheit

Timmendorfer Strand – Auf einer Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde bedauert, dass in Deutschland 27 Millionen Konfessionslose leben. Dass es Landstriche gibt, in denen wie in Mecklenburg-Vorpommern 85 Prozent keiner Glaubensgemeinschaft angehören, solle der EKD „schlaflose Nächte" bereiten. Dekan Volker Teich betonte aber auch, dass die „Gottvergessenheit" zum Teil auf kirchliche Mängel zurückzuführen sei. SPD-Bundestagsabgeordnete Die Kerstin Griese verurteilte aber auch die aggressive Haltung vieler Atheisten gegenüber den Religionen. Bei der Debatte um die Beschneidung von muslimischen und jüdischen Jungen aus religiösen Gründen habe sie sogar den „Hass" vieler Religionsloser spüren können. *Bel*

Aufblähung statt Straffung

Stoiber sollte EU-Bürokratie abbauen, stattdessen will er mehr EU

Ausgerechnet mit einer neuen Behörde will Edmund Stoiber (CSU), der EU-Chefberater für Bürokratieabbau, dem Wuchern der Brüsseler Bürokratie zu Leibe rücken. Das mögliche Resultat der Forderung: künftig ein hauptamtlicher EU-Beauftragter zur Vermeidung überflüssiger Gesetze anstatt des bisher in der Angelegenheit ehrenamtlich tätigen Stoiber. Zusätzlich will der ehemalige bayerische Ministerpräsident für die EU gleich noch einen Europäischen Normenkontrollrat installiert wissen. Der soll prüfen, ob neue Rechtsvorschriften tatsächlich gebraucht werden und welche Folgen sie haben. Mit Sicherheit würde die Umsetzung der Vorschläge erst einmal eine neue Brüsseler Behörde aus der Taufe heben – ob diese allerdings sonderlich erfolgreich wäre, ist fraglich. Bereits jetzt ist die EU-Kommission nämlich verpflichtet, ihre Gesetzesvorschläge zu begründen. Bisher scheint ihr das jeweilige Finden einer Begründung nicht sonderlich schwer zu fallen. Der bürokratische Apparat der EU ist inzwischen auf 45 000 Beamte angewachsen, die mit rund 100 000 Seiten an Gesetzen und Richtlinien das Alltagsleben in allen 27 EU-Staaten durchregulieren wollen: vom Energieverbrauch von Kaffeemaschinen bis hin zum Schuhwerk von Friseuren.

Welche Ausmaße mittlerweile die Brüsseler Regelungswut angenommen hat, wird an einem Entwurf zu einer neuen Richtlinie für das europäische Friseurhandwerk deutlich, aus dem die britische „Daily Mail" unlängst zitiert hat. Im Entwurf reihen sich Trivialitäten aneinander, die für jeden Friseur eigentlich selbstverständ-

Neue Behörde soll andere überprüfen

lich sein sollten: die Vorgabe, sich mehrmals täglich die Hände zu Waschen, und die Pflicht zu festem Schuhwerk. Wie eine Realsatire nimmt sich die angedachte Verpflichtung aus, dass die Friseure Gespräche mit den Kunden führen sollen, um deren „Wohlbefinden" zu fördern. Weniger grotesk, dafür aber im Einzelfall durchaus ruinös, sind dagegen genaue Vorgaben, wie viele Haarschnitte die Friseure pro Tag überhaupt leisten dürfen.

Dass es in Brüssel inzwischen als selbstverständlich gilt, derartiges per Verordnung regeln zu wollen, hat mit dem Aufbau der EU zu tun. Die 27 hochbezahlten EU-Kommissare entwickeln einen wahren Aktionismus, um in ihrem Ressort immer neue Aufgaben und damit Machtzuwachs vorweisen zu können. Zusätzlich dient das Erfinden neuer Aufgaben als Rechtfertigung zum Unterhalt des riesigen Beamtenheeres. Ein nicht unwichtiger Nebeneffekt aus der Sicht der EU-Kommission: Wird in einem der Mitgliedstaaten ein Verstoß gegen eine der zahllosen Richtlinien entdeckt – was fast immer möglich ist –, dann hat Brüssel ein universell einsetzbares Druckmittel in der Hand. Mit der Androhung von Vertragsverletzungsverfahren in der Hinterhand verhandelt die EU-Kommission gegenüber dem jeweiligen Mitgliedsstaat bei jedweder Forderung dann aus einer Position der Stärke.

Fraglich ist ohnehin, ob mit Stoiber der Richtige für die Aufgabe der Entbürokratisierung ausgewählt wurde: Noch im vergangenen Jahr war er es, der dem CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt mit dessen Forderung nach Rückverlagerung von Kompetenzen von Brüssel an die Mitgliedstaaten in den Rücken fiel. Was Stoiber stattdessen forderte, war eher eine Steilvorlage für noch mehr Bürokratie: mehr Kompetenzen für die EU-Kommission. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Betreuungsgeld wieder erweitert

Oslo – Norwegens sechstgrößte Stadt Kristianssand wagt den Aufstand und führt drei Monate nach der landesweiten Beschränkung des Betreuungsgeldes auf Kinder im Alter von 13 bis 23 Monaten diese bei sich wieder ab. Zuvor wurden für Kinder, die nicht in einer Krippe betreut wurden, bis zu ihrem dritten Geburtstag 430 Euro monatlich gezahlt. Da aber nach der Einführung des Geldes 1998 festgestellt worden war, dass vor allem Mütter mit Migrationshintergrund ihre Kinder nicht mehr in die Krippe gaben und die Prämie kassierten, obwohl gerade ihre Kinder die Förderung brauchen, wurde das Betreuungsgeld für über Zweijährige abgeschafft. Die meisten Norweger schicken ihre Kinder spätestens ab deren zweiten Geburtstag in die Krippe. *Bel*

Staatbürgerschaft für Staatsanleihen

Budapest – Ein Gesetzentwurf sieht in Ungarn die Schaffung einer Investorenstaatsbürgerschaft nach kanadischem Vorbild vor, den die in Regierungspartei Fidesz dem ungarischen Parlament vorgelegt hat. Ab einer Summe von 250 000 Euro, die für mindestens fünf Jahre in Ungarn angelegt wird, soll es künftig die Möglichkeit geben, die ungarische Staatsangehörigkeit verliehen zu bekommen. Während im Gesetzentwurf der mit Zweidrittelmehrheit regierenden Fidesz nicht erwähnt wird, auf wen die Offerte zur Einbürgerung konkret abzielt, wurden von einem Abgeordneten der Partei chinesische Investoren als potenzielle Adressaten des Angebotes genannt. Gemäß EU-Recht ist die Verleihung der ungarischen Staatsbürgerschaft gleichbedeutend mit dem Recht auf Niederlassungsfreiheit innerhalb der gesamten EU. *N.H.*

Die Uno soll helfen

Bewohner Malis fordern medienwirksam Hilfe gegen Islamisten ein

Deutschland hat bekundet, bei einer Mission in Mali helfen zu wollen. Im Norden des Landes eskaliert die Situation immer mehr, mit Steinigungen, Folter und Grabschändungen.



Opfer der Islamisten: Ein Mann präsentiert in Mali seine Amputation Bild: Reuters

„Mali ist ein Land am Abgrund, und wir wollen nicht, dass es ein verlorener Staat wird." Bundesminister Dirk Niebel hat die prekäre Situation in dem westafrikanischen Land erkannt. Er stimmt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Guido Westerwelle und Verteidigungsminister Thomas de Maizère überein, wonach Deutschland im Rahmen einer EU-Mission Ausbilder in den Wüstenstaat entsenden solle. Die malische Armee sei „zu schwach, um zu handeln", so Kanzlerin Merkel. Im März putschte das Militär in dem Wüstenstaat den Präsidenten aus dem Amt, doch auf internationalem Druck gaben sie die Macht wieder an eine Zivilregierung ab. Im Norden nützten gewaltbereite Islamisten das Machtvakuum, um eine Fläche so groß wie Frankreich unter ihre Gewalt zu bringen. Die Menschenrechtssituation verschlimmerte sich seitdem zunehmend. Doch nicht überall wartet die Bevölkerung auf die Uno. Es regt sich erster Widerstand.

Nach ihrer Machtergreifung schufen die Islamisten ein Machtzentrum im Zeichen der Scharia. Diese regelt seitdem den Alltag mit extrem-islamischer Handhabe. Dieben wurden die Hände abgehackt, laut den Bewohnern hätten bisher mindestens acht Amputationen stattgefunden. Die historischen Grabstätten der Region Timbuktu brandmarkten die Extremisten als „haram", also verboten. Kurz nachdem sie von der Unesco zum Weltkulturerbe erklärt worden waren, begannen die Fundamentalisten, sie zu zerstören. Vor Kurzem berichteten die Einwohner Timbuktus, dass die Extremisten nun auch mit Bulldozern vorgehen. Diese drohten, die drei historischen Moscheen der Stadt zu zerstören, die älteste stammt aus dem 14. Jahrhundert. Tabak- und Alkoholkonsum sind unter der Schreckensherrschaft streng untersagt. Laut Menschenrechtsorganisationen treffe es Frauen besonders hat. Sie dürfen sich nur noch in Begleitung ihrer Brüder, Ehemänner oder Väter auf der Straße zeigen. Das Kopftuch zwangen die Rebellen allen Frauen auf, unabhängig von ihrer Religion. In der besetzten Stadt Timbuktu gingen Ende Oktober 200 Frauen gegen ihre Unterdrükker auf die Straße. Die Islamisten schossen in die Luft und trieben die Demonstrantinnen mit Gewalt auseinander. Gegenüber der *PAZ* sagt Ken Ahurso, Politologe in Ghana: „Die Sicherheitssituation hat alarmierende Ausmaße erreicht." Auch in der Hauptstadt Bamako fanden sich Tausende Menschen für Märsche zusammen. Sie trugen Schilder, die das Volk zum Zusammenhalt aufriefen und die Uno zu einem baldigen Einsatz aufriefen.

> Selbst Moscheen werden eingerissen, da Unesco-Erbe

Der UN-Sicherheitsrat gab in einer Resolution grünes Licht für eine Mission. Diese müsse aber wohl überlegt sein und werde bevorzugt von der Afrikanischen Union oder der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) erfüllt. Der westafrikanische Staatenbund hat seine Unterstützung zugesagt. Derzeit befänden sich 3300 Soldaten in der Region in Bereitschaft. Ahurso vermutet, dass dieser Einsatz zur Zerreißprobe für die ECOWAS werden könnte. „Werden sich die Mitgliedsstaaten einigen? Wie viele Truppen senden sie? Wie viele Verluste sind sie bereit einzustecken?" Zwischen dem vereinbarten Ziel und der tatsächlichen Ausführung liege oft ein großer Unterschied.

> Der November wird zum Monat der Entscheidungen

Der malische Übergangspräsident Dioncounda Traoré sprach sich für einen Dialog aller Beteiligten aus. Ahurso glaubt, Verhandlungen seien „immer noch möglich. Es kann sein, dass die Rebellen nach einer internationalen Militärintervention offener für einen Dialog sind." Laut einem Diplomaten sei die USA ausschließlich gewillt, eine „gut geplante und gut strukturierte Mission" zu unterstützen. Die Zustimmung der Nachbarn Algerien und Mauretanien sei notwendig, da diese den Norden eingrenzen. Bei einem Besuch von US-Außenministerin Hillary Clinton pochte Algeriens Präsident erneut auf eine politische Lösung.

Um die Mission formell abzusegnen, erwartet der Sicherheitsrat bis nächste Woche eine Strategieplan der ECOWAS. Die Mission, berichten südafrikanische Medien, werde daher „nicht vor Ende November" starten. Europa hat mit der Planung begonnen und die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton soll dem EU-Parlament bis zum 19. November ein Konzept vorlegen. Noch ist offen, ob die USA mitziehen. Zumindest die Mitgliedsstaaten der ECOWAS sind zu einer Einigung aufgerufen. *Markus Schönherr*

Stolz oder Wahn?

Ankara gibt sich stark – EU gibt Milliarden

Provozierende Worte sind keine Seltenheit, wenn der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan zu Besuch in Deutschland weilt. Die Einweihung des neuen türkischen Botschaftsgebäudes in Berlin war für Erdogan nicht nur Anlass, der EU das Ultimatum zu stellen, die Aufnahme seines Landes zur EU habe bis 2023 zu erfolgen, Erdogan tätigte gleich noch eine erstaunliche Aussage: Sein Land habe fast alle Schulden an den Internationalen Währungsfonds zurückgezahlt.

> Deutsch-Türken überweisen ebenfalls

Dass dies auch dank der EU möglich war, erwähnte er allerdings nicht. Denn tatsächlich erhält die Türkei von der EU Milliarden. Grundlage der Zahlungen sind die sogenannten Heranführungshilfen der EU. Die werden immer noch gezahlt, obwohl eine türkische EU-Mitgliedschaft wegen massiver Defizite auf gleich mehreren wichtigen Verhandlungsgebieten immer mehr in die Ferne rückt. Seit 2001 sind bereits annähernd drei Milliarden Euro von der EU nach Ankara geflossen, weitere drei Milliarden Euro folgen demnächst. Sollte die Türkei doch eines Tages EU-Mitglied werden, dann würde das Land sogar zum Hauptempfänger von EU-Geldern werden – allen markigen Sprüchen vom „türkischen Wirtschaftswunder" zum Trotz. Pro Kopf liegt das türkische Bruttoinlandsprodukt nur knapp über dem von Bulgarien, dem ärmsten Mitgliedstaat der EU.

Wie groß der Nachholbedarf noch immer ist, wird auch anhand von Umfrageergebnissen deutlich, die aktuell vom Meinungsforschungsinstituts Info vorgelegt wurde: Jeder Dritte der befragten Türken in Deutschland schickt demzufolge regelmäßig oder gelegentlich Geld in die Türkei. Pro Jahr und Person im Durchschnitt 1300 Euro. Bereits im August hatte das Info-Institut Ergebnisse zur Rückkehrbereitschaft der in Deutschland wohnenden Türken veröffentlicht, die lag bei den Befragten bei 45 Prozent. Untermauert wird dieser Befund durch Umfrageergebnisse zum Immobilienbesitz, die in der aktuellen Info-Studie enthalten sind: Jeder Dritte verfügt demnach über Immobilieneigentum in der Türkei. Einige Brisanz steckt hinter einem weiteren Punkt der Umfrage: Immerhin ein Drittel der Türken die Transferleistungen in Deutschland erhalten, gab an, Immobilieneigentum zu haben – zum großen Teil in der Türkei. *N.H.*

Mursi provoziert Militär

Ägyptische Armee verliert immer mehr Macht: Untersuchung gegen Generalstabschef

Bis zum 12. August schien der General, der Ägypten zwischen dem Sturz von Hosni Mubarak und der Wahl eines neuen islamistischen Präsidenten im Juni führte, unberührbar. Viele Ägypter sind weiterhin überzeugt, dass die Entlassung von Marschall Hussein Tantawi und Sami Enan, dem ehemaligen Generalstabschef, nicht ohne die Zustimmung der Betroffenen geschehen ist. Die beiden waren die starken Männer im Obersten Militärrat (Scaf) gewesen, der das Land seit dem Sturz von Hosni Mubarak im Februar 2011 regiert hatte. Der 76-jährige Tantawi war 22 Jahre lang Verteidigungsminister. Für ihren Rücktritt, so glauben die meisten Ägypter, sei ihnen damals Straffreiheit für die Verbrechen gewährleistet worden, die während der Zeit des Übergangs begangen worden waren. Allerdings hat der Generalstaatsanwalt am 15. Oktober gegen beide eine Untersuchung wegen ihrer Beteiligung an der Niederschlagung von Protesten angeordnet. Die zwei hochrangigen Offiziere könnten für das Massaker vom Maspero Platz vom 9. Oktober 2011, bei dem 28 koptische Demonstranten von der Armee getötet worden waren, angeklagt werden.

Ob es allerdings so weit kommen wird, ist ungewiss. Viele Ägypter glauben, dass die Untersuchung lediglich zeigen soll, dass Generäle nicht über dem Gesetz stehen und dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Dennoch, als Präsident Mohamed Mursi am 12. August beschlossen hatte, die zwei Männer in den Ruhestand zu schicken, hatte er bereits einmal die Analysten überrascht, denn alle glaubten, die Muslimbruderschaft würde alles tun, um das Militär nicht zu provozieren. Nach dem Anschlag auf einen Grenzposten im Sinai mit 16 Toten, der als nationale Tragödie und Versagen der Sicherheitskräfte empfunden wurde, hat Mohammed Mursi die Gunst der Stunde geschickt genutzt und die bereits geplante Pensionierung von Feldmarschall Tantawi und Generalstabschef Sami Anan vorgezogen. Als zweiten Schritt hat Mursi dem Scaf die politische Macht entzogen, die dieser sich vor der Wahl eines zivilen Präsidenten angeeignet hatte.



Mursi entzieht Militärrat Rechte

Mursis Coup ist überraschend geräusch- und widerstandslos über die Bühne gegangen. Er wusste, dass eine Mehrheit der jüngeren Offiziere gegen eine politische Rolle der Armee ist, sie sehen den Reformbedarf der veralteten Armee und haben keine Berührungsängste bei den Muslimbrüdern. Ohne selbst Mitglieder der Muslimbruderschaft zu sein, was ihnen die Tore der Militärakademie verschlossen hätte, sind viele junge Offiziere der Muslimbruderschaft weniger feindlich eingestellt als ihre älteren Vorgesetzten. Die jüngeren Offiziere wissen, dass die Zeiten der Staatsstreiche endgültig vorbei sind, sie sagen sich, wenn eine Bevölkerungsmehrheit die Muslimbruderschaft an die Regierung gewählt hat, muss sich die Armee mit diesem Votum abfinden, ohne allerdings ihre eigenen Interessen zu ignorieren.

Im April hatte es in Alexandria bereits eine Mini-Revolte von etwa 500 jüngeren Offizieren gegeben, die bessere Bedingungen forderten. Der neue Armeechef, Abdelfatah as-Sisi, der vorher dem militärischen Geheimdienst vorstand, hat die längst fällige Modernisierung der Armee angekündigt und eingeleitet. Auf dem Sinai zeigt sich derzeit, wie wenig eine schwerfällige Feldarmee gegen die Bedrohung durch Terroristen ausrichten kann. Faktisch hatte die Armee keine andere Wahl, als sich mit den Muslimbrüdern zu arrangieren. Die Muslimbrüder sind derzeit die stärkste verlässliche politische Kraft. Sie haben sich immer anpassungsfähig gezeigt.

Außerhalb der Kasernen hat in Ägypten ein Kampf um die Macht in den Institutionen begonnen. Im September hat Mursi zehn neue Provinzgouverneure ernannt, von denen nur drei Muslimbrüder waren, allerdings auch drei Militärs für die Grenzregionen. Zur gleichen Zeit hat er auch eine Studie über die Korruption in den oberen Rängen der Armee in Auftrag gegeben. Im Visier steht vor allem das Wirtschaftsimperium der Armee, die bis zu 40 Prozent der ägyptischen Wirtschaft kontrolliert.

Mursi hat das System von Privilegien und Pfründen, wegen dem das Land zuweilen „Offiziersrepublik" genannt wurde, bislang nicht angetastet. Das Gespann Mubarak-Tantawi hatte ein Patronage-System eingeführt, das führenden Offizieren nach ihrer Pensionierung Posten in Ministerien, Behörden, Staatsfirmen und Lokalverwaltungen garantierte. In fast allen wichtigen Positionen sitzen deshalb Ex-Offiziere. Mursi hält an dieser Tradition fest. Noch! *Bodo Bost*

Unkalkulierbare Risiken

Silvio Berlusconi destabilisiert Italien zusätzlich – Monti zugleich auch von links attackiert

Ein Jahr nach seinem Rücktritt meldete sich der ehemalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi mit einer Drohung zurück. Sollte er diese wahr machen, dann könnte er damit nicht nur Italien ins Chaos stürzen.

„Der von der Signora Merkel verfügten Politik muss ein Riegel vorgeschoben werden.“ Es sind markige Worte, mit denen sich der „Cavaliere“ Berlusconi auf der politischen Bühne zurückmeldet. Als am 12. November 2011 Berlusconi sein Rücktrittsgesuch einreichte, herrschte vielerorts Erleichterung. Statt des Lebemanns Berlusconi sollte der Technokrat Mario Monti Italien wieder fit machen. Die dahinter stehende Befürchtung: Italien ist zu groß, um im Notfall vor der Staatspleite gerettet zu werden. Ein Jahr später ist es nun der einstige Hoffnungsträger Monti, der immer mehr in die Bredouille gerät. Sein Vorgänger Berlusconi hat einen gehörigen Anteil daran: Nachdem ihn ein Mailänder Gericht wegen Steuerhinterziehung zu vier Jahren Haft verurteilt hat, kam von Berlusconi an die Adresse Montis die Drohung, ihm die Unterstützung zu entziehen. Untermalt war das Gepolter mit reichlich anti-deutscher Rhetorik: Monti als Handlanger deutscher Interessen, der Italien in den Ruin führt, so in etwa lautet inzwischen der Tenor in Berlusconis Medien-Imperium.

Sollten der Drohung Berlusconis Taten folgen, dürfte die Folge eine Regierungskrise sein, die Italien an den Finanzmärkten endgültig zum Abschusskandidaten macht. Montis Regierung stützt sich im Parlament vor allem auf eine Partei: Berlusconis „Il Popolo della Libertà“ (PdL) – die stärkste Einzelpartei im Parlament. Die Umfragewerte für Berlusconis Partei werden allerdings immer düsterer und der „Cavaliere“ damit zunehmend unberechenbarer. Seit Monaten steht die PdL zudem im Zentrum zahlreicher Skandale von Korruption und Verschwendung. Zusätzlich ist die Partei mittlerweile so weit zerstritten, dass ihr sogar der Zerfall droht. Resultat ist ein desaströses Wahlergebnis in einer Region, die als politischer Frühindikator gilt. Bei den Wahlen auf Sizilien stürzte Berlusconis Parteiliste auf 13 Prozent ab – vor vier Jahren waren es noch 33 Prozent. Sizilien, die einstige Hochburg der PdL, wird nun erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg von einem Mitte-Links-Bündnis regiert.


Bild: action press

Und mal wieder eine Pressekonferenz: Aber auch über sein Medien-Imperium heizt Berlusconi die Stimmung an

Berlusconi-Partei im Umfragetief – bisher Montis größte Stütze

Nicht nur, dass die neue Regierung auf Sizilien seinen Sparkurs vehement ablehnt, ist für Premier Monti ein Warnsignal: Der eigentliche Sieger der Sizilien-Wahl ist die Protestbewegung „Movimento Cinque Stelle“. Die Parteiliste Beppe Grillos – einem ehemaligen Fernsehkomiker – kam auf fast 15 Prozent und wird damit zur stärksten Fraktion im Parlament Siziliens. Die anarchistisch angehauchte Partei ist für viele Italiener mittlerweile das Gegenprogramm zur skandalgebeutelten Partei Berlusconis. Grillo prangert die Verschwendung im politischen System Italiens an und setzt obendrein auf einen klaren Anti-EU-Kurs. Bisher enthält Grillo sich jeglicher Koalitionszusagen für die anstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr. Damit ist er allerdings nicht die einzige unbekannte Größe im Vorfeld der Wahlen. Als wären der Niedergang von Berlusconis PdL und die Drohungen in Richtung Monti noch nicht genug, verwirrt Berlusconi inzwischen auch noch mit unklaren Aussagen zu seinen eigenen politischen Zukunftsplänen. Momentaner Stand: Berlusconi will bei den anstehenden Wahlen nicht als Ministerpräsident kandieren, schließt aber einen Rückzug aus der Politik aus. Inzwischen wird bereits spekuliert, ob Berlusconi mit Teilen der zerstrittenen PdL nochmals eine eigene Partei auf die Beine stellt.

Italien braucht mal schnell 20 Milliarden Euro zusätzlich

Brenzlig wird die Lage für Monti allerdings nicht nur durch die zunehmende Unberechenbarkeit Berlusconis und die Erfolge der Protestbewegung Grillos, Gefahr droht paradoxerweise auch durch die Rettungsversuche für andere Euro-Krisenländer. „Wenn es einen Bailout für Spanien von 100 Milliarden Euro gibt, wäre Italiens Anteil daran 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts“, so warnte unlängst der italienische Finanzminister Vittorio Grilli in der Zeitung „La Repubblica“. Konkret wäre Italien bei einem 100-Milliarden-Paket für Madrid mit 18,75 Milliarden Euro mit von der Partie. Die drohende Folge: ein weiteres Hochschnellen der Staatsverschuldung. Allen Sparankündigungen zum Trotz haben die italienischen Staatsschulden ohnehin ein neues Rekordhoch erklommen: 126,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, so die letzte Meldung der EU-Statistikbehörde.

Ein weiteres Ansteigen gilt bereits als sicher. Da durch den anhaltenden Wirtschaftseinbruch auch die Steuereinnahmen wegbleiben, wird Italien in diesem Jahr rund 20 Milliarden Euro mehr an Schulden aufnehmen müssen als geplant, so das Finanzministerium. Dort geht man nun davon aus, dass man für Neuverschuldung und die Ablösung alter Titel in diesem Jahr insgesamt Staatsanleihen von bis zu 465 Milliarden Euro an den Mann bringen muss. Die Summe macht deutlich, was mit der zunehmenden politischen Instabilität in Italien auf dem Spiel steht: Verlieren die Märkte das Vertrauen in Italien, dann wird selbst der frisch installierte Euro-Rettungsschirm ESM zu klein sein. Nach der bisherigen Logik der bisherigen Rettungsaktionen für das Projekt „Euro“ ist in diesem Fall nicht auszuschließen, dass EZB-Präsidenten Mario Draghi die Druckerpresse dann endgültig auf Dauerbetrieb stellt. *Norman Hanert*



KURZ NOTIERT

Streit um KfW-Gewinne: Die Entscheidung der schwarz-gelben Regierung, Teile der Gewinne der Kreditanstalt für Wideraufbau (KfW) ab 2014 an Bund und Länder auszuschütten, sorgt für unterschiedliche Reaktionen. Während die Opposition moniert, dass die KfW ihre Gewinne einsetzen sollte, um zusätzlich günstige Förderkredite an die Wirtschaft und private Bauherren zu verleihen, begrüßen private Banken die Entscheidung der Regierung. Muss die KfW Teile ihrer Gewinne an ihren staatlichen Eigentümer auszahlen, reduziert dies ihren Wettbewerbsvorteil gegenüber den privaten Banken. *Bel*

Verfassungsbeschwerde gegen Beraterregister: Obwohl die meisten der 1889 Banken die Sinnhaftigkeit und den damit verbundenen Mehraufwand für das neue Beraterregister kritisch beurteilen, hat sich kein weiteres Kreditinstitut der Verfassungsbeschwerde der Volksbank Göppingen angeschlossen. In dem seit dem 1. November bei der Bankenaufsicht Bafin geführten Register sollen jegliche Beschwerden über die deutschlandweit gut 300000 im Wertpapierbereich tätigen Bankberater vermerkt werden. Welche Folgen genau eine Anhäufung von Beschwerden für den jeweiligen Berater hat und wie die Bafin die Qualität der Beschwerden misst, soll die Praxis zeigen. Die Volksbank Göppingen kritisiert die Ungleichbehandlung, denn das Register gilt nur für Bankmitarbeiter, nicht für Finanzberater. Außerdem sei es bedenklich, dass die Bafin ohne Gerichtsverfahren Berufsverbote verhängen kann. *Bel*

Staatsanleihen gefährden Japans Banken: Der Internationale Währungsfonds warnt japanische Banken vor einem drohenden Zinsschock, sollte sich das Zinsniveau in dem Land erhöhen. Derzeit legen Banken in Japan rund 24 Prozent der ihnen zur Verfügung stehenden Gelder in Staatsanleihen ihres Landes ein. Deutsche und US-Banken sind nur mit fünf Prozent, italienische zu gut zehn Prozent in den Staatsanleihen ihres Landes engagiert. Derzeit werden japanische Staatsanleihen mit rund 0,78 Prozent verzinst. *Bel*

Einen Nerv getroffen

Streit um deutsche Goldreserven hält an

Die Debatte um die im Ausland gelagerten deutschen Goldreserven reißt nicht ab. Erst auf Druck einer breiter werdenden Öffentlichkeit, einiger Unionspolitiker und schließlich des Bundesrechnungshofs hatte sich die Bundesbank bereitgefunden, die deutschen Barren, die größtenteils in New York lagern, zumindest stichprobenartig untersuchen zu lassen. Dafür sollen einige Barren nach Deutschland transportiert und zwecks Echtheitsprüfung eingeschmolzen werden.

Auch erst auf diesen Druck hin sah sich die Bundesbank genötigt, genauen Aufschluss darüber zu geben, wie viel vom Gold der Deutschen wo gelagert wird. Von den insgesamt 3395,5 Tonnen liegen demnach 69 Prozent im Ausland, nämlich 45 Prozent in New York, 13 Prozent in London und elf Prozent in Paris. Die restlichen 31 Prozent werden nach Auskunft der Bundesbank in Frankfurt aufbewahrt.

Die Auslandsbestände waren seit Jahren nicht mehr in Augenschein genommen und nachgezählt worden. Stattdessen verließen sich die Frankfurter Zentralbanker auf die Angaben der ausländischen Aufbewahrer. Dies hatte zuletzt in Deutschland für Beunruhigung gesorgt.

Schon die bloß stichprobenartige Untersuchung der im Ausland befindlichen Barren aber sorgt für teils deftige Reaktionen. So zog Andreas Dombret, Mitglied des Bundesbank-Vorstands, die deutschen Sorgen um die Goldreserven bei einer Rede in New York ins Lächerliche. Ihn erinnere die Furcht an irrationale Ängste vor Gaunern wie in dem James-Bond-Film „Goldfinger“.

Das Edelmetall ist auch eine Art Versicherung

In Deutschland gehen linke Wirtschaftsjournalisten auf ähnlichem Niveau zum Angriff über. Der Kommentator der „Financial Times Deutschland“ (FTD) bezeichnete die Forderung nach Überprüfung als „unglaubliche Posse“. So sei es auch „völlig unwichtig“, wie viel von dem Gold physisch vorhanden sei und wie viel bloß als papierne „Gold-Forderungen“. Bislang weisen die Bilanzen der Bundesbank nicht aus, wie viel „Gold“ wirklich Gold ist und wie viel davon aus jenen „Forderungen“ besteht, die erst von jemandem eingelöst werden müssten.

Der „Spiegel“ bringt vor, dass das Gold nur einen „Wert“ von derzeit 133 Milliarden Euro besitze, Das sei gerade mal ein Zwanzigstel der deutschen Wirtschaftsleistung. Indes verwechselt das Magazin hier „Wert“ mit „Preis“. Gold, und zwar physisches, keine „Gold-Forderungen“, ist eine Versicherung für den Fall eines Einsturzes von Papierwährungen. Dann dürfte sein Preis in die Höhe schnellen. Es könnte dann sogar zur Abstützung einer neuen Währung nach einer Währungsreform dienen. Somit verhält sich Gold wie eine Versicherung: Deren „Wert“ beziffert niemand auf die Höhe der eingezahlten Prämien, das ist bloß ihr Preis. Ihr Wert offenbart sich erst im Schadensfall.

Die Schärfe der Reaktionen zeigt auf, dass jene, die eine Überprüfung oder noch besser eine Heimholung des deutschen Goldes fordern, einen empfindlichen Nerv getroffen haben. *H. Heckel*

Mehr unter: www.gold-action.de

Verkehr als Feind

Auf Feinstaubplaketten und City-Maut folgt »Busbeschleunigung«

Oft ist nur schwer verständlich, warum man an einigen Tagen im Berufsverkehr im Stau steht und an anderen nicht, obwohl es sich um ein und dieselbe Strecke handelt. Auch Politiker haben den Stau als Feind entdeckt, vor allem den in Innenstädten. Ihnen geht es dabei allerdings nicht so sehr um die Unternehmen, deren Mitarbeiter so später ans Ziel kommen und wertvolle Zeit verlieren, um produktiv tätig zu sein, sondern um den so erhöhten Ausstoß des als „Klimakiller“ verschrienen Kohlendioxids (CO_2) und um Feinstaub.

Feinstaubplaketten und City-Maut sind einige Antworten der Politik, um den Verkehr in den Innenstädten zu reduzieren. In Hamburg plant die SPD-Landesregierung derweil, den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen. „Busbeschleunigungsprogramm“ lautet der Titel für ein Projekt, das derzeit durch die damit verbundenen zusätzlichen Baustellen den Innenstadtverkehr lahmlegt. Künftig sollen die Busse wichtiger Linien nicht mehr in Haltebuchten fahren, dort die Fahrgäste rein- und rauslassen und sich dann wieder in den Verkehr einfädeln, sondern mitten auf der Straße das zügige Ein- und Aussteigen durchführen. Dies soll die Busse schneller machen. Von einer Zeitersparnis von bis zu



Berlin: Berufspendler im alltäglichen Stau Bild: C. Bilan/dapd

15 Prozent ist die Rede. Allerdings scheint von den Verantwortlichen niemand bedacht zu haben, dass durch einen auf der Straße haltenden Bus die Autos dahinter gestaut werden und somit auch die darauffolgenden Busse im Verkehr, so dass der Stau noch weiter erhöht wird und mehr CO_2 ausgestoßen wird. Allein bei der Metrolinie 5 kostet der Rückbau der vorhandenen Bushaltestellen zudem 40 Millionen Euro.

Und da der Transport von Waren vor allem in den Innenstädten viel Energie vergeudet, da auch Lastwagen viel im Stau stehen und durchschnittlich nur mit 20 Stundenkilometer vorankommen, gibt es in einigen europäischen Städten Überlegungen, durch Logistikzentren vor den Toren der Stadt Transporte zu bündeln. Da englische Aktiengesellschaften ab April 2013 die CO_2-Emissionen selbst ihrer Transporte dokumentieren müssen und auf Frachtbriefen bei Transporten von und nach Frankreich der bei den Fahrten erfolgte Ausstoß notiert werden muss, überlegen auch immer mehr Speditionen, wie sie die imageschädigenden Werte verbessern können. Aber auch steigende Sprit-Preise sorgen dafür, dass in der Logistik-Branche nach Lösungen gesucht wird, Ressourcen zu schonen und Geld zu sparen. Da Unternehmen ihre Vorhaben selber finanzieren, ist davon auszugehen, dass sie bei ihren Antworten auf die Fragen mehr Effizienz und Nachhaltigkeit an den Tag legen als der zu oft wenig durchdachte Aktionismus und die ideologisch geprägten Ideen der Politik. *Bel*

Umverteilung

Von Manuel Ruoff

Stellen Sie sich vor, ein Mitbewohner Ihres Wohnblockes oder ein Angehöriger Ihrer Familie würde von Ihnen erwarten, dass Sie einen Kredit aufnehmen, damit er Ihr Geld auf sein Sparkonto einzahlen kann. In einer ähnlichen Situation ist das Gros der Geberländer beim Länderfinanzausgleich.

Mit Ausnahme Bayerns haben alle Geberländer mehr Ausgaben einschließlich Zahlungen in den Finanzausgleich als Einnahmen. Andererseits übersteigen bei der Mehrzahl der Nehmerländer die Einnahmen einschließlich Mitteln aus dem Finanzausgleich die Ausgaben. Die vier Bundesländer, die in den ersten drei Quartalen dieses Jahres die höchsten Finanzierungssalden pro Einwohner erzielten, erhielten zwei Drittel der 7,3 Milliarden Euro des Länderfinanzausgleichs. Da liegt der Generalverdacht nahe, dass Geberländer Schulden aufnehmen müssen, um Nehmerländern satte schwarze Zahlen zu bescheren.

Das riecht nach Umverteilung von unten nach oben, zumindest nach Überkompensation. Und wenn die Republik nicht völlig in Strukturkonservatismus und Besitzstandsdenken erstarrt ist, dann muss das die Diskussion um eine Reform des Länderfinanzausgleichs befeuern.

Erweiterung statt Reform

Von Rebecca Bellano

Es gab Zeiten, da konnte man das Wort „Reform" nicht mehr hören. Gerade das deutsche Gesundheitssystem hat schon so viele Reformen mitgemacht, dass man die verschiedenen Stufen kaum noch benennen kann. Derzeit wird mal wieder die Alterssicherung reformiert und auch die Pflegeversicherung sollte bei Amtsantritt von Schwarz-Gelb eine große Reform erfahren, was dann aber irgendwie im Sand verlaufen ist.

Doch bei allem Unmut über Reformen, so haben sie doch das lobenswerte Ziel, eine Sache den aktuellen Bedürfnissen anzupassen und effizienter zu gestalten. Ob das Ziel dann auch erreicht wird, ist zwar nicht automatisch gegeben, aber zumindest der Wille ist da. Selbst wenn man den Wahn einiger Minister, sich durch eine Reform profilieren zu müssen, berücksichtigt, so sind Reformen doch in ihrer Bilanz eher positiv zu bewerten.

> Warum ist etwas fürs Gesundheitssystem gut, nicht aber für die EU?

Statt dem Wort „Reform" beherrscht allerdings seit einiger Zeit ein anderes Wort mit „R" die Schlagzeilen, das den Deutschen inzwischen weit mehr zum Halse raushängt als die ständigen Reformen der Vergangenheit: die Rettung. Ob Banken-Rettung, Euro-Rettung, Griechenland-Rettung, die Rettung spanischer Banken, die Rettung der Rettung; der Gerettete wechselt durchaus mal, nur der Retter, nämlich schlussendlich der deutsche Steuerzahler, bleibt identisch. Immerhin folgte auf die Banken-Rettung auch so manche kleine, zumeist zaghafte Reform, die größte, die Eigenkapitalregeln nach Basel III, befindet sich kurz vor der Umsetzung, doch wo sind die Reformen bezüglich des Euro? Hier ist immer nur die Rede von „mehr Europa" und bezüglich der damit gemeinten Europäischen Union geht es immer nur um Erweiterung, dabei hat sich die EU vor lauter heißhungriger Erweiterung bereits nur mehr als den Magen verdorben.

Es ist erschreckend, dass das Wort Reform in Bezug auf die EU im Grunde ein Tabu ist. Dabei gibt es genügend unwiderlegbare Fakten, die beweisen, dass bei der EU vieles nicht rund läuft. Das Wort „effizient" in diesem Zusammenhang zu verwenden, wagt man ja schon gar nicht mehr, da es bei der EU noch nie um Effizienz gegangen zu sein scheint. Dabei kann auch eine Verwaltung durchaus effizient arbeiten, denn mehr als um eine Verwaltung handelte es sich bei der EU ursprünglich nicht. Doch inzwischen maßt sich Brüssel an, obwohl keine ausreichende demokratische Legitimation vorhanden ist, über eine halbe Milliarde Menschen zu bestimmen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass wenn eine Sache nicht reformfähig ist, die Zeit irgendwann über sie hinweg geht. Die Frage ist nur, wie groß die Trümmer sind, die dann übrig bleiben.



EU-Parlament: Fans der Science-ficton-Reihe „Star Wars" fühlen sich bezüglich der EU manchmal an den Galaktischen Senat erinnert.

Bild: J. Koehler/dapd

Hass auf Gold

Von Hans Heckel

Von linker Seite werden die Bemühungen um den Schutz des deutschen Goldes mit Hohn, Spott, ja mit kaum kaschierter Aggressivität beantwortet. Wenn gar der Vorschlag durch den Raum weht, vom ungedeckten Papiergeld zum Goldstandard zurückzukehren, meint man, regelrechten Hass zu vernehmen.

Der linke Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau nannte das gelbe Metall im „Spiegel" den „größten ökonomischen Giftstoff". Die Rückkehr zum Goldstandard sei die „Rückkehr in eine vorindustrielle, vordemokratische Welt".

Zu Erinnerung: Der Goldstandard galt in der Bundesrepublik bis 1971. Bis dahin war die D-Mark also fest ans Gold gebunden. Vorindustriell? Vordemokratisch? Das kann nicht einmal Münchau ernst gemeint haben. Es handelt sich um reine Polemik, hinter der andere, allerdings zutiefst ideologische Motive verborgen werden.

Der Wert von Papiergeld liegt in den Händen staatlicher Notenbanken. Sie können daher (wie es gerade geschieht) durch das Heruntermanipulieren der Zinsen unter das Inflationsniveau gigantische Umverteilungsaktionen in Gang setzen. Denn die Ersparnisse der einen werden so zugunsten der Entschuldung der anderen entwertet werden. Man nennt dies „Finanzrepression".

Bei Gold-Geld geht das nicht, sein Wert ist unabhängig von Zentralbanken und damit dem Zugriff des Staates entzogen. Nur ein „Goldverbot" könnte dies ändern. Damit ist aber auch der Weg zu kalter Enteignung und „Umverteilung" versperrt. Daher hassen Linke das Gold und den Gold-Standard so sehr.

Gastkommentar



Wenn Kinder als Last erscheinen

Von Hinrich E. Bues

Dass in puncto Kinder etwas schiefläuft in unserem Staate, braucht eigentlich keine Begründung. Seit 1971 sterben hierzulande mehr Menschen als Neugeborene zu verzeichnen sind. Sah Familienministerin Kristina Schröder (CDU) 2010 schon Licht am Horizont und eine „größere Lust an Kindern" heraufziehen, so stellte sich ihre Prognose Anfang 2012 als ziemlich voreilig heraus, denn 2011 wurden nur noch 663 000 Kinder geboren – der niedrigste Stand seit Bestehen der Bundesrepublik.

Kinder sind die Zukunft eines Landes. Das ist wahr. Wo Kinder fehlen, sieht die Zukunft eines Landes düster aus, weil beispielsweise die Renten und die Gesundheitsversorgung bald nicht mehr bezahlbar sein werden. Auch das ist wahr. Aber wer will nur deswegen Kinder in die Welt setzen, um die Geburtenrate eines Landes, das „demografische Problem" zu lösen? Kinder entstehen und kommen zumeist auf die Welt, weil zwei Menschen bereit sind, die Verantwortung für die neuen Menschen zu tragen, sie Freude daran haben, Kinder zu erziehen und groß werden zu lassen. Doch damit beginnen in unserer deutschen Gesellschaft die Probleme.

Während in vielen Ländern der Erde eine zahlreiche Kinderschar so etwas wie eine Rentenversicherung ist, geschieht hierzulande das Gegenteil. Wer viele Kinder hat, wird ärmer und hat schlechte Aussichten auf eine gute Rente. Berufstätige Eltern zahlen zum Beispiel die gleichen Rentenbeiträge wie kinderlose Ehepaare.

> Nachwuchs verringert in unserem System zu oft die Rente der Mutter

Nehmen wir als Beispiel eine Frau, die in den 80er Jahren drei Kinder geboren hat, die jetzt in das Berufsleben eintreten. Nehmen wir weiter an, dass diese Frau vorher einige Jahre berufstätig war und irgendwann in den 2020er Jahren in das Rentenalter kommt. Dann erhält sie für ihre drei gut ausgebildeten Kinder, die monatlich zusammen 2500 oder 3000 Euro an Rentenbeiträge bezahlen, davon ganze 81 Euro, keine drei Prozent. Bleibt die Ehe erhalten, dann ist sie immerhin über ihren verdienenden Mann einigermaßen abgesichert. Ist das nicht der Fall, dann ist eine solche Frau und Mutter eventuell auf die staatliche Fürsorge oder zusätzlich auf die Hilfe ihrer Kinder angewiesen.

Das ist ein Skandal, denkt man an den Grundgedanken zurück, dass Kinder ihre altgewordenen Eltern unterstützen sollen und wollen. Was bei der Einführung der Bismarck'schen Rentenversicherung im Jahr 1889 logisch klang, funktioniert heute schon lange nicht mehr. Trotz horrender Rentenbeiträge von über 19 Prozent des Bruttoeinkommens muss der Staat bereits jetzt 80 Milliarden Euro jährlich aus Steuergeldern dazu schießen. Die Zeiten haben sich gründlich geändert.

Das liegt an einigen Grundvoraussetzungen. Nach dem siegreichen Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 waren die Staatsschulden auf 120 Millionen Mark (ein Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) gesunken und die meisten Familien hatten drei und mehr Kinder; die Grundlage für den folgenden Boom der Gründerzeit, von dem Deutschland bis heute zehrt. Auch in den Zeiten des Wirtschaftswunders in den 1950er und Anfang der 1960er Jahren das gleiche Phänomen: kaum Staatsschulden und dafür viele Kinder, so dass Konrad Adenauer sagen konnte: „Kinder kriegen die Leute sowieso." Doch all das gilt seit der Einführung der Pille, der de facto Legalisierung der Abtreibung und der ausufernden Staatsausgaben nicht mehr.

Nun versucht der Staat an den Symptomen herumzudoktern. Die milliardenschwere Reform der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) läuft offenkundig ins Leere, weil sie falsche Signale setzt. Die flächendeckende Schaffung von zusätzlichen Krippen- und Kindertagesplätzen zielt letztlich darauf, dass möglichst viele Frauen schnell wieder ihren Beruf aufnehmen und so Steuern und Sozialabgaben bezahlen. Kluge Volkswirte haben ausgerechnet, dass sich die Kosten für die teuren Kitas und Krippen „rechnen". Im Laufe ihrer Berufstätigkeit zahlen die Mütter und Väter tatsächlich mehr als die Ganztagsbetreuung kostet. Doch die Eltern tragen dafür untragbare Lasten, denn die viel beschworene „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" ist in Wirklichkeit ein Doppel-, Dreifach- und Vierfachbelastung, meist für die Frauen: Haushalt, Kindererziehung, Beruf und Beziehung wollen unter einen Hut gebracht werden. Was einem Topmodell wie der millionenschweren Heidi Klum mit vielen Nannys, Privatflugzeug und Fitnesstrainern gelingen mag, schafft noch lange keine Verkäuferin, Sekretärin oder Lehrerin.

Als Vater von drei Kindern weiß ich, welche Freude, welche Sinnstiftung darin liegt, Kinder als Gabe Gottes zu sehen und groß zu ziehen. Die Begleitung von Kindern in ihrer Entwicklung, das Entdecken ihrer Begabungen, das erzieherische Eingreifen und Vermitteln von ererbten und erworbenen Werten, das Zusammensein in der Familie auf Reisen oder beim täglichen Essen, macht die „Lust an Kindern" aus. Nur oft genug ist diese Freude nicht mit den Erfordernissen des heutigen Berufslebens vereinbar, wo aus Mitarbeitern oft genug das Letzte an Kraft und Zeit herausgepresst wird. Wer heute drei und mehr Kinder in die Welt setzen will, steht unweigerlich vor der Entscheidung: Familie oder Beruf.

> Kinder bereichern einen Staat in gleich mehrfacher Hinsicht

Hier liegt der Knackpunkt. Denn ein Land braucht viele solcher Familien, damit rund 400 000 Kinder mehr als heute geboren werden, sagen die Bevölkerungswissenschaftler. Genau hier sehen sich aber Eltern mit drei und mehr Kindern betrogen. Wenn sich (in der Regel) die Frau einer kinderreichen Familie um die Erziehungsarbeit, das Wohl ihrer Familien als „Hausfrau" kümmert, kann sie leicht die Dumme sein. Gegenüber kinderlosen Ehepaaren, wo beide berufstätig sind und einigermaßen gut verdienen, führt sie ein bescheidenes und riskantes Leben. Wenn heute ein Alleinverdiener es tatsächlich schafft, für den Unterhalt der Familie alleine zu sorgen, ist nicht nur Sparsamkeit und ein bescheidener Lebensstil angesagt. Ein Blick auf den Gehaltszettel zeigt auch, dass erhebliche Steuern und Sozialabgaben vom Alleinverdiener gezahlt werden müssen.

Die Diffamierung der Hausfrau und Mutter hat System. Vergessen scheint, dass noch der Fünfte Familienbericht 1994 feststellte, dass die Familie „der bevorzugte Ort der Entstehung und Erhaltung von Humanvermögen" ist, wie der sperrige Begriff damals lautete. In der Sache ist er aber nach wie vor richtig. Was in einer Familie an Sozialisierung, an Weitergabe wertvoller Werte, an Fürsorge und vor allen Dingen an gegenseitiger Liebe geschieht, ist durch nichts zu ersetzen.

Was aber darf die Förderung von Familien kosten in Euro und Cent? In Deutschland heißt es oft, dass Familien besonders großzügig gefördert werden. Angeblich reichte der regierungsamtliche Segen für Familien von 100 bis hin zu 184 Milliarden Euro jährlich. Zieht man davon aber die Leistungen ab, die Familien für den Staat erbringen, entsteht sofort ein anderes Bild. Das Statistische Bundesamt errechnete für 2001 eine Wertschöpfung privater Haushalte, also auch der Familien, in Höhe von imposanten 1121 Milliarden Euro. Eine andere Berechnung stellte die bekannte Robert-Bosch-Stiftung an. Sie ermittelte 2005 mithilfe des ifo-Instituts, dass ein „durchschnittliches Kind" dem Staat 77 000 Euro mehr einbringt, als es ihn kostet. Kinder machen also ein Land reich. Zeit zum Umdenken also, zu einem Mentalitätswechsel in Köpfen, Herzen und Politik, damit Eltern wieder Mut und Freude haben, Kinder in die Welt zu setzen.

Dichterfürst der Armen

Vor 150 Jahren wurde der Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann im schlesischen Ober Salzbrunn geboren

Viele kennen ihn nur als Autor der „Weber“. Das Drama um die schlesischen Weberaufstände hat Gerhart Hauptmann 1892 schlagartig berühmt gemacht. Dabei hat der am 15. November 1862 geborene Autor neben seinen frühen sozialkritischen Schauspielen ein gigantisches Werk aus Dramen, Romanen und Essays hinterlassen. Als einer der wichtigsten Mahner der wilhelminischen Ära erhielt er 1912 den Nobelpreis.

Durch seine schriftstellerische Tätigkeit in mehr als fünf Jahrzehnten hinterließ Gerhart Hauptmann ein wahres Werksgebirge, das innerhalb der deutschen Literatur nur mit dem Goethes verglichen werden kann. Überaus zahlreich sind die Adaptionen seines dramatischen und erzählerischen Werks für Kino, Rundfunk, Fernsehen und das Musiktheater. Auch gehört er, der vor 150 Jahren als Gerhard Johann Robert Hauptmann im niederschlesischen Kurort Ober Salzbrunn als Sohn des Gastwirts und Hotelbesitzers Robert Hauptmann und dessen Frau Maria geborene Strähler zur Welt kam, zu den am meisten gelesenen Schulbuchautoren. Entsprechend häufig begegnet man seinem Namen, dessen Schreibweise er später zu Gerhart änderte, auf Straßen, Plätzen und Schulen.

Einen Überblick über sein Wirken bieten die Villa Lassen in Berlin-Erkner, das Haus Seedorn auf Hiddensee und das Hohenhaus in Radebeul. Noch weitere Gerhart-Hauptmann-Museen befinden sich in den schlesischen Orten Agnetendorf und Schreiberhau im Riesengebirge. Ein deutsch-polnischer Museumsverbund vernetzt die Aktivitäten aller fünf Häuser, deren Ausstellungen eine hohe Strahlkraft haben und den Tourismus kräftig ankurbeln.

Alle diese Gedenkstätten verbindet der biografische Bezug zum Dichter. In Erkner, wo Hauptmann mit seiner Frau Marie geborene Thienemann 1885 bis 1889 lebte, fällte er die Entscheidung für den Schriftstellerberuf, und hier kamen seine drei Söhne aus erster Ehe zur Welt. Zuvor war er mit dem Versuch gescheitert, in Rom eine Existenz als Bildhauer aufzubauen. Obwohl er in seinem Leben viel und ausdauernd gereist ist, blieb seine Verbundenheit mit den Menschen und Landschaften Schlesiens davon unbenommen. 1891 zog Hauptmann mit seiner Frau, seinem Bruder Carl und dessen Ehefrau nach Schreiberhau im Riesengebirge. Das gemeinsame Haus überließ er 1893 nach der Trennung von seiner Frau dem Bruder. In Agnetendorf bei Hirschberg baute er 1901 das Schlösschen „Villa Wiesenstein“ für sich und seine damalige Lebensgefährtin Margarete geborene Marschalk, mit der er sich nach seiner Scheidung 1904 verehelichte.

Viele Jahre besuchte der Dichter als Urlauber die Ostseeinsel Hiddensee, bevor er 1930 das Haus „Seedorn“ in Kloster erwarb und ausbaute. Bis 1943 verlebte er mit seiner Frau die Sommermonate auf Hiddensee, wo er ebenso wie in Berlin und in seinem schlesischen Rückzugsort die Geselligkeit mit prominenten Gästen und Freunden pflegte.

Gerhart Hauptmanns erstes soziales Drama „Vor Sonnenaufgang“ über Trunksucht, Gewalt und Tod in der neureichen Bürgergesellschaft brachte der Berliner Verein „Freie Bühne“ am 20. Oktober 1889 auf Empfehlung Theodor Fontanes zur Aufführung. In seiner Besprechung des skandalumwitterten Schauspiels lobte Fontane „die Neuheit und Kühnheit der Probleme, die kunstvolle Schlichtheit der Sprache, die Gabe der Charakterisierung“. Das war ein mutiger Vorstoß, da die etablierte Kunstkritik die unverbrämte Schilderung der Lebensverhältnisse der unteren gesellschaftlichen Schichten in Wort und Bild missbilligte. Damit öffneten sich die deutschen Bühnen für die europäische Literaturbewegung des Naturalismus, deren Repräsentanten mutmaßlich der Sozialdemokratie nahestanden.

Kaiser Wilhelm II. war empört über das Drama und kündigte nach der Berliner Premiere seine Loge im Deutschen Theater. Den Durchbruch des jungen Autors konnte er indes nicht verhindern. In den folgenden Jahren verfasste Gerhart Hauptmann „in produktiver Unruhe“ beinahe jährlich ein weiteres Bühnenwerk, darunter die Diebeskomödie „Der Biberpelz“ (1893) und das Drama „Die Weber“ („De Waber“, 1892), in dem der Aufstand der schlesischen Weber von 1844 behandelt wird.



Hungriger „Bücherwurm“: Gerhart Hauptmann verschlang Romane sogar im Stehen Bild: BpK

Seine frühen Theaterstücke einschließlich der Komödie „Die Ratten“ aus dem Jahr 1911 werden als zeitlose Klassiker auch im 21. Jahrhundert an deutschen Theatern neu inszeniert. In den teils auf eigener Erfahrung beruhenden, genauen Milieuschilderungen kommt eine skeptische, durch eine Ethik des Mitleidens gemilderte Geschichts- und Menschenauffassung des Autors zum Ausdruck. Um die Jahrhundertwende und bis in die 1920er Jahre stand Hauptmann im Ansehen des größten deutschen Dramatikers.

Seine damals ebenfalls hoch geschätzte Prosaepik gilt heute als deutlich weniger niveauvoll. Seit 1899 wurden ihm zahlreiche Preise und Auszeichnungen verliehen, darunter vier Ehrendoktortitel im In- und Ausland sowie die Friedensklasse des Ordens Pour le Mérite. Den Nobelpreis für Literatur erhielt er 1912 „vornehmlich für seine reiche, vielseitige, hervorragende Wirksamkeit auf dem Gebiete der dramatischen Dichtung“. Thomas Mann nannte Hauptmann in seiner Rede zu dessen 60. Geburtstag 1922 „den Dichter der Armen“.

Dem thematischen Spektrum seiner Bühnenspiele, Novellen, Romane und Versepen wird eine knappe Formel jedoch nicht gerecht. Der Dichterfürst der Weimarer Republik, dessen Schaffen beim Publikum auf immer weniger Interesse stieß, war offen für das Märchen- und Traumhafte; auch ließ er sich durch mythisch-religiöse und historische Stoffe inspirieren.

Entgegen landläufiger Meinung war Gerhart Hauptmann kein politisch engagierter Künstler. Der Autor der „Weber“ wandelte sich vom Vertreter des sozialkritischen Naturalismus zu einem konservativen Neuklassiker, der sich wie einst sein Großvater, welcher einer Weberfamilie entstammte, aus dem eigenen Ursprungsmilieu erhob. Vier Umwälzungen der deutschen Geschichte (1914, 1918, 1933, 1945), die er miterlebte, bewogen ihn jeweils zu wohlwollenden Äußerungen.

Von dem bei der „Machtübernahme“ bereits über 70-Jährigen war in den Jahren der Hitler-Diktatur beileibe kein öffentliches Votum „in tyrannos“ zu erwarten. Kurz vor Kriegsende kehrte das Ehepaar Hauptmann nach Agnetendorf zurück, obwohl russische Truppen bereits in Schlesien einmarschiert waren. Am 7. April 1946 wurde dem greisen Dichter von den Russen mitgeteilt, dass die polnische Regierung auf seiner Ausweisung bestehe. Wegen seiner schweren Erkrankung an Bronchitis entging Gerhart Hauptmann der Vertreibung. Er starb am 6. Juni 1946 in Agnetendorf. *Dagmar Jestrzemski*

MELDUNGEN

Königsberg aus »Mare«-Sicht

Königsberg – Als Zeitschrift, die sich mit dem Meer befasst, war es an Zeit, dass sich „Mare“ einmal der ostpreußischen Bernsteinküste widmet. In der jetzigen November-Ausgabe ist Königsberg sogar Schwerpunktthema (8,50 Euro im Zeitschriftenhandel). Eigentlich müsste der Titel „Königsberger Gebiet“ heißen, denn nicht die Stadt Königsberg steht im Vordergrund, sondern Ostpreußens russischer Teil. Die Autoren machen eine Reise von Pillau über Palmnicken, Brüsterort, Rauschen, Königsberg bis Cranz und treffen auf Menschen, die, wie es eine junge Frau ausdrückt, sich weniger als Russen, denn als Europäer fühlen. Schwarz-Weiß-Fotos geben die eher depressive Stimmung einer stagnierenden, wirtschaftlich abseits stehenden Region wieder.

Im Vorwort beugt Verleger Nikolaus Gelpke Revisionismus-Vorwürfen vor: „Wir wollten nicht denen Nahrung geben, die in ihrer unerträglich romantisierenden und trauernden Rückwärtsgewandtheit die Geschichte umdrehen, Ursachen und Schuld verkehren, relativieren.“ Um dem zuvorzukommen, sind Flucht und die Vertreibung nur Randthemen, während einer Gräueltat der SS an 7000 jüdischen KZ-Häftlingen in Palmnicken ein Sonderbeitrag gewidmet ist. Im Heft wird die Tat als „das größte nationalsozialistische Massaker auf deutschem Boden“ bezeichnet. *PAZ*

Lesung mit 102 Jahren

Lüneburg – Am 8. November feierte Elfriede Brüning ihren 102. Geburtstag. Sie wurde vor 65 Jahren bekannt mit ihrem Roman „Auf schmalem Land“, in dem sie Land und Leute der Kurischen Nehrung beschreibt. Weil das 2009 neuaufgelegte Buch nie in Vergessenheit geriet, geht die Autorin damit noch immer auf Lesereise. Am Sonntag, 18. November, liest sie daraus um 15 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg. PAZ

Pranken für die Ewigkeit

Kunstmuseum Stuttgart widmet sich dem Werk von Otto Dix

Und das soll von Otto Dix sein?“ Eine Besucherin des Kunstmuseums Stuttgart staunte nicht schlecht, als sie vor Landschaftsbildern stand, die einem Caspar David Friedrich Ehre gemacht hätten. Eine bedrohlich-dunkle Wolkenfront zieht da über einen See, an dessen Ufer sich Eisschollen auftürmen. Schaut man auf die Entstehungszeit des Gemäldes, dann wird einem klar, warum der Maler kraftvoller gesellschaftskritischer Bilder sich harmlosen Landschaften widmete: 1942 malte der als „entartet“ gebrandmarkte Dix im politisch wenig anrüchigen altmeisterlichen Stil.

Im Kunstmuseum Stuttgart, das sich jetzt bis zum 7. April 2013 in einer Sonderschau dem Thema „Otto Dix und die Neue Sachlichkeit“ zuwendet, fallen die Landschaftsbilder wie auch das an einen Bruegel erinnernde Winterpanorama „Randegg im Schnee mit Raben“ ein wenig aus der Reihe. Doch die Stuttgarter wollen klotzen, nicht kleckern. Schließlich besitzt man die bundesweit bedeutendste Otto-Dix-Sammlung, seitdem man nach dem Krieg den Maler zum zentralen Schwerpunkt gemacht und seine Werke in einer eigenen Etage ausgestellt hat.

Im Vergleich mit Künstlerkollegen wie George Grosz, Franz Radziwill, Rudolf Schlichter oder



Bild: Kunstmuseum Stuttgart

Dix-Porträt des Rechtsanwalts Hugo Simons von 1925

Christian Schad geht man jetzt mit 120 Werken der Frage nach, was die Neue Sachlichkeit auszeichnet. Selbstbewusst, wie er war, hielt sich Dix für den Erfinder dieses Malstils: „Die Neue Sachlichkeit, das habe ich erfunden“, sagte er. In der fast schon klassisch-nüchternen Formensprache hat Dix erst ab den 20er Jahren gemalt. Zuvor trat der 1891 bei Gera geborene Sohn einer Arbeiterfamilie mit teils grotesk, teils karikierend wirkenden realistischen Gemälden auf. Bekannt sind die späteren Porträts seiner Eltern, deren Hände er als überdimensionale Pranken hart arbeitender Menschen dargestellt hat.

Doch dann werden seine Arbeiten graziler, wirkt der Pinselstrich weniger expressiv bewegt. Seine Porträt-, Boheme- und religiösen Bilder verzichten auf das karikierende Element. Herausgestellt wird jetzt nur noch ein besonders realistischer Wesenszug. So etwa im Porträt von Hugo Simons die filigranen Finger, mit denen der Rechtsanwalt einen schwierigen Fall zu „erklären“ scheint.

„Entweder werde ich berühmt oder berüchtigt“, sagte Dix seine Karriere voraus. In Stuttgart ist zu sehen, wie sich beides bewahrheiten sollte. Die Zerrissenheit zwischen Bürgerschreck und unpolitischem, dem Religiösen zustrebenden Künstler vollzieht sich in dieser Ausstellung glaubhaft vor den Augen des Betrachters. *tws*

Er wollte die USA aus dem Krieg heraushalten

Johann Heinrich Graf von Bernstorff vertrat das Reich in Washington 1908 bis 1917 – Vor 150 Jahren kam er in London zur Welt

Die Familie des Johann Heinrich Graf von Bernstorff hat zahlreiche Diplomaten und Politiker hervorgebracht. Einige von ihnen stiegen sogar in Ministerämter auf, doch kaum ein Angehöriger des einflussreichen norddeutschen Uradelsgeschlechts dürfte so nah am Puls der Weltgeschichte gewesen sein wie er.

Johann Heinrich von Bernstorff wurde am 14. November 1862 als Sohn des damaligen preußischen Gesandten Albrecht von Bernstorff geboren. Zunächst aktiver Gardeoffizier, trat er 1890, der Familientradition folgend, in den diplomatischen Dienst ein. Nach einer ersten Auslandsverwendung als Attaché in Kairo wurde Bernstorff 1892 Legationssekretär in Belgrad, von wo aus er zwei Jahre später in gleicher Funktion nach Dresden und weiter nach Sankt Petersburg ging. 1898 wurde er als Legationsrat nach München entsandt und 1903 Botschaftsrat in London.

In der britischen Hauptstadt war Bernstorff erstmals mit Angelegenheiten von weltpolitischer Bedeutung befasst. Fest davon überzeugt, dass Spannungen den beiden wettrüstenden Mächten nur schaden könnten, bemühte er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten um einen Ausgleich zwischen Empire und Reich sowie den Abbau der politischen Reibungspunkte. Er hielt nichts von der nach der Entlassung Otto von Bismarcks eingeschlagenen „Politik der freien Hand". Stattdessen plädierte er für eine vertragliche Bindung des Reiches an Großbritannien, die er für wichtiger und erfolgversprechender als eine Hinwendung zum russischen Zarenreich hielt. Während der Ersten Marokkokrise, die er zunächst noch in London und ab 1906 als Generalkonsul in Konstantinopel erlebte, trug er dazu bei, diese zu entschärfen und so eine Eskalation der Spannungen zwischen Deutschland und Großbritannien zu verhindern.


Bild: pa

Schlug das Außenministerium aus: Johann Heinrich Graf von Bernstorff

Doch im Vergleich zu dem, was Bernstorff ab 1908 als deutscher Botschafter in den USA erwartete, waren all diese Bemühungen nur diplomatische Fingerübungen gewesen. Verliefen die Jahre in Washington bis 1914 für ihn noch vergleichsweise ruhig und waren sie mit angenehmer diplomatischer Routine ausgefüllt, machte ihn der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unversehens zu einem Akteur der Weltpolitik. Nachdem der Versuch, den Krieg innerhalb weniger Wochen durch einen schnellen raumgreifenden Feldzug zu entscheiden, an der Marne gescheitert war, hielt Bernstorff einen deutschen Sieg für unwahrscheinlich. Nach seiner Überzeugung konnte nur ein Kompromissfrieden den Krieg für das Reich zu einem halbwegs guten Ende bringen. Dementsprechend bestärkte er den US-Präsidenten Woodrow Wilson, der ihn sehr schätzte, in dessen Vermittlungspolitik.

Bernstorff gab sich hinsichtlich des militärischen Potenzials der USA keinerlei Illusionen hin. Sollte sich das Land auf die Seite der Entente schlagen, sah er eine baldige deutsche Niederlage voraus. In eindringlichen Berichten nach Berlin warnte er davor, die mächtige Nation unnötig zu provozieren. So setzte er alles daran, die USA aus dem Krieg herauszuhalten. Doch als sein größter „Gegner" in dieser Sache erwies sich die eigene Regierung. Zu einer schweren Krise zwischen Washington und Berlin kam es im Februar 1915, als Deutschland als Reaktion auf die britische Seeblockade den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärte und damit zur warnungslosen Versenkung von Passagierschiffen überging. Nach Bernstorffs Überzeugung war dies der Beginn eines gefährlichen Vabanquespiels, das schnell einen für das Reich fatalen Ausgang nehmen konnte. Sollten US-Staatsbürger bei einem Untergang ums Leben kommen, könnte sich die öffentliche Meinung in den USA schnell gegen Deutschland wenden und Wilson zu einem Kriegseintritt auf Seiten der Entente drängen, so seine Befürchtung. In seinen Depeschen nach Berlin warnte er inständig und flehte geradezu, diesen Schritt zu überdenken. Eindringlich beschrieb er dessen mögliche Folgen, die später dann auch tatsächlich eintreten sollten. Vergeblich. In Washington wiederum warb er um Verständnis für die deutsche Position und beschwichtigte – zunächst mit Erfolg. Dabei kam ihm sein hohes Ansehen in den US-amerikanischen Regierungskreisen zugute. In mehr als 50 Zeitungen warnte Bernstorff mit Hinweis auf die U-Boot-Gefahr vor der Passage über den Atlantik und wandte sich in Zeitungsanzeigen sogar an die Passagiere einzelner Schiffe, um sie von der Reise abzubringen. Von ihm vorausgesagte Zwischenfälle wie die Versenkung der „Lusitania" und der „Arabic" 1915 sowie der „Sussex" im Folgejahr erforderten sein höchstes diplomatisches Geschick, um eine gravierende Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu verhindern. Immerhin ließ sich die Reichsleitung überzeugen, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vorerst zu beenden.

Als deutsche Agenten und Saboteure in den USA enttarnt wurden und herauskam, dass Mitarbeiter der deutschen Botschaft mit ihnen zusammenarbeiteten, standen die USA erneut an der Schwelle zum Kriegseintritt. Wieder war es Bernstorff, der die Gemüter in Washington beruhigen konnte. Mit der Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges im Februar 1917 wurden die USA jedoch endgültig in die Arme von Deutschlands Feinden getrieben. Es half nichts, dass Bernstorff seine Regierung inständig bekniete, auf die warnungslose Torpedierung von Handelsschiffen zu verzichten. In Berlin wurden seine zahlreichen Depeschen nur noch als lästig empfunden, denn hier war man nach den durchaus nicht ganz unrealistischen Berechnungen der Marine davon überzeugt, dass die deutschen U-Boote England wirtschaftlich substanziell schädigen und so in absehbarer Zeit zu einem Friedensschluss zwingen könnten. Resigniert musste Bernstorff einsehen, dass, wenn der militärische Erfolg winkt, politische Vernunft kein Gehör mehr findet.

Warner vor dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg

Doch Wilson zögerte noch mit dem Kriegseintritt. Erst als ein von den Briten abgefangenes Telegramm des Auswärtigen Amtes mit Gedanken zu einer gemeinsamen Kriegführung mit Mexiko gegen die USA bekannt wurde, die sogenannte Zimmermann-Depesche, war auch für ihn die rote Linie endgültig überschritten. Damit war Bernstorff gegenüber Wilson ungeachtet der persönlichen Wertschätzung, die man ihm als Gentleman und Diplomaten alter Schule entgegenbrachte, mit seinen Argumenten am Ende. Am 6. April 1917 erklärten die USA Deutschland den Krieg. Bernstorffs Mission war gescheitert, das Verhängnis nahm seinen Lauf und er musste nach Deutschland zurückkehren.

In Berlin verübelte man Bernstorff seine Bemühungen um einen Verständigungsfrieden. Von der Obersten Heeresleitung und deutschnationalen Kreisen als „Demokrat" kritisiert, wurde er auf den Botschafterposten nach Konstantinopel abgeschoben. Hier wurde er mit den Folgen des türkischen Genozids an den Armeniern konfrontiert. Doch während sein Amtsvorgänger auf einen mäßigenden Einfluss der deutschen Regierung in der Armenier-Frage hingewirkt hatte, blieb Bernstorff weitgehend passiv, als es 1918 erneut zu Pogromen kam. Dafür setzte er sich bei der türkischen Regierung intensiv für die Schaffung einer „Heimstätte" für auswanderungswillige europäische Juden in Palästina ein. Seinem diplomatischen Geschick und dem Engagement des Generals Erich von Falkenhayn, der zugleich türkischer Marschall war, ist es zu verdanken, dass die türkische Regierung ihren Plan zur Zwangsumsiedlung und Ausrottung der als politisch unzuverlässig eingestuften Juden Palästinas aufgab.

Den Untergang des Kaiserreiches vor Augen, unterstützte Bernstorff im November 1918 den neu ernannten Reichskanzler Prinz Max von Baden in dessen Bemühungen um einen Ausgleich mit den revolutionären Kräften. Obwohl es den gemäßigten Liberalen reizte, daran mitzuwirken, die Zukunft Deutschlands in parlamentarische Bahnen zu lenken, lehnte Bernstorff nach Kriegsende das Angebot, Außenminister im Kabinett Ebert zu werden, ab und schied aus dem diplomatischen Dienst.

Auch im Ruhestand widmete Bernstorff sich leidenschaftlich der Völkerverständigung. Seit 1922 Präsident der Deutschen Liga für den Völkerbund, setzte er sich gegen alle Widerstände für den Eintritt Deutschlands in die von vielen seiner Landsleute als Schöpfung der Entente abgelehnte Staatengemeinschaft ein. Ab 1926 vertrat er das Reich bei Abrüstungskonferenzen und gehörte den deutschen Völkerbund-Delegationen an. Zudem war er von 1921 bis 1928 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei. In düsterer Ahnung, was auf Deutschland zukommen würde, siedelte er 1933 nach Genf über, wo er am 6. Oktober 1939 starb.

Jan Heitmann

Ansporn für den Breitensportler

Das Deutsche Sportabzeichen wird seit 100 Jahren verliehen

Viele haben es, viele wollen es: das Deutsche Sportabzeichen. Seit 100 Jahren schwitzen nun die Deutschen schon, um das inzwischen staatlich anerkannte Ehrenzeichen in Bronze, Silber oder Gold zu erwerben. Am 10. November 1912 wurde es von der Hauptversammlung des deutschen Reichsausschusses für Olympische Spiele ins Leben geschaffen. Damals noch „Auszeichnung für vielfältige Leistung auf dem Gebiet der Leibesübungen" genannt, entstand es nach dem schwedischem Vorbild der „Idrottsmärke" (Sportsmarke). Zehn Monate später wurden auf dem Berliner Jugend-Spielfest die ersten Auszeichnungen verliehen. Entsprechend dem damaligen Zeitgeist wurden die Urkunden auf den 1. September 1913 vordatiert, den Jahrestag des Beginns der den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 vorentscheidenden Sedanschlacht.

Anfangs bekamen nur erwachsene, männliche Mitglieder eines Sportvereins das neue Abzeichen verliehen. Da zu der Zeit aber bereits die Gleichberechtigung der Geschlechter ein Thema zu werden begann, war die Beschränkung auf Männer nicht unumstritten. Ein Jahr lang wurde über die Frage diskutiert, aber erst nach Weltkrieg und Novemberrevolution erhielten die Frauen schließlich im Jahre 1921 erstmals die Gelegenheit, das Sportabzeichen zu erwerben. Auch wurde damals die komplizierte ursprüngliche Bezeichnung in „Deutsches Turn- und Sportabzeichen" geändert.

In den 20er Jahren folgten die Genehmigungen für ein Jugendsportabzeichen, erst für Jungen, dann auch für Mädchen. Das Sportabzeichen fand zusehends Anklang in der Bevölkerung, und das bei Jung wie Alt.

Deutsches Sportabzeichen

Bild: Archiv

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde das Sportabzeichen nicht abgeschafft. Ihm wurde sogar besonderer Wert beigelegt, da es durch die zu seinem Erwerb erforderlichen Leibesübungen zur Aufrechterhaltung der Gesundheit der deutschen Bevölkerung beitrug und somit gut in das Konzept der Nationalsozialisten passte. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik war das Sportabzeichen sehr angesehen, vor allem seit 1958, als es per Gesetz zum staatlich anerkannten Ehrenzeichen erklärt wurde. Das führte soweit, dass 2008 erstmals die Millionengrenze bei den jährlichen Verleihungen überschritten wurde.

Nach dem Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland zum Deutschen Olympischen Sportbund im Jahre 2006 wurde das Abzeichen entsprechend geändert. An die Stelle des Kürzels DSB trat die Abkürzung DOSB. Die Buchstaben werden seitdem auch nicht mehr von einem als typisch deutsch geltenden Eichenlaubkranz umrankt, sondern von einem Lorbeerkranz, dem internationalen Symbol für den (sportlichen) Sieg. Davon abgesehen wirkt das neue Abzeichen nüchterner, schnörkelloser, stilisierter, minimalistischer, wenn man so will, moderner.

Die Bedingungen zum Erwerb des Sportabzeichens sind von Kontinuität geprägt. Die Disziplinen, in denen die sportlichen Leistungsnachweise erbracht werden können, sind in die fünf Gruppen „Allgemeine Schwimmfähigkeit", „Sprungkraft", „Schnelligkeit", „Schnellkraft" und „Ausdauer" aufgeteilt. Das Anforderungsniveau definiert sich aus dem Geschlecht und dem Alter der Sportler. Momentan geht das Spektrum von acht Jahren bis „80 plus".

Für das nächste Jahr sind Veränderungen vorgesehen. Es liegt schon ein neues Konzept vor. So sollen beispielsweise die Altersgruppen feiner ausdifferenziert werden, während die Disziplinen statt in fünf zukünftig nur noch in die vier Gruppen „Leichtathletik", „Schwimmen", „Turnen" und „Radfahren" zusammengefasst werden sollen.

M.H.

Hitlers Ankläger

Bayerns Ministerpräsident Hans Ehard

Innerhalb weniger Jahre war er Vorsitzender der CSU, Bundesratspräsident, zweimal bayerischer Ministerpräsident. Und das ist nur ein Bruchteil der Ämter, die er innehatte. Hans Ehard, deutscher Jurist und Politiker, hätte am 10. November dieses Jahres seinen 125. Geburtstag gefeiert. Der Sohn eines Stadtkämmerers arbeitete sich zum Jurastudium hoch und promovierte 1912 zum Dr. jur. Im Ersten Weltkrieg war er vier Jahre lang Soldat, legte vor und nach seiner Dienstzeit aber jeweils ein juristisches Staatsexamen ab. Ehard wurde Staatsanwalt im bayerischen Ministerium der Justiz. Nach der Niederwerfung des Hitlerputsches 1923 war er als Vertreter der Anklage tätig und dementsprechend bei den Nationalsozialisten verhasst. Nach deren „Machtergreifung" schied er als einer der ersten aus seinem Amt im Ministerium aus.


Hans Ehard

Bild: Archiv

Nach Kriegsende wirkte Ehard bei der Gestaltung der bayerischen Verfassung mit. Der Christsoziale saß im Vorbereitenden Verfassungsausschuss, der Verfassunggebenden Landesversammlung und dem Landtag Bayerns und arbeitete in dessen Justizministerium erst als Staatsrat und dann als Staatssekretär. 1949 wurde er Vorsitzender der CSU. Von 1946 bis 1954 und von 1960 bis 1962 war er bayerischer Ministerpräsident.

Im Jahre 1966 verabschiedete sich Ehard aus der aktiven Politik, in der er so viel bewirkt hatte. Am 18. Oktober 1980 starb er in Bayerns Hauptstadt München.

Melinda Heitmann

Le grand Factotum du roi Fréderic

Friedrich der Große schätzte Michael Gabriel Fredersdorf mehr als sein eigenes Leben

Für Außenstehende gab sich König Friedrich oft kühl und zynisch, doch war der Mensch Friedrich auch zu tiefer Freundschaft fähig, wenn er sich von den menschlichen Qualitäten seines Gegenüber überzeugt hatte. Ein schönes Beispiel von Männerfreundschaft, der man keinesfalls homosexuelle Züge beimengen darf, verband Friedrich mit seinem geheimen Kämmerer und persönlichen Vertrauten Michael Gabriel Fredersdorf bis zu dessen frühen Tod.

Voltaire, der eine Zeitlang am preußischen Hof lebte und die Verhältnisse genau kannte, nannte ihn mit Recht „le grand Factotum du roi Fréderic“ (die bedeutende Hilfskraft von König Friedrich). Fredersdorf war ein Gewächs der Uckermark und stammte aus der Kleinstadt Gartz an der Oder, die selbst heute nur 2500 Einwohner zählt. In kleinen Verhältnissen, als Sohn des dortigen Stadtmusikus, kam Fredersdorf irgendwann im Sommer 1708 zur Welt. Als junger Soldat wurde er im preußischen Infanterieregiment in Frankfurt an der Oder als Militärmusiker ausgebildet und verkürzte dem damals in der Festung Küstrin einsitzenden Kronprinzen Friedrich durch sein Flötenspiel die Zeit der Gefangenschaft. Auch gehen Gerüchte, Fredersdorf habe in dieser Zeit einen heimlichen Briefverkehr zwischen Friedrich und dessen Lieblingsschwester Wilhelmine vermittelt. Kurz und gut, Kronprinz Friedrich fand großes Gefallen an dem anstelligen, höflichen, intelligenten und stets zuverlässigen, noch dazu stark musikalischen Mann.

Als für Friedrich die Zeit seiner Gefangenschaft in Küstrin endete und er als Regimentskommandeur und junger Ehemann nach Rheinsberg übersiedeln durfte, nahm er seinen Fredersdorf mit sich, um ihn als Lakai (Hausbediensteten), später sogar als seinen Kammerdiener zu verwenden. Ein aus der Gegend von Rheinsberg stammender Baron von Bielfeld schrieb bereits am 30. Oktober 1739 über den damals 31-jährigen Fredersdorf: „Der erste Kammerdiener des Kronprinzen, Herr Fredersdorf, ist ein großer und schöner Mensch, nicht ohne Geist und Feinheit, er ist höflich und zuvorkommend, geschickt und in seiner Gewandtheit überall brauchbar, auf seinen geldlichen Vorteil bedacht und zuweilen etwas großartig. Ich glaube, daß er dereinst eine große Rolle spielen wird.“

Damit irrte Baron Bielfeld nicht, denn mit dem Regierungsantritt des jungen Königs Friedrichs II. rückte Fredersdorf zu dessen „Geheimen Kammerier“ auf und blieb es bis zu seinem Tode. Ein Zeichen seiner persönlichen Gnade und Freundschaft gab der König Fredersdorf, der ihm immer mehr zum engsten persönlichen Vertrauten wurde und vor dem er kaum Geheimnisse hatte, dadurch, dass er ihm im Jahr 1740 unmittelbar nach der Thronbesteigung das Rittergut Zernickow nahe Rheinsberg schenkte. Dies ist beachtenswert, weil König Friedrich Rittergüter sehr ungern in bürgerliche Hände übergehen sah und er gleichwohl Fredersdorf nie adelte, obwohl ihm das keinerlei Mühe bereitet hätte. Um allen Gerüchten über eventuelle homosexuelle Beziehungen zwischen Friedrich und Fredersdorf die Spitze abzubrechen, sei darauf hingewiesen, dass Fredersdorf in eine sehr reiche Potsdamer Bürgerfamilie glücklich einheiratete, als er mit 45 Jahren am 30. Dezember 1753 Caroline Marie Elisabeth Daum ehelichte.

> »Ich glaube, daß er dereinst eine große Rolle spielen wird«

In seiner Funktion als „Geheimer Kämmerer“ war Fredersdorf in erster Linie für die „königliche Schatulle“, also für die gewinnbringende Verwaltung des Privatvermögens des Königs zuständig. Als „Mädchen für alles“ sorgte Fredersdorf daneben für die persönlichen Bedürfnisse des Königs, mochte sich dieser nun in Berlin oder Potsdam, auf Reisen oder im Krieg befinden. Er kümmerte sich um die Tabaksdosen und Flöten des Königs, sorgte dafür, dass die Schlösser und Gärten wohlausgestattet und gepflegt waren, dass Keller und Speisekammern nie leer wurden, und setzte auch die Intentionen des Königs in Kunst- und Theatersachen um. So schrieb Friedrich während des Zweiten Schlesischen Krieges aus dem böhmischen Trautenau an Fredersdorf die knappe Anweisung „... die Barbarin (die berühmte italienische Tänzerin Barbara Campanini) Kann bis zum 24. Geduldt haben, dann kann ihr Köpen (Geheimrat Köppen) das geldt tzahlen ... wegen der oppera (Oper) So Gäbe ich zu Kleider vohr Sänger und Däntzer 5000 Taler, aber die Ersten acteurs (Schauspieler) Müssen guht gkleidet werden, die Casparini in Silber und Magnifique, die Salimbeni auch ...“ Streng hielt Friedrich in seiner persönlichen Schatulle auf finanzielle Ordnung und wollte beispielsweise am 18. Oktober 1745 von Fredersdorf genau wissen, wie viel in der „Stallcasse“ wegen der Abwesenheit des Königs in Schlesien erspart worden sei und wie viel Fredersdorf aus demselben Gründe „Bey der Kellerey“ abknapsen konnte und wie hoch der Bestand an Geld in der königlichen Privatschatulle derzeit wäre. Fredersdorf war zudem auch in viele geheime politische Dinge eingeweiht und leitete in Friedrichs Auftrag sehr geschickt und sehr diskret die preußische Spionage.



Verwaltete Friedrichs Privatvermögen: Michael Gabriel Fredersdorf

Bild: Archiv

Da Fredersdorf oft an fiebrigen Krankheiten litt, konnte sich Friedrich immer sehr erregen, wenn der etwas abergläubische Fredersdorf in seiner Not zur Hilfe durch irgendwelche Quacksalber griff. Es zeigt allerdings den Menschen Friedrich von seiner schönsten Seite, als er Fredersdorf während eines heftigen Krankheitsanfalles mitleidig schrieb: „ich wollte Dihr So gern helffen, als ich das leben habe! und glaube gewisse, daß, wo es von Mihr dependirte (abhinge), Du gewisse gleich gesundt seindt solst.“ Diese enge Freundschaft beruhte auf Gegenseitigkeit und Theodor Fontane weiß zu berichten, dass Michael Gabriel Fredersdorf verfügte, als er sein Ende nahen sah, man möge ihm seine alte Soldatenpatronentasche aus den Küstriner Tagen auf den Sarg legen. Am 12. Januar 1758 verstarb Fredersdorf und wurde in der Zernickower Kirche beigesetzt. *Jürgen W. Schmidt*

Ein Schloss gab er für den Innenausbau

Den Innenausbau seines Schlosses Sanssouci bezahlte Friedrich der Große wohl mit einem Schloss – oder vielmehr dem Verkaufserlös einer schlossartigen Immobilie mit dazugehörigem Grundbesitz. Die Rede ist vom sogenannten Pfalz-Simmerner Hof. Zu den diversen Besitzern des gegen Ende des 15. Jahrhunderts an der Hochstraße in der Kreuznacher Neustadt erbauten Objekts zählte auch der Pfalzgraf Ludwig Heinrich von Simmern-Pfalz. Als dieser einzige überlebende Sohn des Pfalzgrafen Ludwig Philipp von Simmern-Kaiserslautern (1602–1655) und dessen Ehefrau Marie Eleonore (1607–1675), Tochter des Kurfürsten Joachim Friedrich von Brandenburg, 1674 in Kreuznach verstarb, hinterließ er zwar keine Kinder, aber mit Kleve Marie (1642–1688), Tochter des Fürsten Friedrich Heinrich von Oranien, ein Witwe. Diese erhielt den Komplex als Witwensitz zugesprochen. Ihr Erbe war mit dem ersten preußischen König ein Sohn ihrer ältesten Schwester Louise-Henriette und deren Ehemanns, des Großen Kurfürsten. Nachdem der Pfalz-Simmerner Hof 1688 in den Besitz des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. gelangt war, wurde er zum „Brandenburger Hof“ und nach der Selbstkrönung des Brandenburgers zum König in Preußen 1701 zum „Preußischer Hof“.

Obwohl das Kreuznacher Erbe weit außerhalb der Grenzen Brandenburgs und Preußens lag, wurde es anfänglich nicht etwa verpachtet, sondern direkt vom brandenburgisch-preußischen Staat verwaltet. Als jeweiliger Verwalter fungierte der preußische Resident in Frankfurt am Main. Da infolge von Verwüstungen der Franzosen im Pfälzischen Erbfolgekrieg (1688–1697) und der schlechten Wirtschaftslage zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Erträge nur gering waren, wurde der Besitz ab 1722 dann doch in Pacht gegeben.

Pfalz-Simmerner Hof in Kreuznach

Gleichzeitig begann man in Berlin, einen Verkauf der abseits gelegenen Immobilie zu erwägen. Gerade der volkswirtschaftlich stets nüchtern und sparsam veranlagte Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. verfolgte diese Absicht sehr ernsthaft. Doch fand sich so schnell kein passender Käufer. Der Fuldaer Fürstabt Adolph von Dalberg zeigte zwar ernsthaftes Interesse an einem Kauf, verstarb jedoch darüber. Schließlich machten die Pfälzer Behörden im Auftrag ihres Kurfürsten Carl Theodor dem Besitzer des Kreuznacher Erbes, mittlerweile König Friedrich der Große, ein verlockendes Angebot. Es lautete 10 000 Gulden respektive 6666 Taler und 16 Groschen. Das entsprach etwa der Pacht für 33 Jahre und ungefähr dem 833-fachen, was die staatliche Verwaltung zu Beginn des Jahrhunderts erwirtschaftet hatte. Friedrich nahm das Angebot an. Entsprechend dem letzten Willen seiner streng calvinistischen Urgroßtante, den Besitz nie und nimmer in die Hände katholischer Geistlicher übergehen zu lassen, ließ Friedrich sich jedoch im Kaufvertrag durch den Käufer versichern, auch fürderhin den Besitz nie an katholische Geistliche weiter zu veräußern. Die Zahlung der Kaufsumme erfolgte seitens der Pfälzer unverzüglich und am 21. Dezember 1747 quittierte der preußische König eigenhändig deren Erhalt. *J.W.S.*

»Er verliebte sich sehr in sie«

Entgegen anders lautenden Gerüchten war Friedrich II. dem weiblichen Geschlecht nicht abgeneigt

Als Friedrich der Große von einem seiner Generale um eine Präbende, eine Unterbringung in einem Stift für eine von dessen sieben Töchtern gebeten wurde, antwortete der König: „Er soll hübsch Jungens schaffen. Die will ich ihm alle unterbringen. Mit die Madams weiß ich nirgends hin.“ Aus derartigen, heute würde man sagen sexistischen, Äußerungen, der Männerkumpanei in Sanssouci sowie seiner unglück-lichen Ehe mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern meinen manche Biografen auf homoerotische Neigungen des Preußenkönigs schließen zu können.

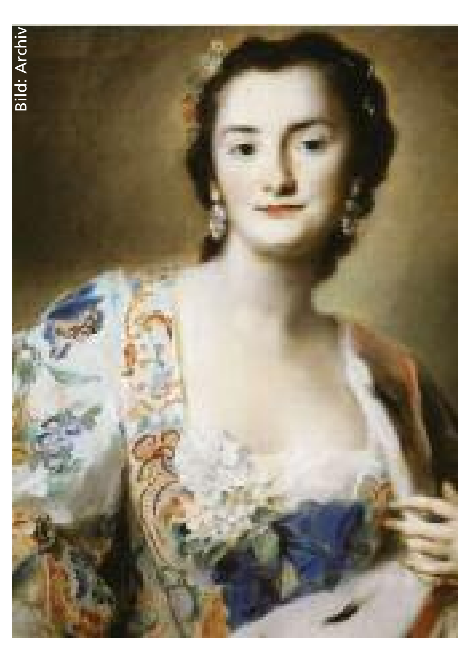


Bild: Archiv

Anna Karolina Gräfin Orzelska

Wir kennen aber auch einen anderen Friedrich, den jungen Thronfolger, dem leidenschaftliche Gefühle für das andere Geschlecht nicht fremd waren. Er habe die Frauen durchaus gemocht, hat er einmal gesagt. Und in der Tat gab es zumindest eine große Liebe: die Gräfin Anna Karolina Orzelska.

Im Januar 1728 brach eine illustre Reisegesellschaft von Berlin nach Sachsen auf. August der Starke, als Friedrich August I. sächsischer Kurfürst sowie als August II. König von Polen und Großfürst von Litauen, hatte Kronprinz Friedrich und dessen Vater, den Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I., nach Dresden eingeladen. Am liebsten hätte der strenge Vater den 16-jährigen Thronfolger daheim gelassen, aber er mochte seinen Gastgeber nicht brüskieren. Fritz reiste mit in eine Welt, die so ganz anders war als der puritanische Hof in Berlin und dem jungen Mann, wie Friedrich Wilhelm befürchtet hatte, total den Kopf verdrehte.

Dresden war das Sündenbabel der damaligen Zeit. Der kurfürstliche Hof war berühmt für seinen Prunk und berüchtigt für seine Lasterhaftigkeit. August, wegen der Kraft seiner Lenden der Starke genannt, soll mit seinen zahlreichen Geliebten über 300 Kinder gezeugt haben. Acht hat er anerkannt, darunter die Gräfin Orzelska. Die schöne, gebildete junge Frau war nicht nur seine Tochter, sondern auch seine Mätresse. Der schockierte Friedrich Wilhelm konnte nicht verhindern, dass sich sein unschuldiger Sohn sofort für die zweifelhafte Dame begeisterte. Er ritt mit ihr aus, man besuchte gemeinsam Kunstsammlungen und sprach über Musik. „Er verliebte sich sehr in sie“, berichtet seine Schwester Wilhelmine in ihren Memoiren, „und der König von Polen, der sehr eifersüchtig auf seine Mätresse war, bemerkte dies.“

> Eine mögliche Erklärung für die Diskrepanz zwischen dem liebenden Kronprinzen und dem Klischee des frauenfeindlichen Alten Fritz

August der Starke schickte die Orzelska postwendend an den Hof von Warschau. Als Ersatz für die Orzelska bot er Fritz eine seiner anderen Mätressen an: die Gräfin Formera. Die Bekanntschaft dieser Dame machte der Kronprinz auf höchst pikante Weise. Wilhelmine schreibt folgendes: „Eines Tages, wie man waidlich geschmaußt hatte, führte der König von Polen meinen Vater, immerfort schwazend, von einem Zimmer in das andere, wobei ihnen die übrigen Gäste, und unter ihnen mein Bruder, stets nachfolgten; endlich gelangten sie in ein grosses schön geziertes Zimmer, in welchem alles Geräthe äusserst prächtig war; mein Vater bewunderte alle diese Schönheiten, als plözlich eine Tapetenwand niedersank, und das befremdlichste Schauspiel sich darstellte. Ein Mädchen, schöner wie Venus und die Grazien, lag nachlässig auf einem Ruhebett; in dem Zustand unsrer ersten Eltern vor dem Sundenfall zeigte sie einen Körper, wie Elfenbein so weiß, und schöner als der der äischen Venus. Das Cabinet, worinn sie sich befand, war von so vielen Kerzen erhellt, daß sie das Tageslicht i'übertrafen ... bei dem ersten Blick nahm der König seinen Hut, hielt ihn dem Kronprinzen vor das Gesicht, und befahl ihm, sich zu entfernen – es war zu spät. Der Prinz hatte genug gesehen, um nicht stehen zu bleiben.“ Die Nackte war die Gräfin Formera. Friedrich soll das unmoralische Angebot nicht abgelehnt haben.

Nach den Erlebnissen in Sachsen kehrte der Prinz in tiefer Verzweiflung nach Berlin zurück, er konnte die Orzelska nicht vergessen. Die Gräfin besuchte mit ihrem Vater einige Zeit später den Berliner Hof, aber die geliebte Frau blieb wohl unerreichbar für Friedrich, der starke August hatte seine Spitzel überall.

Eine zweite Liaison – zumindest die – ist belegt durch glühende Verse, die Friedrich seiner Angebeteten, der Freifrau von Wreech, schrieb. Der General von Grumbkow, ein Vertrauter Friedrichs, spricht von einer „starken amour“ des Thronfolgers zu der Dame mit dem Lilienteint. Aber auch diese Liebe hatte keine Zukunft, die Freifrau war mit einem (wesentlich älteren) Gutsbesitzer verheiratet.

Wie passen diese Erlebnisse des Kronprinzen mit dem Klischee des frauenfeindlichen Alten Fritz zusammen? Möglicherweise bietet das Soldatentum des Königs die Erklärung. Die jahrelangen, blutigen Kriege, das harte Leben im Felde mögen ihn unfähig gemacht haben für die Gesellschaft von Frauen. Der Herrscher wollte nicht, dass seine Offiziere heiraten und „Weiber mit sich schleppen“. Das Heiratsgesuch eines seiner Dragoner lehnte er mit dem schlüpfrigen Satz ab: Die Herren sollten durch den Säbel Karriere machen, nicht durch die Scheide. *Gisela Groth*

Diskriminierung aller Vertriebenen

Zu: „Grüne attackieren Vertriebene“ (Nr. 43)

Wenn Grüne und „Die Linke“ Arnold Tölg und Hartmut Saenger vom Bund der Vertriebenen (BdV) wegen „revisionistischer“ Äußerungen aus dem Stiftungsrat drängen möchten, liegt es wohl daran, dass beide Parteien nicht die reale Wahrheit sehen wollen, können oder dürfen. Es war nicht Hitler, sondern Stalin, der die Vertreibung der Deutschen angeordnet hat. Punkt! Die Position ist nicht revanchistisch, sondern die Wahrheit. Beide Parteien sollten sich vorerst richtig informieren; denn Hitlerdeutschland war auch im Westen. Um eine Logik aufzubauen, erst die Feststellung: Demnach hätten alle Deutschen vertrieben und enteignet werden müssen. Dann die Frage: Warum werden die Nichtvertriebenen humaner behandelt in punkto Identität, Kultur, Geschichte, Politik? Eigentlich sollten wir in einer Demokratie leben mit gleichem Recht für alle. Demokratie kann man nicht nur leben, lieben und verteidigen, man muss sie auch ertragen können, also auch Wahrheiten und die Meinung der Anderen. Beide Parteien gehen aber diktatorisch vor, wenn Andersdenkende ausgegliedert und nur Gleichdenkende zugelassen werden. Wie „grauenvoll!“ Darum wünsche ich den Grünen und Linken die Kraft, der wirklichen Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Ein erneuter Antrag zum Ausschluss beider Gremiumsmitglieder ist eine Diskriminierung aller Vertriebenen, und das in einem Land, in dem es ein Gesetz gibt, solche Handlungen unter Strafe zu stellen.

Elisabeth Krahn, Celle

Lacht sich durch die Euro-Krise: An SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück scheiden sich die Geister. Die einen sehen ihn als Banken-Retter, die anderen als „Maulhelden“ Bild: Michael Gottschalk/dapd

Aktiv einschreiten

Zu: „Unter Verdacht“ (Nr. 43)

Herrn Heitmanns Schlussfolgerung in seinem sonst aufklärenden Kommentar, dass wir „uns gegen den Generalverdacht“ wehren sollten, ist ein Widerspruch gegen die Realität von versuchten beziehungsweise ausgeführten Anschlägen und Morden.

Wir leben nicht mehr in der Zeit unserer Vorfahren, wo die Bauern noch ihre Haustüren unverschlossen ließen, ohne Diebstahl zu fürchten. Heute wird nach jeder Untat der Staat angegriffen, weil er zu wenig für die Verhinderung getan hat. Siehe *PAZ*, Seite 3 „Berlin, Totschlägerplatz“ mit der Unterzeile „Gewalt eskaliert: Am Alexanderplatz offenbart sich Ohnmacht von Politik und Justiz“.

Alle Menschen sind nicht gleich fromm. Die einen wissen, wo man einbricht oder zuschlägt, die anderen wissen, wie man es macht. Wer keinen Dreck am Stecken hat, fühlt sich auch nicht betroffen, sondern ist für jede Gefahren-Vorsorge dankbar.

Edith Neumann, Garmisch-Partenkirchen

Ein Vorbild für heutige Politiker

Zu: „Linkskonservative Alternative zu Friedrich Ebert“ (Nr. 42)

Zu den Vorzügen der *PAZ* gehört es, dass sie mit profunden Beiträgen an bedeutende Persönlichkeiten der deutschen Geschichte erinnert, so in dieser Ausgabe an den Grafen von Posadowsky-Wehner (1845–1932), der sich vor allem als Sozialpolitiker in Preußen und in der Reichsregierung Verdienste erwarb.

Dazu zwei kleine Ergänzungen: Durch die Einführung der „Erbpacht“ ermöglichte Posadowsky den preisgünstigen Landerwerb zum Bau von Wohnungen, deren Mieten auch für weniger bemittelte Familien erschwinglich waren. In Berlin sind die Posadowsky-Häuser“ an der Wollankstraße bis heute erhalten. Posadowsky gehörte zu den wenigen Politikern der Kaiserzeit, von denen es Stimmporträts gibt. Das Deutsche Historische Museum veröffentlichte auf der CD „Der Kaiser kommt – der Kaiser geht“ den Ausschnitt einer Reichstagsrede, in der Posadowsky als Staatssekretär im Reichsschatzamt und Stellvertretender Reichskanzler 1905 eine geistige und sittliche Erneuerung der deutschen Gesellschaft anmahnt. Diesen Text könnte sich auch heute so mancher Politiker hinter die Ohren schreiben.

Dr. Gerald Heres, Radebeul

Vollendeter Betrug

Zu: „Dreiste Täuschung“ (Nr. 43)

Das Prinzip ist bekannt: Das noch vorhandene Geld wird so lange aufgeteilt (euphemistisch: „um-fair-teilt“), bis keines mehr da ist und niemand mehr etwas hat. Was auch verschwiegen wird: Nach den Sparern werden Genossenschaftsmitglieder (Volksbanken) und Steuerzahler (Sparkassen) zur Kasse gebeten, es sind also nicht nur die Banken, die einstehen müssen (im Übrigen mit dem Geld ihrer Kunden). Dieses alles zu verschweigen, wie es die Politiker tun, ist ein vollendeter Betrug und gehört strafrechtlich verfolgt.

Jochen Reimar, Osnabrück

Auf Reset drücken

Zu: „Hoffen auf vergessliche Wähler“ (Nr. 41)

Die *PAZ* hat es auf den Punkt gebracht. Als Sozialdemokrat bedauere ich es sehr, dass wir mit Peer Steinbrück einem – man verzeihe mir die schroffe Ausdrucksweise – Blender und Maulhelden aufgesessen sind. Da hilft nur ein Reset für eine neue SPD nach 2013 ohne ihre ehemaligen neoliberalen/neoklassischen Würdenträger, welche nun „einen auf links machen“, sowie eine Besinnung auf grundlegende Werte. Übrigens: die WestLB war schon seit Friedel Neuber keine Provinzbank mehr.

Carsten Mohr, Zoppot/Polen

Brutales »Europa«

Zu: „Neukölln ist näher, als du denkst“ (Nr. 41)

Es ist leider traurige Wahrheit, dass die Bundesrepublik immer unsicherer wird. Auf den Straßen unserer Großstädte, besonders Berlin, Hamburg, aber auch Duisburg, Frankfurt, kann man als älterer Bürger ab 22 Uhr nur noch auf wenigen hell erleuchteten Hauptstraßen gehen. Typen aus 20 verschiedenen Nationen schlagen Deutsche ohne Grund zusammen. Oft sind es Personen, die von staatlicher Unterstützung leben und seit Jahren keiner Arbeit nachgehen. So etwas nennt man „Europa“.

Siegfried Seidel, Hagen

Bibeln schenken

Zu: „Berlin verboten“ (Nr. 41)

Die Kirchen, soweit sie sich und den Missionsgedanken noch nicht ganz aufgegeben haben, sollten Bibeln in den Stadtzentren und vor den Schulen verschenken, mit den Menschen reden und den christlichen Glauben offensiv vertreten.

Gernot Schmidt, Wilnsdorf

Jagdpilot machte den Abflug

Zu: „Ein tragischer Held“ (Nr. 42)

Ohne die Vita vom Jagdflieger Hermann Graf im Ganzen zu kennen, erschien er mir in russischer Gefangenschaft als eine gespaltene Persönlichkeit. In der Zeit von 1945/46 besuchte er im Auftrag des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ das Offizierslager „7150“ (4800 Offiziere), um uns für die Antifa anzuwerben. Meine Schilderung des Treffens bestätigt seinen ambivalenten Charakter. Auszug aus meinem Buch „Offizierslager 7150-Grjasowez“: „Groß gewachsen, wohlgenährt, geschniegelt und gebügelt, mit sämtlichen Auszeichnungen ausstaffiert, bot er ein Bild aus besseren Zeiten. Unsere Realität sah anders aus. Wir fühlten uns verhöhnt und vermieden deshalb jeden Kontakt mit ihm. Außerdem traf Graf im Lager auf den erfolgreicheren Fliegermajor Hartmann. Im Jahre 1945 etwa 28 Jahre alt, war Hartmann wegen seines kompromisslosen Verhaltens gegenüber den Russen bei uns sehr beliebt. Als er seinen ehemaligen Gefährten Graf ignorierte, war dieser für uns erledigt. Er reiste umgehend ab.“

Horst Redetzky, Delmenhorst

Bahn frei für eine multikulturelle Bevölkerung?

Zu: „Arbeit für Asylbewerber“ (Nr. 30)

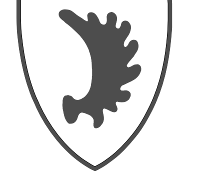
Arbeit für Asylbewerber – nun ist die Katze aus dem Sack! Der Bundestagsabgeordnete Wolf (FDP) sagt: „Die bisherige Regelung ist in Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft unverantwortlich.“ Wer trägt die Verantwortung (vor 1945 oder danach): die USA, England, Frankreich, Russland und wer noch? Dieses lebenswichtige Thema des deutschen Volkes, nicht der Gesellschaft, versteckt sich unter der Überschrift „Arbeit für Asylbewerber“. Warum sagte man das nicht eher? Zum Beispiel die Bundeskanzlerin oder die vorherigen Bundeskanzler. Ausgenommen vielleicht Konrad Adenauer.

Die Alterung des deutschen Volkes hat man bisher hingenommen. Es schien niemanden zu interessieren. Gastarbeiter holte man ins Land: Italiener, Türken, andere Muslime. Die Gastarbeiter blieben. Sie holten ihre Familien nach. Politiker machten keine Anstalten, sie in ihr Land zurückzuführen. Im Gegenteil: Muslime bauten Moscheen um Moscheen. Soll Deutschland ein muslimisches Land werden? Schweigen im Walde. Politiker äußerten sich nicht darüber. Mit einer Ausnahme: eine multikulturelle Gesellschaft. Man sprach nicht von einem multikulturellen Volk. Fünf Minuten vor 12 Uhr redet Herr Wolf von der FDP nun von Verantwortungslosigkeit hinsichtlich der Alterung der Gesellschaft. Wer von den Politikern in den 60er Jahren und danach sprach sich für mehr deutsche Kinder aus? Wenn sich in diesem Land etwas ändern sollte, dann müssen alle zusammenstehen: Kirchen, Politiker, die Wirtschaft, Universitäten, Schulen, das Volk.

Unverantwortlich sind auch Zustände in einigen Berliner Stadtteilen. Die Polizei soll Angst vor dem aggressiven Verhalten der multikulturellen Bevölkerung haben. Vielleicht sollte sich die Berliner Polizei im Schweizer Aargau erkundigen, wie man dort mit kriminellen Asylanten beziehungsweise Ausländern umgeht.

Dr. Marlies Wriede, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 45 – 10. November 2012

Alte und »neue« Ostpreußen rücken zusammen

5. Deutsch-Russisches Forum in Königsberg: Bemühungen um Erhalt des kulturellen Erbes weisen positive Bilanz auf



Alla Fjodorowa – Die Direktorin des Staatlichen Gebietsarchivs in Königsberg wünscht sich eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den deutschen Kreisgemeinschaften und ihrem Archiv. Nach Voranmeldung werden die im Gebietsarchiv gesammelten Unterlagen für interessierte Besucher jederzeit gern zur Verfügung gestellt.



Vera Makarowa – Die Leiterin der Abteilung für Dokumenten-Bewahrung war auf russischer Seite an der Organisation und Koordination des Forums beteiligt. Sie ist sehr an der Geschichte des Gebiets interessiert und möchte dazu beitragen, dass Zeitzeugen-Dokumente erhalten bleiben.



Leonid Kalinnikow – Der Universitätsprofessor setzt sich seit 20 Jahren als Mitbegründer der „Allrussischen Kant-Gesellschaft“ mit dem großen Philosophen und der Verbreitung seiner Lehren auseinander.

„Zukunft braucht Vergangenheit“, lautet das Motto, unter dem die Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) zum fünften Mal ihr „Deutsch-Russisches Forum“ veranstaltete. In Königsberg kamen zu diesem Jubiläum deutsche und russische Kulturschaffende der Kreisgemeinschaften, Museumsleiter, Archivare und Bibliothekare im Deutsch-Russischen Haus zusammen, um über ihre Bemühungen um den Erhalt des gemeinsamen kulturellen Erbes zu berichten.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des Königsberger Gebiets beinhaltet immer auch eine Suche nach der eigenen Identität der dort heute lebenden Menschen. „Wer sind wir eigentlich?“, lautet die zentrale Frage. Ilja Dementjew, Dozent an der Königsberger Immanuel-Kant-Universität, brachte es in seinem Vortrag „Das Kaliningrader Gebiet als Raum des Kulturdialogs und des Zusammenpralls von Erinnerungen“ auf den Punkt. „Deutsche sind wir nicht, auch nicht wirklich Russen, wir sind wohl am ehesten ‚russische Preußen‘.“ Analog zu Forschungen des französischen Wissenschaftlers Pierre Nora sowie Publikationen deutscher und polnischer Kollegen definierte Dementjew den Begriff „Erinnerungsorte“. Diese entstehen aus Zeitzeugenberichten, lebendigen Erinnerungen und aus dem lebendigen Gedächtnis einer Bevölkerung und finden Niederschlag in Denkmälern, Archiven, Feiern und Gedenktagen. Im Königsberger Gebiet treffen russische, deutsche und gemeinsame Erinnerungsorte aufeinander. Deutsche und russische Erinnerungsorte sind beispielsweise Königin Luise, Kant und Bernstein. Bei Überlappungen deutscher und russischer Erinnerungsorte kam es in der Vergangenheit zu Konflikten, etwa bei der Umbenennung der Universität, ein Konflikt, der positiv gelöst wurde: Heute heißt die ehemalige Albertina „Kant-Universität“. Anhand seiner eigenen Biografie schilderte Dementjew, wie sich der Umgang mit der Geschichte gewandelt hat. Seine Eltern kamen nach dem Krieg nach Ostpreußen. Die Beschäftigung mit deutscher Geschichte war zu dieser Zeit verboten. Quellen gab es nicht. In Zukunft müsse deshalb der Forschungsrückstand gegenüber dem Westen verringert werden und das Konfliktpotenzial schrumpfen. Ein „Krieg der Erinnerungen“ müsse zum „Dialog der Kulturen“ führen. Die gemeinsame Geschichte solle deshalb zum gemeinsamen Forschungsobjekt werden. Dass es bereits erfolgreiche gemeinsame Forschungsprojekte gibt, bewies Kalinnikow, indem er in einem Vortrag „Kant als Erinnerungsort“ vorstellte. Seit 20 Jahren gibt es die „Allrussische Kant-Gesellschaft“, zu deren Gründern er gehört. Es gibt enge Kontakte zur Kant-Gesellschaft in Mainz. Neben dem Bemühen, Immanuel Kants absolute gesellschaftliche Ziele vor allem der Jugend nahezubringen, verfolgt Kalinnikow die Absicht, weitere Erinnerungsorte in Königsberg einzurichten. Zum Beispiel soll das Kant-Haus wieder aufgebaut werden und eine Kant-Straße in der Stadt eingeführt werden.









Gestalteten ein anspruchsvolles Programm: LO-Sprecher Stephan Grigat, Brigitte Stramm, Angehörige des LO-Bundesvorstands und Kreisvertreterin der Heimatkreisgemeinschaft Labiau als Veranstalter sowie Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, als Moderator (oben, von links nach rechts) verpflichteten unter anderem den renommierten Universitätsdozenten Ilja Dementjew (unten)

alle Bilder dieser Seite: MRK

Daneben hatten russische Teilnehmer die Möglichkeit, von der Entwicklung ihrer jeweiligen Projekte zu berichten. Irina Koschewnikowa präsentierte Fotos eines Schulprojekts, bei dem Schüler der Scheffner-Schule die Geschichte der Lehranstalt rekonstruiert und mittels einer Fotostellwand vorgestellt hatten. Die Informationen lieferten unter anderem *PAZ*-Leserinnen.

Nikolaj Wassiljewskij schilderte die Veränderungen im Schloss Labiau nach der Übernahme durch die Russisch-Orthodoxe Kirche und von ersten Erfolgen bei der Einführung eines naturnahen Tourismus per Fahrrad oder Wassersport im Bezirk.

Swetlana Sokolowa berichtete über den Stand der Bemühungen um den Erhalt der Luisenrotunde im Park Luisenwahl, für den sich nun auch Politiker interessieren. Dass es wichtig ist, Öffentlichkeit zu erzeugen, um etwas zu erreichen, bestätigte Jewgenij Sengowskij aus Palmnicken. So sei es gelungen, mit Bürgerprotesten die Bebauung des Grünstreifens an der Küste durch reiche Moskauer zu stoppen. Obwohl die Bevölkerung überwiegend passiv sei, verändere sich etwas: Ein neues Bürgerbewusstsein sei deutlich spürbar.

In der anschließenden Diskussion wurde der Wunsch nach einer lebhafteren Vernetzung zwischen den Foren deutlich, Fragen zum Beispiel nach der Bedeutung der Rolle von Denkmälern sowie Probleme bei der Grenzabfertigung wurden erörtert, Tipps und Hilfen ausgetauscht.

Dank der tatkräftigen Unterstützung des Ehepaars Valentina und Klaus Lunau vor Ort sowie der modernen technischen Ausstattung mit Simultanübersetzungsanlage am Veranstaltungsort konnten LO-Sprecher Stephan Grigat und Brigitte Stramm sowie Vizekonsul Daniel Lissner gemeinsam mit den anderen Tagungsteilnehmern eine positive Bilanz ziehen: Bei dem Ziel, die bisherigen Verbindungen zu festigen und Visionen am Leben zu erhalten ist man einen Schritt vorangekommen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Eva Schalaginowa – Die aktive Heimatforscherin aus Pillau berichtete von erfolgreicher Zusammenarbeit mit Deutschen und einer Gedenksteineinweihung am 8. Mai. Allerdings habe die Russisch-Orthodoxe Kirche in Pillau trotz langer Verhandlungen einen deutschen Friedhof einer Kirche beseitigt.



Dmitrij Vyschemirskij – Der Kunstfotograf, der auf zahlreiche internationale Ausstellungen und eigene Buchprojekte zurückblicken kann, dokumentiert seit einigen Jahren den Erhaltungszustand deutscher Bausubstanz und engagiert sich für den Erhalt derselben.



Nikolaj Wassiljewskij – Seit über 20 Jahren kümmert der Schriftsteller sich um den Erhalt des Ordensschlosses Labiau. Einiges konnte er erreichen und das zumeist ohne offizielle Zuwendungen.

Zeitzeugenberichte und Ausstellungen willkommen: Das Staatliche Gebietsarchiv steht allen offen

Das Staatliche Gebietsarchiv öffnete den deutschen Forumsteilnehmern die Tore seines Archivneubaus. Am alten Gebäude des Staatlichen Gebietsarchivs wurde angebaut und seit diesem Sommer lagern auch die Bestände des Archivs der Kommunistischen Partei dort.

Vor der Besichtigung des Gebäudes stellte die Direktorin Alla Fjodorowna den deutschen Besuchern in einer Powerpoint-Präsentation die Entwicklung der zweijährigen Umbauarbeiten vor. Währenddessen reichte ihre Mitarbeiterin Vera Makarowa Akten aus deutschen Beständen herum, welche die Anwesenden mit großem Interesse durchblätterten. Vor fünf Jahren hatte die deutsche Delegation schon einmal das Gebietsarchiv besucht. Ein Teilnehmer hatte damals in den Unterlagen den Namen seines Vaters entdeckt. Dieses Mal war es Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, der einen von ihm verfassten Brief in russischer Sprache von 1990 an den damaligen Leiter der russischen Kulturstiftung des Gebiets, Jurij Iwanow, entdeckte. Freyberg wunderte sich über die Offenheit, mit der das Archiv seine Dokumente zeigte. Das Archiv steht grundsätzlich allen offen. Die übliche Vorgehensweise ist allerdings die, dass man schriftlich anfragt, einen Termin vereinbart und dann die entsprechende Akte im Lesesaal einsehen kann.





Schätze in den Akten des Archivs: Handschrift Martin von Wallenrodts (l.); Wolfgang Freyberg (r.) fand beim Stöbern einen Brief, den er Anfang der 90er Jahre verfasst und an den damaligen Leiter der Kulturstiftung des Gebiets geschickt hatte

Fjodorowna forderte die Teilnehmer auf, mehr Gebrauch von dieser Möglichkeit zu machen. Denn das Archiv sieht sich als Kontaktbörse. Hier laufen alle Fäden im Gebiet zusammen. Regionale Archive müssen alle Dokumente ans Gebietsarchiv übergeben, wenn auch nur in Kopie. Denn nicht immer ist ihre Nachfolge geregelt. Scheidet zum Beispiel ein aktiver Heimatforscher oder Museumsleiter aus oder stirbt, gehen Originale, über die nur er Bescheid weiß, möglicherweise verloren. Die Direktorin wünscht sich auch, dass die Kreisgemeinschaften im Archiv Ausstellungen ausrichten. Interessiert ist man vor allem an Augenzeugenberichten. Um sich objektiv mit der Geschichte vor und während des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzen zu können, sind Dokumente von Zeitzeugen von unschätzbarem Wert. 2012 hatte Ellingen bereits mit Material zu einer Ausstellung beigetragen, auch Heiligenbeil und Gumbinnen lieferten Material. Zurzeit laufen Verhandlungen mit Allenstein zur Übergabe von Archivalien.

Im Archiv gibt es ein Atrium mit Galerie, das zu Ausstellungen einlädt. Gegenwärtig werden dort Bilder und Kunstgegenstände des 1946 in Königsberg geborenen Künstlers Viktor Rjabinin gezeigt, dessen Leben und Werk eng mit der Stadt verbunden sind. Der Künstler stand den Forumsteilnehmern während ihres Archivbesuchs für Fragen zur Verfügung.

MRK



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute bringen wir als Sonderartikel eine Buchpräsentation, die für uns alle sehr wichtig sein kann, weil sie unser Hauptthema „Familienforschung“ betrifft. Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht ein neuer Wunsch erreicht. Er kommt zumeist von Suchenden aus der Enkelgeneration, die uns über das Internet gefunden haben. Oft berufen sich die Anfragenden aber auch auf Informationen und Hinweise aus dem Leserkreis, manche kennen uns nur vom „Hörensagen“. Auf welche Weise uns die Schreiber auch erreichen: Sie haben zumeist so gut wie keine Ahnung von unserer „Ostpreußischen Familie“, und deshalb geht vielen Suchfragen, die auf dieser Seite erscheinen, eine eingehende Information voraus, auch über andere Wege der Nachforschung, die sich von Fall zu Fall unterscheiden. Wenn sich nach mehr oder weniger langem Schriftwechsel unsere Rubrik als die beste oder letzte Möglichkeit für eine Erfolg versprechende Suche erweist, sind es oft nur ein paar Zeilen mit den als stichhaltig erwiesenen Angaben, die hier auf unserer Seite erscheinen. Ich bin sehr froh, dass ich da Frau **Ute Vollmer** an meiner Seite habe, die diese schwierigen Recherchen und den damit verbundenen 0nline-Schriftwechsel für unsere Ostpreußische Familie bewältigt. Und wenn sich dann positive Resonanzen ergeben, sind alle Mühen vergessen. Wie im Fall von Frau **Barbara Kirches** aus Krefeld, deren Suchwunsch wir in Folge 40 veröffentlichten. Er betraf Klein-Wolfsdorf, wo Frau Kirches geborene **Penner** und ihre älteren Geschwister geboren wurden. Auf einer Heimatreise suchte sie ihr Elternhaus vergeblich und fragte deshalb, ob sich vielleicht Leser aus dieser Gegend an die Familie **Horst** und **Gertrud** Penner erinnern könnten. Jetzt kam ihr Dankesbrief, denn ihre Suchfrage vermochte unser Leser Herr J. aus Rechlin schnell und informativ zu lösen. Er konnte Frau Kirches genaue Angaben machen, wo die Familie Penner gewohnt hat. So gut ausgerüstet konnte Frau Kirches in die Elternheimat fahren und ist dann tatsächlich auf dem als richtig erwiesenen Grundstück gewesen. „Ich bin froh, dass alles so gelaufen ist“, schreibt Frau Kirches und bedankt sich ganz herzlich bei uns – und wir danken Herrn J. für die schnelle Hilfe.

Die erhofft sich natürlich auch Frau **Thea Jansen** aus Olching auf ihre Frage, die nach Mohrungen führt. Dort kam ihr Vater **Peter Karl** Jansen 1917, als Sohn der Eheleute **Karl** und **Maria Anna** Jansen geborene **Kern**, zur Welt. Sein Vater besaß in der Preußisch-Holländer Straße Nr. 8 eine Autoreparatur und Tankstelle. Frau Jansens Suche bezieht sich auf das Jahr 1932, als ihr Vater Peter nach Beendigung seiner Schulzeit im väterlichen Betrieb eine Ausbildung begann, bevor er zwei Jahre später nach Schweden ging. Sie möchte Näheres über ihren Großvater Karl Jansen und seinen Betrieb erfahren, über den sie keine Angaben besitzt. In der Preußisch-Holländer Straße gab es mehrere Kfz-Betriebe. Im Telefonbuch von Mohrungen aus dem Jahr 1943 fand sie in dem Haus Nr. 8 eine Autovermietung **Paul Fox**. Es gab auch einen Kfz-Betrieb in der Nr. 10, der von einem **Max Gillmann** betrieben wurde. In diesem wurde ein G. Jantzen ausgebildet, der aber mit ihrer Familie trotz des fast gleich lautenden Namens nichts zu tun hat. Es wäre für Frau Jansen auch wichtig, etwas über den Betreiber der Aral-Tankstelle neben dem Hotel Reichshof, Preußisch-Holländer Straße Nr. 16, zu erfahren. Die Tochter des ehemaligen Besitzers **Prang** kann sich sogar noch an den Vater von Frau Jansen erinnern. Nun würde sie gerne wissen, wer für die damalige Betreuung der Hotelgarage verantwortlich war. Gehörte diese mit zum Hotel Reichshof oder wurde sie in eigener Regie betrieben? Es könnte auch sein, dass sich in dem Haus Nr. 8 eine Kolonialwaren- und Feinkost-Handlung befand, deren Inhaber **Franz Reimer** war. Diese weist das Telefonbuch von 1943 auf, das Frau Jansen allerdings nur in einer schwachen Kopie als Quelle dient. So kann sie die Nummer nicht einwandfrei als 8 entziffern, das Geschäft müsste aber der einstelligen Zahl nach in der Nähe gelegen haben. Frau Jansen hofft, dass sich alte Mohrunger melden, die ihr weiterhelfen können. (Thea Jansen, Jeisstraße 12b in 82140 Olching, Telefon 08142/28972.)



Titelseite des auf einer Müllhalde entdeckten Cranz-Prospektes Bild: privat

Herr **Roland Koßwig** aus Wiesbaden übermittelt uns die Frage seines in Meran wohnenden Sohnes, ob seine verstorbene Oma mütterlicherseits hugenottischer Herkunft gewesen sei, denn deren Geburtsname lautet Gergaut. „Da wir uns zu deren Lebzeiten nicht mit der Herkunft beschäftigt haben, weiß meine Frau nur, dass ihre Mutter manchmal davon gesprochen hat, dass sie von Hugenotten abstamme“, erklärt dazu Herr Koßwig. „Dem Familienstammbuch kann ich noch entnehmen, dass sie in Lyck geboren wurde. Gelebt hat sie in Berlin und seit 1944 in Bamberg.“ Herr Koßwig hat im Internet einige Namensträger ausfindig gemacht und zwei angeschrieben, die leider keine konkrete Auskunft geben konnten. Sie bestätigten aber beide die Vermutung, dass der Name französischen Ursprungs sei. Nun sind wir also dran, da die Namensträgerin in Masuren geboren wurde. Von den 20000 französischen Glaubensflüchtlingen, die 1685 nach Altpreußen kamen, ließen sich viele in den Städten nieder, die meisten wurden im nördlichen Teil angesiedelt. Einige Namen haben sich noch unverfälscht bis heute erhalten – wie Guillaume, Toussaint, Munier –, andere veränderten sich im Lauf der Jahrhunderte, wurden eingedeutscht wie Chevalier = Schawaller oder Camplair = Kampler. Der Name Gergaut kann französischer Herkunft sein, muss es aber nicht, die Silbe „ger“ findet man in vielen prussischen Namen wie Gerdau, Gerkan oder Gernat, die zweite Silbe könnte ursprünglich „gat“ gelautet haben – aber das sind Vermutungen. Werden ambitionierte Landsleute das Rätsel lösen können? (Roland Koßwig, Lessingweg 33 in 65205 Wiesbaden, Telefon 06122/15760, E-Mail: rurkosswig@yahoo.de)

Einen sehr speziellen Suchwunsch hat Herr **Jürgen W. A. Haßelhuhn** aus Aachen. Und es ist kein Wunder, dass er bisher trotz aller Suche nicht fündig geworden ist, denn es handelt sich um ein bestimmtes Foto, das er als Unterlage für seine Familienforschung benötigt. Jürgen Haßelhuhn wuchs in Herzogsau [Zawady], dem früheren Sawadden, Kreis Neidenburg, als Sohn eines Zöllners auf. Als sein Vater im Februar 1938 nach Sawadden versetzt wurde, bezog die Familie ein Haus, das zusammen mit einem zweiten Zollgebäude gerade fertig gestellt worden war. Ein Gebäude befand sich an der Durchgangsstraße, das zweite etwa 20 Meter gegenüber. In der Mitte stand eine Pumpe, die alle sechs Wohneinheiten mit Wasser versorgte. Ja, es gab kein fließendes Wasser in den Neubauten, keine Stromversorgung und keine sanitären Anlagen. Trotzdem empfindet Herr Haßelhuhn noch heute die Wohnung in dem Zollhaus als ein schönes Zuhause, das die Familie im Oktober 1944 verlassen musste. Und für ihn blieb es immer „sein“ Herzogsau, in das der Ort im Juni 1938 umbenannt wurde. Herr Haßelhuhn hat das Dorf 1988 besucht und konnte feststellen, dass das hintere Gebäude im Krieg zerstört worden war. Er sucht nun ein Foto, auf dem beide Zollgebäude zu sehen sind. Es könnte sein, dass sich noch eine Aufnahme im Privatbesitz befindet. Ich setze da auf die Bewohner der anderen Wohnungen in den beiden Zollhäusern, die vielleicht noch einige Fotos retten konnten, aber auch in Heimatarchiven könnte man fündig werden. Herr Haßelhuhn würde sich jedenfalls sehr freuen, wenn sich betreffende Fotobesitzer bei ihm melden. (Jürgen W. A. Haßelhuhn, Schwalbenweg 19 in 52078 Aachen, Telefon 0241/571443.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Alte Fotos sind untrügliche Bewahrer der Heimat, und sie bergen gerade für uns Vertriebene so manche Überraschung. Die habe ich wieder einmal zu spüren bekommen – nein, zweimal sogar, wenn ich es genau nehme. So stieß ich schon beim ersten Durchblättern des Buches „Aus Uromas Fotoalbum“ – auf das ich im unteren Extra-Beitrag eingehe – auf ein Bild, auf dem ich meine sehr geliebte Tante **Trudchen** aus Heinrichswalde entdeckte. Als junges Mädchen, ehe sie den Bruder meiner Mutter heiratete. War das schon wie ein Gruß aus der Vergangenheit, hat die Überraschungsgabe eines Lesers die Schulzeit für mich wieder lebendig werden lassen. Herr **Alfred Görlitz** aus Hamburg ist im Besitz eines Prospektes von Cranz aus den frühen 30er Jahren, für die damalige Zeit sehr aufwendig aufgemacht, mit einer Fülle von Fotos, die das größte Seebad Ostpreußens zu allen Jahreszeiten zeigen, und mit gut formulierten, informativen Texten. Es war schon ein kleiner Schatz, den Herr Görlitz da in den 50er Jahren in Lüneburg entdeckt hatte – auf einer Müllhalde! Er hat den vor der Vernichtung geretteten Fund sorgsam aufbewahrt und kam jetzt auf die Idee, aus dem gut erhaltenen Prospekt eine feste Mappe anfertigen zu lassen, in der die einzelnen Aufnahmen besser zur Geltung kommen. Und diese Mappe hat er mir zugesandt „als kleines Geschenk von mir für Sie, ich möchte Ihnen damit eine kleine Freude bereiten!“ Und die haben Sie, lieber Herr Görlitz, sogar eine große. Denn Ihre Vermutung – „vielleicht sind Sie selbst schon mal in Cranz gewesen“ – trifft bei mir ins Volle, denn Cranz war für mich als Königsberger Kind nicht nur für einen Familienausflug gut, sondern auch als idealer Ort für eine Klassenfahrt. An die auch unangenehme Erinnerungen blieben, denn bei einer dieser Schulausflüge nach Cranz war ich in eine Glasscherbe oder scharfkantige Muschelschale getreten. Das Ergebnis war eine stark blutende Wunde in der Fußsohle, die höllisch schmerzte, und unsere gute Klassenlehrerin, Fräulein **Meyer**, und später meine Mutter in helle Aufregung versetzte. Wie weit erschien uns damals Cranz von Königsberg entfernt – dabei war es nur eine halbe Stunde Fahrzeit mit der Bahn oder dem Auto, und diese Nähe verdeutlicht ein Faltplan aus dem Prospekt, eine große Panoramakarte, die fast pittoresk jedes Haus in Cranz, jeden Strandkorb, jede anbrandende Welle der See zeigt. Sie führt weiter nach Cranzbeek und nach Schwendlund am Kurischen Haff, nach Süden quer durch das Samland bis zum Frischen Haff, ganz entfernt tauchen die Umrisse von Königsberg auf – wie eine Fata Morgana. Diese Panoramakarte macht einem so recht bewusst, in welch einem Paradies man gelebt hat! Ich danke Herrn Görlitz sehr für sein Geschenk, auch im Namen der Ostpreußischen Familie, denn wir werden aus der Mappe noch viel Erinnerungswertes schöpfen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

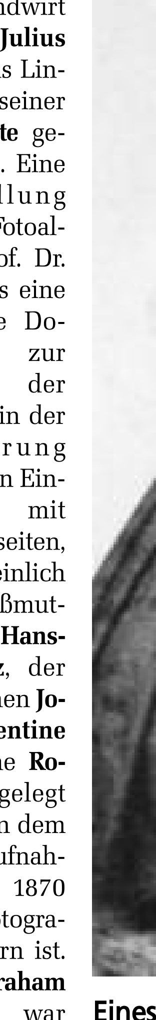
Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Menschen der Memelniederung

Ein wunderbares Fotoalbum – und noch weitaus mehr

Dieses Buch ist für unsere Ostpreußische Familie geradezu maßgeschneidert – kein Wunder, dass ich es nicht aus der Hand legen wollte, als ich es nach dem Erhalt zuerst einmal durchblätterte. Was ich da sah und las, war weit mehr, als der Titel vermuten ließ: „Aus Uromas Fotoalbum“ – das ist reichlich untertrieben. Zum Glück hat es noch einen Untertitel, der schon etwas mehr besagt: „Menschen der Memelniederung in historischen Fotografien 1850 bis 1930“. Noch treffender formuliert es die Verfasserin in ihrem Einleitungswort: „Die Aufnahmen stellen über die private Familiengeschichte hinaus ein Stück der Geschichte des früheren Ostpreußen dar.“

Die Autorin und Gestalterin dieses von der Kreisgemeinschaft Elchniederung herausgegebenen Buches ist **Gabriele Bastemeyer**, die vielen unserer Leserinnen und Lesern bekannt sein dürfte. Denn seit über vier Jahrzehnten befasst sich die 1948 als Gabriele **Loerke** in Reinbek geborene Tochter ostpreußischer Eltern, die aus der Memelniederung stammen, intensiv mit Familienforschung und Landeskunde im nördlichen Ostpreußen und betreut in der Kreisgemeinschaft diesen Sektor mit großem Wissen und Können. Das spürt man sofort, wenn man das Buch aufschlägt, in dem die alten Fotografien nicht einfach nach ihrer Zugehörigkeit zu Familie und Heimatort zusammengestellt und mit mehr oder weniger informierenden Begleittexten versehen wurden. Gabriele Bastemeyer kombiniert die Aufnahmen mit Beschreibungen der Landschaft und Erklärungen des jeweiligen Zeitgeschehens, versieht sie mit prägnanten, glänzend formulierten Titeln, so dass Familienporträts von besonderer Eigenart entstehen, die auch alle Ansprüche an eine authentische Dokumentation erfüllen. Man spürt, dass hier in über 40 Jahren mit nie versiegendem Eifer gesammelt und gesichtet wurde. Seit Gabriele Bastemeyer die Elchniederunger aufgerufen hatte, ihr alte Bilddokumente zu senden, damit sie nicht eines Tages verschwinden, kamen in über 40 Jahren hunderte von durch Krieg und Flucht geretteten Fotos zusammen, von denen in diesem 180-Seiten-Band über 300 enthalten sind. Die älteste, um 1850 entstandene Fotografie der Memelniederung zeigt den Landwirt **Johann Julius Kroehnert** aus Linkuhnen mit seiner Frau **Henriette** geborene **Kopp**. Eine Sonderstellung nimmt das „Fotoalbum von Prof. Dr. Janz“ ein, das eine faszinierende Dokumentation zur Geschichte der Mennoniten in der Elchniederung beinhaltet. Ein Einsteckalbum mit dicken Pappseiten, das wahrscheinlich von der Großmutter von Prof. **Hans-Werner Janz**, der 1890 geborenen **Johanne Florentine** Janz geborene **Rosenfeld**, angelegt wurde, und in dem die älteste Aufnahme eine um 1870 gemachte Fotografie ihrer Eltern ist. Ihr Vater **Abraham** Rosenfeld war





Eines von über 300 Fotos auf 180 Buchseiten Bild: privat

Landwirt in Gr. Brittanien und Ältester der Mennonitengemeinde der Niederung. Eine Ahnentafel ergänzt die reich bebilderte Familiengeschichte der Sippe Janz – und damit sind wir an einem ganz besonderen Effekt dieses Buches, denn es will nicht nur eine Dokumentation, sondern auch ein praktischer Ratgeber für die Familienforschung sein. Auch diese Aufgabe löst Gabriele Bastemeyer optimal, denn sie bringt nicht nur Anleitungen zur Erstellung einer Ahnentafel, sondern auch eine Fülle von Hinweisen auf alle nur möglichen erschließbaren Quellen wie Standesamtsregister, Datenbanken, Kirchenbücher, Seelenlisten und die Forschungsmöglichkeiten im Internet. Die vielen Tipps beruhen auf eigenen, in langen Jahrzehnten erarbeiteten Erfahrungen auf dem Gebiet der Familienforschung und Landeskunde und, was besonders wichtig für jüngere Interessenten ist, in der Computergenealogie. Die historische Einwohnerdatenbank des Kreises Niederung/Elchniederung enthält 70 000 Daten, aber die Autorin bittet alle Leser, deren Familiendaten diesen Kreis betreffen, sich bei ihr zu melden. (Genealogische Forschungs- und Sammelstelle der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Frau Gabriele Bastemeyer, Ginsterweg 37 in 21380 Artlenburg, Telefon 04139/7364, E-Mail: Bastemeyer@t-online.de) Das Buch „Aus Uromas Fotoalbum“, Menschen der Memelniederung in historischen Ansichten 1850–1930“ ist für 10 Euro plus Porto zu beziehen über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Herrn **Hartmut Dawideit**, Am Ring 9 in 04442 Zwenkau, Telefon (034203) 33567, E-Mail: inse-elchniederung@t-online.de

R.G.

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Heyn, Hildegard, aus Lyck, am 15. November

Raszawitz, Eugen, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 16. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Walter, Herta, geb. **Borrmann**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Buttkewitz, Kurt, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 18. November

Dasti, Naemi, geb. **Gundermann**, aus Ebenrode, am 14. November

Poddig, Gerda, geb. **Salewski**, aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 14. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gers, Paul, aus Treuburg, am 18. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Georg, Gerda, geb. **Drescher**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. November

Hoogen, Helga, geb. **Haase**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 12. November

Konopka, Friedrich, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 16. November

Kucharski, Barbara, aus Lötzen, am 18. November

Thöne, Elfriede, geb. **Zibner**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Krauseneck, Herta, geb. **Gennat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 16. November

Kulikowski, Walter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. November

Paulat, Brigitte, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. November

Puddig, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November

Schleh-Goltz, Freifrau Ursula von der, aus Ortelsburg, am 14. November

Siegel, Elfriede, gab. **Kompa**, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 16. November

Skawski, Edith, geb. **Schulze**, aus Treuburg, am 13. November

Sonnendeck, Friedel, geb. **Paulin**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. November

Wagenick, Gisela, geb. **Eggert**, aus Landsberg, Kreis Pr. Eylau, am 16. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dinnups, Alfred, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 12. November

Gerlach, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 15. November

Kummetz, Ruth, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. November

Lotz, Kurt, aus Ebenrode, am 18. November

Mummert, Waltraud, geb. **Blattner**, aus Neidenburg, am 17. November

Mützenich, Lore, geb. **Dalades**, aus Treuburg, am 16. November

Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November

Scherf, Anna, geb. **Kobialka**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 13. November

Steinhagen, geb. **Broszio**, verwitwete **Kopp**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 15. November

Stutz, Hildegard, geb. **Gugat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November

Troebinger, Mia, geb. **Bahl**, aus Lötzen, am 18. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November

Bieber, Erna, geb. **Bajorat**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 18. November

Borm, Lothar, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 12. November

Braun, Lisbeth, geb. **Reinhold**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 14. November

Eden, Erika, geb. **Brockmann**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 14. November

Janssen, Christel, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 14. November

Kohl, Walter, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 12. November

Rabe, Gertrud, geb. **Myska**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 13. November

Riemann, Gertrud, geb. **Kulessa**, aus Selementhöhe, Kreis Lyck, am 13. November

Tatzko, Werner, aus Lyck, am 17. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brombach, Dora, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 12. November

Bruschewski, Elfriede, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 17. November

Brzoska, Hildegard, geb. **Kulessa**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 17. November

Depolt, Herta, geb. **Gloddek**, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November

Eymann, Hildegard, geb. **Kolenda**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 18. November

Hartmann, Ursula, geb. **Szillat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. November

Hilgendorf, Brigitte, geb. **Wiersbitzki**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. November

Janz, Ingeborg, aus Bremen, am 18. November

König, Hannelore, geb. **Gaedechens**, aus Treuburg, am 17. November

Krogmann, Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November

Kroll, Margarete, geb. **Regge**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. November

Kumutat, Bernhard, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 16. November

Losch, Arthur, aus Neidenburg, am 15. November

Neugebauer, Hilde, geb. **Wittke**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 16. November

Rohmann, Walter, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. November

Schwab, Ruth, geb. **Wittwer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. November

Selenz, Erika, geb. **Fröse**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 17. November

Teschner, Günther, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. November

Wierutsch, Waldemar, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 17. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bischoff, Günter, aus Königsruh, am 13. November

Debus, Marianne, geb. **Kalinowski**, aus Lötzen, am 18. November

Dietrichkeit, Waltraud, geb. **Osigus**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 17. November

Freudenreich, Heinz-Jürgen, aus Drugehnen, Kreis Samland, am 13. November

Gayk, Walter, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 16. November

Gayko, Irma, geb. **Oberüber**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 15. November

Gehrke, Hildegard, geb. **Geruhn**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 17. November

Hoffmann, Helmuth, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. November

Kersten, Emilie, geb. **Taddey**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 18. November

Kirtz, Erika, geb. **Fidorra**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 14. November

Krupinski, Günter, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November

Kullack, Martin, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. November

Kulschewski, Ernst, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 17. November

Lärz, Ilse, geb. **Schönwald**, aus Drengfurt, Nordenhof, Kreis Rastenburg, am 6. November

Lange, Gerda, geb. **Dressler**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 13. November

Linder, Helga, geb. **Engelke**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 12. November

Merke, Hildegard, geb. **Roller**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 17. November

Peter, Erna, geb. **Knapp**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November

Reiß, Wolfgang, aus Neidenburg, am 17. November

Steinbach, Hildegard, geb. **Jankowski**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 17. November

Stolzke, Georg, aus Rauschen, Kreis Samland, am 18. November

Syperrek, Erich, aus Lyck, am 12. November

Waltsgott, Edeltraud, geb. **Wulf**, aus Schalben, Kreis Samland, am 13. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Brahmann, Gerda, geb. **Armons**, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. November

Düring, Ursula, geb. **Korn**, aus Wolittnick/Gasthaus, Zum Sandkrug, Kreis Heiligenbeil, am 14. November

Herbarth, Dora, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. November

Hoff, Werner, aus Königsberg, am 18. November

Kraffzik, Marianne, geb. **Bylitza**, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 17. November

Lüdecke, Torsten, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 18. November

Neubacher, Paul, aus Treuburg, am 17. November

Ott, Christel, geb. **Haase**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. November

Peuser, Renate, geb. **Weber**, aus Treuburg, am 12. November

Rausch, Manfred, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 18. November

Zimmermann, Elisabeth, geb. **Höchst**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 18. November



Steinbacher, Otto und Frau Hildegard, geb. **Sommer**, aus Kreis Angerapp, am 1. November

Ostpreußisches Landesmuseum (OL): Dienstag, 20. November, 14.30 Uhr: „Die Königsberger Kunstakademie im 19. Jahrhundert“. Dr. Jörn Barfod im Rahmen der Reihe „Museum erleben“. Eintritt 5 Euro.

OL, Telefon (04131) 75995-0, E-Mail: fuehrungen@ol-lg.de

TERMINE DER LO



Jahr 2013

9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

16./17. März 2013: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

27. bis 29. September 2013: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.

18. bis 20. Oktober 2013: 6. Deutsch-Russisches Forum. Geschlossener Teilnehmerkreis.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Weihnachtsfreizeit für Senioren

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim Bad Pyrmont: Vom 19. Dezember 2012 bis 2. Januar 2013 bietet das Ostheim wieder eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Bei abwechslungsreichen Programmangeboten, vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder den Diameditationen nach dem Frühstück, über kleine Spaziergänge, einem ostpreußischen Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel sowie natürlich echt ostpreußischer Küche und Festessen zu den Feiertagen, findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der alten Heimat ist. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 679 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 588 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 10. November, 14 Uhr, Arte: Yourope. Manche mögens russisch. Russkij Stil in Europa.

SONNABEND, 10. November, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1918: Die Siegesfeiern in Paris, London und Washington D.C.

SONNABEND, 10. November, 20.15 Uhr, 3sat: Zum 150. Geburtstag von Gerhart Hauptmann: Gerhart Hauptmann – Rebell und Repräsentant. – 21 Uhr: Die Weber. Schauspiel.

SONNTAG, 11. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 11. November, 12.35 Uhr, 3sat: Ruhe sanft in Russland. Dokumentation 2011.

SONNTAG, 11. November, 22.30 Uhr, BR Alpha: Gerhart Hauptmann in Agnetendorf.

MONTAG, 12. November, 15.15 Uhr, 3sat: Der Jenissei. Russlands Fluss der Verbannten. 15.45 Uhr: Feuer aus dem Eis: Erdgas in Sibirien. 16.30 Uhr: Sibiriens vergessener Seeweg.

MONTAG, 12. November, 22.45 Uhr, ARD: Merkels streitbare Ministerin – Ursula von der Leyen.

DIENSTAG, 13. November, 19.30 Uhr, Arte: Europas wilder Osten: Der Nationalpark Slitere in Lettland.

DIENSTAG, 13. November, 20.15 Uhr, ZDF: Geheimnisse des Zweiten Weltkriegs: „Das Geheimnis von U 513“.

DIENSTAG, 13. November, 20.45 Uhr, MDR: Präparat 38 – Leipzig und die deutsche Atombombe.

DIENSTAG, 13. November, 23.30 Uhr, Arte: Marokko 1921. Ein vergessener Krieg.

MITTWOCH, 14. November, 19.30 Uhr, Arte: Böhmen – Land der hundert Teiche.

MITTWOCH, 14. November, 20.15 Uhr, RBB: rbb Praxis. „Tödliche Keime im Krankenhaus“. Eine wachsende Gefahr.

MITTWOCH, 14. November, 22.03 Uhr, N-TV: Hurrikane – Stürme der Zerstörung.

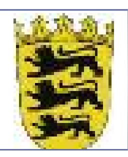
DONNERSTAG, 16. November, 14.50 Uhr, 3sat: Auf der Spur des Prussia-Schatzes. 15.30 Uhr: Geheimakte Sophienschatz.

DONNERSTAG, 16. November, 20.15 Uhr, 3sat: Gegen den Strom – Zurück in die Region. Unternehmen, die statt in der Fremde in der Heimat neue Produktionsstätten suchen.

DONNERSTAG, 16. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Der Fall Eichmann. 21 Uhr, Phoenix: Generalfeldmarschall Paulus.

FREITAG, 17. November, 21.15 Uhr, NDR: Nach dem Verbrechen. Ein Fall für den Opferschutz.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Montag, 19. November, 14 Uhr, Rathaus, Hainstadt: Frauen-Nachmittag „Ach, wie schön ist doch Plachandern“.

Esslingen – Donnerstag, 15. November, 14.30 Uhr, Waldheim, ES-Zollberg: Kaffeetrinken und anschließender Vortrag der Polizeidirektion Esslingen zum Thema: Kriminalitätsprävention für Senioren.

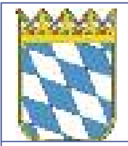
Ludwigsburg – Mittwoch, 21. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 14. November, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. „Gut ist es, lange und schweigend über dem heiligen Memelstrom zu sitzen. Heilig ist jede Heimat, aber die verlorene um vieles mehr!“ Ernst Wiechert. Dieser Nachmittag ist dem Memelstrom gewidmet. „Wie vielseitig war doch sein Gesicht. Heiter und ernst konnte es sein, im Wechsel der Jahreszeiten.“

Wendlingen – Sonntag, 25. November, 14.30 Uhr, Friedhof Wendlingen, Ostlandkreuz: Totengedenken. Anschließend Einkehr zur Kaffeestunde im Gasthaus zum Lamm, Kirchheimer Straße 26.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 18. November, 10.30 Uhr, Donauschwabenufer, Stadtmauer unter dem Saumarkt: Gedenkstunde mit Kranzniederlegung der LM Donauschwaben.

TAlle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Augsburg – Sonnabend, 24. Nobemver, 13 Uhr, „Tapas4you“, ehemals Riedinger Park: Versammlung mit Grützwurstessen und Vortrag von Klaus Weigelt, Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg und stellvertretender Vorsitzender der Ernst-Wiechert-Gesellschaft. „Ernst Wiechert, Leben und Werk und die internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft“.

Bamberg – Mittwoch, 21. November, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi: 300 Jahre Friedrich der Große – sein Verhältnis zu den Ostpreußen.

München – Sonnabend, 24. November, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Filmvorführung „Romantisches Masuren.“ Zu Beginn gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



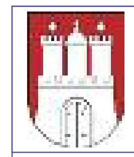
Königsberg/Samland / Labiau – Freitag, 23. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Monatliches Treffen der Gruppen. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Sonntag, 25. November, 15 Uhr, Kapelle Geestemünder Friedhof: Gedenkstunde aller Landsmannschaften.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

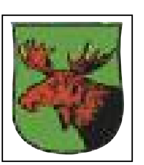
Referat Kultur – Sonnabend, 8. Dezember, 14 bis 17.30 Uhr (Einlass 13 Uhr) Hotel Tomfort, Langenhorner Chaussee 579, 22419 Hamburg, Telefon (040) 5278081: „Adventsfeier Landesgruppe“. Die Veranstaltung wird nach der Begrüßung mit dem gemeinsamen Singen des Heimatliedes „Land der dunklen Wälder“ beginnen. Dann folgt ein kulturelles Weihnachtsprogramm mit dem Ostpreußen-Chor (Vorsitzende Ilse Schmidt) und dem aus dem Memelland stammenden Schauspieler Herbert Tennigkeit. Den Chor dirigiert Hanna Guzinski und sie wird die Gruppe musikalisch in festliche Stimmung bringen. Aber auch das Mitsingen ist angesagt. Herbert Tennigkeit, geboren am 28. Februar 1937 in Gröszpelken, Kreis Tilsit/Ragnit, ein erfahrener Schauspieler wird literarisch ein lebendes Ostpreußen in voller Poesie und Humor demonstrieren. Auch Nachdenkliches über die Worte unserer Denker und Dichter wird den Teilnehmern nahegebracht werden. Die Veranstaltung leitet Kulturreferent Siegfried Grawitter, 22089 Hamburg, Evastraße 3b, Telefon (040) 205784. Das Hotel ist zu erreichen mit U1 bis Ochsenzoll, dann zirka 400 Meter Fußweg oder Bus 292 bis AK-Ochsenzoll. Übernachtungen sind möglich. DZ 70 Euro, EZ 50 Euro. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen. *H.G.S.*

BEZIRKSGRUPPE

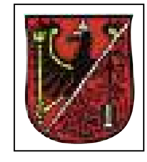
Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. November um 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Manfred Samel zeigt einen Film neueren Datums „Flug über Nord-Ostpreußen“ (Elchniederungen).

KREISGRUPPE



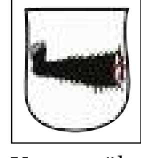
Elchniederung – Mittwoch, 5. Dezember, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, U- und S-Bahn-Haltestelle Ohlsdorf, dann in wenigen Gehminuten zu erreichen: Treffen der Gruppe zu einem Adventsnachmittag mit heimatlichem Schabbern, weihnachtlichem Singen und Julklapp (bitte Päckchen mitbringen). Gäste sind herzlich willkommen.



Gumbinnen – Sonnabend, 24. November, 14 bis 17 Uhr. Haus der Heimat, Teilfeld 8: Kulturelles Programm in Erinnerung an die Weihnachtsabende in der Heimat. Gegen 15 Uhr gibt es eine gemütliche Kaffeepause. Gäste sind herzlich willkommen. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Richtung Michaeliskirche. Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Leitung: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.



Heiligenbeil – Sonntag, 2. Dezember, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in und um Hamburg wohnen. Die Gruppe will gemeinsam am Sonntag, dem ersten Advent, mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem „Schätzkästchen Ostpreußen“, auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest einstimmen. Der Seniorentreff ist erreichbar mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnhof Billstedt, U-Bahnhof Wandsbek-Markt und U-Bahnhof Hammer Kirche bis Bauerberg. Von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254980 bis Freitag, 30. November.



Sensburg – Sonntag, 18. November, 14 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Vortrag über die Insel Bornholm von G. Kröger. Im Anschluss an den Vortrag Besprechung über die Zukunft der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

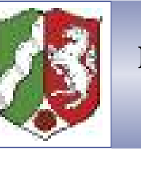
Wiesbaden – Sonnabend, 17. November, 15 Uhr: „Nicht wegschauen, hinschauen“. Vortrag mit Bildern von Siegfried Kugies, Trebur. Von außergewöhnlichen Stationen in seinem Leben erzählt der im ostpreußischen Eschingen, Kreis Angerburg, geborene Referent. Seine Themen: Als Bub in Ostpreußen, Kriegsgefangener in Wales, Eisenbahner während der amerikanischen Luftbrücke, Neuanfang in Trebur, Zusammenarbeit mit den Amerikanern und dem Deutsch-Polnischen Jugendaustausch.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Sonntag, 18. November, 11.15 Uhr, Halle des Alten Rathauses: Gedenkstunde zum Volkstrauertag. Nach der Gedenkstunde folgt die Totenehrung mit Kranzniederlegung auf dem Ehrenfriedhof (Stadtfriedhof). Es werden Sonderbusse eingesetzt.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 27. November, 15 Uhr, Nordfriedhof Bonn: Ostdeutsches Totengedenken der im BdV-Kreisgruppe Bonn vereinigten Landsmannschaften. – Dienstag, 27. November, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Frauenkreis der LO „Licht im Ost“.

Düsseldorf – Dienstag, 27. November, 18 Uhr: Parlamentarischer Abend im Landtag.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Ennepetal – Sonntag, 25. November, 11.30 Uhr, Gedenkstein in der Gasstraße: Totengedenken, BdV-Veranstaltung.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Köln – Dienstag, 20. November, 14,30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Treffen der Ostpreußenrunde zur monatlichen Versammlung. Besucher, die den Versammlungsort in Köln-Deutz noch nicht kennen, informiert die Gruppe, dass das Lokal mit den Linien 3 und 4 der KVB von der Haltestelle Suevenstraße, und den Linien 1 und 7 von der Deutzer Freiheit in wenigen Minuten zu erreichen ist. Weil auf der Versammlung eine eventuelle Weihnachtsfeier besprochen werden soll, bittet die Gruppe um eine vollzählige Beteiligung. Vergessen Sie bitte nicht, Ihre Namensschildchen mitzubringen.

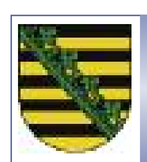


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Freitag, 16. November, 17 Uhr, Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim: Treffen der Gruppe zum Gänsekeule-Essen.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen des Kulturkreises Simon Dach unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Dienstag, 20. November, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 23. November, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singproben des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Sonntag, 25. November, 15 Uhr, Kapelle Am Friedenshügel: Totengedenken. Um Anwesenheit wird gebeten.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Uetersen – Auf der **Monatsversammlung der Ortsgruppe** am 5. Oktober im Haus „Ueterst End“ konnte der Vorsitzende Joachim Rudat neben 26 Mitgliedern und Gästen den Gastreferenten Dr. Manuel Ruoff, Historiker von der Preußischen Allgemeinen Zeitung, begrüßen. Im 300. Jubiläumsjahr des Todes von Friedrich II., dem großen Preußenkönig, zu heutiger Zeit noch unter dem Namen „Der Alte Fritz“ bekannt, trug Dr. Ruoff einiges aus seiner Sicht vor. Nach der üblichen Kaffeetafel begann Dr. Ruoff seinen Vortrag mit der ersten Teilung Polens 1772, wobei Preußen Westpreußen erhalten hat. Das preußische Teilungsgebiet war seit dem späten Mittelalter zu etwa zwei Fünfteln deutsch besiedelt. Somit wurde die preußische Annexion 1772 von Westpreußen als Wiederherstellung alten deutschen Koloniallandes in Fortsetzung des Deutschen Ordensgebietes angesehen. Friedrich II. konnte sich nun König von Preußen nennen. Vor 1772 war er lediglich König in Preußen. Als Monarch ist er zwar umstritten, aber während seiner 46-jährigen Regierungszeit ist er zu einer berühmten Größe von europäischem Rang und im 19. Jahrhundert zur National-Ikone geworden. Er versetzte als erster die politische Szene Europas in Bewegung, indem er mit Reformen das Leben der Bürger in Preußen verbesserte. Er hob die Leibeigenschaft der Bauern auf. Was auch für das übernommene Westpreußen galt. Für alle führte er die Religionsfreiheit ein. Jeder konnte nach seiner Façon selig werden. Große Siedlungsprogramme wie die Entwässerung des Oderbruchs brachte neues Land für die Besiedlung durch Flüchtlinge, die wegen ihres Glaubens in ihrem Heimatland verfolgt wurden. Das waren nur einige der Reformen. Damit schloss der Referent seinen Vortrag, für den ihm die Zuhörer herzlich dankten. Der Vorsitzende Joachim Rudat bedankte sich mit einem Präsent.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Neuer Bürgermeister in Patenstadt Rendsburg – Rendsburg hat einen neuen Bürgermeister. Pierre Gilgenast (SPD, 47), der bisher die Geschicke der Nachbargemeinde Fockbek leitete, setzte sich bei der Wahl am 28. Oktober bereits im ersten Wahlgang mit 62,18 Prozent der Stimmen gegen seine vier Mitbewerber durch. Der FDP-Vorsitzende Stefan Joachim Dohm, der als unabhängiger Kandidat antrat, kam auf 15,4 Prozent der Stimmen, der Kieler Rathausbeamte Björn Will (CDU) auf 14,7 Prozent und die Einzelbewerber Holger Thiesen und Björn Baasch auf 5,8 beziehungsweise 1,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 35,6 Prozent und damit noch 0,8 Prozent unter dem Ergebnis der letzten Wahl. Notwendig wurde die Neuwahl, weil der bisherige Amtsinhaber Andreas Breitner als Innenminister in die Landesregierung von Schleswig-Holstein gewechselt war. Sein Amt wird Pierre Gilgenast im Januar offiziell antreten, bis dahin leitet der stellvertretende Bürgermeister Hans-Peter Robin (SPD) die Geschäfte. Die KG Gerdauen e.V. gratuliert Pierre Gilgenast zu seinem Wahlsieg, wünscht ihm viel Glück und Erfolg bei seiner Tätigkeit für Rendsburg und setzt auf gute Zusammenarbeit im Sinne der seit fast 60 Jahren bestehenden Patenschaft. – **Dank an Andreas Breitner** – Neun Jahre, von 2003 bis zu seiner Berufung zum Innenminister des Landes Schleswig-Holstein im Juni 2012, stand Andreas Breitner als Bürgermeister an der Spitze unserer Patenstadt Rendsburg. Die Heimatkreisgemeinschaft hat mit ihm stets gut zusammengearbeitet und sich mit ihren Anliegen bei ihm gut aufgehoben gefühlt. Andreas Breitner hat die Patenschaft, die im nächsten Jahr seit nunmehr 60 Jahren besteht, sehr ernst genommen. Dafür danken wir ihm sehr herzlich und wünschen ihm für die schwierige Aufgabe als Innenminister alles Gute sowie maximalen Erfolg. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und auf ein Wiedersehen – vielleicht schon zum Jubiläumshauptkreistreffen „60 Jahre Patenschaft“ am 19./20. Oktober 2013 in Rendsburg!



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

40. Heimattreffen – Das vorweihnachtliche 40. Heimattreffen wird am Sonnabend, 17. November, 10 bis 15 Uhr im Spornitzer „Landhotel“, nahe Parchim, stattfinden. Hierzu sind alle Landsleute herzlich eingeladen. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreußen wird vorgetragen und ein musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat lassen die Vergangenheit zur Gegenwart werden, so dass der Lm. und auch der Nichtostpreuße gerne zu Nachfolgetreffen kommen werden. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte rechtzeitig mit Frau Ruck unter der Telefonnummer (0387) 26880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon/Fax (03871) 226238, E-Mail: friedel-hahn@arcor.de.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreisgemeinschaft-johannisburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Trauer um Gerhard Wydra – Unser früheres Kreistagsmitglied ist am 25. Mai 1924 in Lyck geboren und im Kreis Johannisburg

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

aufgewachsen. Er ist am 17. Oktober 2012 im Alter von 88 Jahren an seiner langjährigen Wirkungsstätte, in seinem Haus in Hamm/Sieg, sanft entschlafen. Gerhard Wydra ging unbeugsam seinen Weg. Nach Schulzeit und Berufsausbildung wird er eingezogen. Bei den Kämpfen um Ostpreußen 1945 wird er schwer verwundet und verliert seinen linken Arm. Später wird er Grafiker, Werklehrer und Kunsterzieher. In Hamm/Sieg findet die Familie ein Haus, das er mit Hei-matsymbolen ausstattet. Seit 1976 ist er Mitglied in der Kreisgemeinschaft Johannisburg. Im Kreisausschuss vertritt er das Kirchspiel Morgen. Er setzt sich für die Belange seiner heimatvertriebenen Landsleute ein und verwirklicht ab Mitte der 80er Jahre sein Zentralanliegen: Die Erstellung der 166 Ortspläne seines Heimatkreises mit Legenden. Dafür braucht er das Wissen seiner Landsleute und ruft unermüdlich zur Mithilfe auf. Sein vielseitiges, umfangreiches bildnerisches Werk (Tuschpinselzeichnungen, Aquarelle, Reliefs, Graphiken, Zeichnungen) findet weite Verbreitung und Anerkennung, (siehe Johannisburger Heimatbrief 2010, Seite 40). Das Bewahren durch Dokumentieren ostpreußischen Lebens vor 1945 und späterer Besuche der Heimat (Erzählungen, Berichte, Gedichte) war ihm eine Herzensangelegenheit. Unermüdlich wirkte er trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen für seine geliebte verlorene Heimat. Sein bleibendes Werk wurde mit der Verleihung des Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen, der Ehrenspange der Kreisgemeinschaft Johannisburg sowie vielen Ehrungen gewürdigt. Bei der Trauerfeier am 26. Oktober 2012 in der Kapelle des Kommunalen Friedhofs wurde des Familienvaters, Künstlers und Heimatfreundes würdig und dankbar gedacht. Seinem Wunsch gemäß hat Gerhard Wydra im Ruheforst Wildenburger Land seine letzte Ruhestätte gefunden. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie, be-sonders seiner Ehefrau Christel. – **Ein Dorf in Masuren wurde 550 Jahre alt** – Gedenktafelenthüllung in Freundlingen [Zabielne]. Zur Vorgeschichte dieses Ereignisses: Anita Knop und Paul Sobotta hatten für dieses Jahr in der Zeit vom 12. bis 24. Juli eine 13-tägige Reise ausgearbeitet. Hauptziel war ein dreitägiger Aufenthalt in Königsberg, mit einer Rundreise durch das nördliche Gebiet um Königsberg (Kurische Nehrung). Die Weiterfahrt sollte in den Kreis Johannisburg gehen. Am 20. Juli war eine Feier mit Enthüllung einer Gedenktafel „550 Jahre Sabielnen – Freundlingen" [Zabielne] vorgesehen. Leider nahmen an der Gedenkfeier nur drei Personen mit Freundlinger Wurzeln, teil, Theo Simanski mit Sohn Frank aus Rheine und Dr. Friedhelm Goronzy aus Düsseldorf. Sie machten sich privat in das 1350 Kilometer entfernte Freundlingen auf, um bei der Enthüllung der Gedenktafel am Sonnabend, 21. Juli, dabei sein zu können. Paul Sobottai, geboren in Freundlingen, jetzt wohnhaft in Voerde, hatte für die Anfertigung der Gedenktafel aus Edelstahl gesorgt. Er erstellte eine Musterzeichnung, versehen mit dem deutschen und polnischen Text. Dazu waren im Vorfeld Gespräche mit Vorstandsmitgliedern der KG Johannisburg und dem deutschen Verein Rosch in Johannisburg notwendig. Für das Jubiläum „Freundlingen" fand sich als Gesprächspartner und interessierter Neubürger Andrzej Duchlinski. Mit ihm konnten Theo Simanski und Dr. Friedhelm Goronzy die Voraussetzungen für die Durchführung dieses Vorhabens schaffen. Der Vertreter der KG Johannisburg, Dr. Solenski, gab gerne seine Zustimmung zu diesem Vorhaben. Die Schilderfabrik Schnürle aus Duisburg wurde mit der Herstellung und Überwachung der Arbeiten beauftragt und alles verlief einwandfrei. Gerne wäre das Ehepaar Sobotta bei dieser Gedenktafelaktivität dabei gewesen. Leider war das aber aus Gesundheitsgründen nicht möglich, was sehr traurig war und auch sehr bedauert wurde. Folgende Worte wurden den beiden Hauptakteuren Theo Simanski und Dr. Friedhelm Goronzy von Paul Sobotta mit auf den Weg nach Freundlingen gegeben: „Ihr seid meine Augen, mein Kopf und meine Hände". Da das Dorf sich in einem allgemeinen Verfall befindet und in der alten Bausubstanz keine geeigneten Orte zur Anbringung der Tafel zur Verfügung standen, war der neu erbaute Reiterhof ‚Stajnia Zabielne' des Herrn Duchlinski ein Lichtblick. Herr Duchlinski ist historisch interessiert und hat historische Dokumente gesammelt, unter anderem eine russische Karte von Masuren in kyrillischer Schrift von 1937. Er war daher sehr interessiert, den Besuchern seines Reiterhofs die historischen Wurzeln dieses Dorfes zu zeigen, und so war ein geeigneter und auch sicherer Aufstellungsort schnell gefunden. Sehr viel schwieriger war es, eine Form der Veranstaltung zu finden, die alle beteiligten Parteien zufriedenstellt: die Initiatoren, die Einwohner des Dorfes, die Stadt- und Kreisverwaltung sowie Vorstand und Mitglieder des Vereins Rosch. Im Laufe der Konsultationen wurden Bedenken gegen eine offizielle Veranstaltung vorgebracht. Die Lösung war daher, eine private Veranstaltung auf dem Reiterhof durchzuführen und es allen Interessierten freizustellen, sich zu beteiligen. Zu diesem Zweck hatte Herr Duchlinski ein Rahmenprogramm um Reitdarbietungen erstellt. Neben den Reiterhofgästen erschien auch eine Abordnung historischer polnischer Kavallerie zur Unterhaltung der Gäste. Zusätzlich wurden für die Jugendlichen und Kinder Reitprüfungen abgenommen und Reiterabzeichen vergeben. Der eigentlichen Enthüllung der Tafel vor Beginn der Reitdarbietungen ging die Befestigung der Tafel an dem Gebäude des Reiterhofs voraus. Als Ort wurde die Frontansicht des Reiterhofs gewählt, direkt über einer Tafel, die die Unterstützung der Europäischen Union für die Errichtung dieses Reiterhofes würdigt. Theo Simanski hatte in weiser Voraussicht eine Europa-Flagge zur Verhüllung der Tafel mitgebracht. Theo Simanski übernahm es, die Vorgeschichte dieses Unternehmens in deutscher Sprache zu schildern und Frau Katlubowska besorgte die Übersetzung. Ein vorbereiteter Text von Dr. Friedhelm Goronzy zur wechselvollen und leidvollen Geschichte Masurens, beginnend mit der Christianisierung bis hin zur Vertreibung, war die Vorlage des Herrn Duchlinski für seine Ansprache mit einem Ausblick auf eine friedliche Zukunft im vereinten Europa. Von den anwesenden Gästen sollen hier insbesondere erwähnt werden: Der stellvertretende Bürgermeister von Gehlenburg [Biala Piska], Wojciech Stepniak, die Bürgermeisterin von Freundlingen [Zabielne], Maria Markowska, der Vorstand des Deutschen Vereins Rosch, Dietmar Leymanczyk und Ursula Rutkowska, sowie die Ehrenbürgerin von Johannisburg [Pisz], Mira Kreska mit ihrer Schwester Gertrud aus Bochum. Anwesend war auch der in Freundlingen geborene und jetzt in Gehlenburg lebende Werner Witoska mit Sohn aus Bochum.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357931, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Neuer Schriftleiter – Viele Jahre hat Alfred Denda als Herausgeber des Ortelsburger Heimatboten hervorragende Arbeit geleistet und in respektablem Maße dazu beigetragen, die Arbeit der KG einer breiten Öffentlichkeit in anspruchsvoller und unterhaltender Weise zugänglich zu machen und für wissenschaftliche Einrichtungen und nachfolgende Generationen zu dokumentieren. Private Gründe zwingen Alfred Denda dazu, sich aus der Arbeit des Schriftleiters zurückzuziehen. Der Kreisvorsitzende Dieter Chilla hat unlängst Detlef Ollesch kommissarisch mit der Aufgabe des Schriftleiters beauftragt. Detlef Ollesch hat unter anderem auch im journalistischen Bereich berufliche Erfahrungen gesammelt. Im Layout unterstützt ihn Alfred Olbrisch. Die Anzahl der Beiträge für den Heimatboten ist in letzter Zeit rückläufig. Vor diesem Hintergrund freut sich der neue Schriftleiter des Heimatboten über Beiträge, die bei ihm eingehen, Texte und Fotos jeder Art sind willkommen: Detlef Ollesch, Kurze Breite 7, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 608672, E-Mail-Adresse: D.Ollesch@Kreisgemeinschaft-Ortelsburg.de



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Vorstandssitzung in Osnabrück – Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit trifft sich am 17. November um 10 Uhr im Osnabrücker Hotel „Kulmbacher Hof". Als einziger Tagesordnungspunkt ist die Vorbereitung des Regionaltreffens der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt und Elchniederung vorgesehen. Dieses wird am 5. Oktober 2013 in Osnabrück stattfinden. Neben der Klärung organisatorischer Fragen sollen erste Aufgabengebiete verteilt werden. Außerdem ist die Besichtigung der Osnabrückhalle (Tagungsort) und einiger Hotels vorgesehen. – **Besuch aus dem Kreis Neman** – Auf Einladung der Stadt Plön besuchte der Verwaltungsleiter des Bezirks Neman, Sergej Woskowschtschuk, mit einer Delegation Einrichtungen in Plön und Umgebung. Neben einer Hofbesichtigung des Gutes Perdoel interessierten sich die Gäste für die Geschäftsstelle des Bauernverbandes, die Kreisfeuerwehrzentrale und das Rathaus in Heikendorf. Selbstverständlich durfte auch die Heimatstube der KG Tilsit-Ragnit in Preetz nicht fehlen. Geschäftsführerin Eva Lüders bewirtete die russischen Gäste, in deren Begleitung sich die Plöner Landrätin Stephanie Ladwig und Kreispräsident Peter Sönnichsen befanden. Der Verwaltungsleiter aus Neman kündigte an, dass Finanzmittel für den Erhalt und die Restauration historischer Gebäude in Neman bereitgestellt werden sollen. Den Abschiedsabend für die russische Delegation gestaltete die Familie Lamp in Schönberg.

Deutscher Orden in Putzig

Zur Eröffnung der Wanderausstellung kam viel Prominenz

Mit reichlich Prominenz wurde die Wanderausstellung „Die Geschichte des Deutschen Ordens von der Gründung bis zur Gegenwart“, die neben einem historischen Abriss die Geschichte der wichtigsten Ordensburgen beschreibt, im Regionalmuseum Putzig (polnisch Puck) eröffnet. Ergänzt wurde der Überblick durch Ausstellungsstücke des Museums mit Bezug auf die vor 550 Jahren geführte Schlacht von Schwetzin im Jahre 1462 und durch die Präsentation einer Ausstellung von Kostümen, Waffen und Utensilien des täglichen Lebens aus der Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts. Bei der Eröffnung begrüßte Museumsdirektor Mirosław Kuklik neben dem Marschall der Woiwodschaft Pommern, Mieceszlaw Struk, auch Dr. Roman Gogan und Bernhard Denga vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die die Wanderausstellung zusammengestellt und den Aufbau durchgeführt hatten. Dazu war eine Delegation aus der Partnerregion Mittelfranken in Bayern unter Führung des Präsidenten des Bezirkstages Mittelfranken, Richard Bartsch, zu Gast, die seit Jahren gute Beziehungen zur

Gute Zusammenarbeit mit Pommern

Woiwodschaft pflegt. Die Mittelfranken hatten unter anderem auch das Museumsdorf Schwolow [Swołowo] in dem die Geschichte und Kultur Pommerns dargestellt wird und das neu gestaltete Museum in Tiefenhagen [Nowy Dwór Gdański], das die Geschichte der Mennoniten zeigt, besucht, um die Zusammenarbeit zu vertiefen und Anregungen für künftige Vorhaben zu sammeln. *mef*



Prominente Gäste: Miroslaw Kuklik (Museumsdirektor), Mieczeslaw Struk (Marschall der Woiwodschaft Pommern), Richard Bartsch (Präsident des Bezirkstages Mittelfranken), Norbert Dünkel (Bezirksrat), Herbert Lindörfer (Bezirksrat) und Bernhard Amend (Direktor der Bezirksverwaltung Mittelfranken), (v.l.n.r.) Bild: mef

Ellingen als Entdeckung

Region Franken empfiehlt einen Ausflug ins Ordensschloss

„Auf nach Ellingen“ heißt es für Inhaber eines „EntdekkerPasses“ der Metropolregion Nürnberg im November: Das Kulturzentrum Ostpreußen im prächtigen Ellinger Deutschordensschloss ist die „Entdeckung des Monats“.

Die Metropolregion Nürnberg hat für Entdecker jedes Alters und jeder Herkunft wahre Freizeitschätze zu bieten. Der „EntdeckerPass“ der Metropolregion ist eine Freizeitkarte, mit der man für einen Festpreis einmal im Jahr zahlreiche Freizeiteinrichtungen kostenfrei oder deutlich ermäßigt nutzen kann. Für 38,50 Euro (Erwachsene) beziehungsweise 19,50 Euro (Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 15 Jahren) fährt man außerdem einen Tag im Kalenderjahr mit der Verkehrsgemeinschaft Großraum Nürnberg (VGN) umsonst und profitiert von weiteren Vergünstigungen bei den „Akzeptanzstellen“ genannten Freizeitpartnern. Erhältlich ist der EntdeckerPass bei vielen Tourist-Infos, Rathäusern und Landratsämtern in der Metropolregion oder ab zwei Pässen online unter www.entdeckerpass.com.

Seit März 2012 bietet jeden Monat ein anderer Freizeitpartner exklusive Zusatzleistungen für EntdeckerPass-Inhaber. Im November ist das Kulturzentrum Ostpreußen als „Entdeckung des Monats“ an der Reihe: Es leistet im Westflügel des barocken Deutschordensschlosses in Ellingen einen wirkungsvollen Beitrag zur Bewahrung und Pflege des ostpreußischen Kulturerbes. Einmalige und seltene Ausstellungsstücke begleiten die Besucher auf ihrer Reise durch das Land zwischen Weichsel und Memel. „Alle EntdeckerPass-Inhaber genießen bei uns vom 1. bis 30. November 2012 nicht nur freien Eintritt, sondern erhalten zudem ein Fläschchen der ostpreußischen Getränkespezialität Bärenfang“, erklärt Wolfgang Freyberg,

Zur Begrüßung wird ostpreußischer Bärenfang gereicht

Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen.

Das Ellinger Deutschordensschloss ist immer für eine Entdekkung gut: Von 1216 bis 1789 war Ellingen Sitz der Ballei Franken des Deutschen Ordens, der barocke Schlossneubau erfolgte Anfang des 18. Jahrhunderts. Heute sind die Deutschordensräume, Intarsienkabinette, die Schlosskirche und die fürstlichen Raumfolgen mit erhaltenen Seiden- und Papiertapeten des frühen 19. Jahrhunderts Höhepunkte für Besucher.

Landrat Gerhard Wägemann, Vorsitzender des Tourismusverband Fränkisches Seenland, freut sich, dass die „Entdeckung des Monats“ im November im Fränkischen Seenland liegt: „Kulturelle Highlights wie das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen gehören in den Wintermonaten zu den Hauptanziehungspunkten unserer Region, gerade für Naherholer aus der Metropolregion Nürnberg. Solch eine Zusammenarbeit mit dem EntdeckerPass ist natürlich sehr gut geeignet, um unsere Region und ihre Sehenswürdigkeiten noch bekannter zu machen.“ *Manfred E. Fritsche*

www.entdeckerpass.com, www.kulturzentrum-ostpreussen.de, www.fraenkisches-seenland.de



Werben für einen Ausflug ins Deutschordensschloss: Der Vorsitzende des Tourismusverbands Fränkisches Seenland, Landrat Gerhard Wägemann und Geschäftsführer Hans-Dieter Niederprüm (v.l.n.r.), was Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen sichtlich erfreut Bild: mef

Auf dem Weg nach Ostpreußen

Die Emigration der Salzburger Protestanten am Beispiel der Ebenroder Familie Heinacher. Das Buch unternimmt den Versuch, die Geschichte der bäuerlichen Familie Heinacher aus Ebenrode (Stallupönen) zu beschreiben. Dabei werden deren Wurzeln im Salzburger Land rückblickend bis ins 15. Jahrhundert und die Wege der damaligen Gutsfamilien Heinacher im 18. Jahrhundert nach Ostpreußen beleuchtet. Protestanten waren es, die auf Druck des Salzburger Erzbischofs das Land der Katholiken verlassen mussten und nach Ostpreußen emigrierten. „Lieber Dornen und Disteln auf meinen Äckern als Protestanten in meinem Lande“ (Erzbischof Firmian).

Das interessante Buch wurde zu Ehren des ehemaligen Kreisvertreters (1988 – 2004) der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) Paul Heinacher anlässlich seines 80. Geburtstages von seinem Sohn Dr. Peter Heinacher im Jahre 2005 herausgegeben und wurde von Julian Schreibmüller bearbeitet, als dieser an der Universität Salzburg studierte.

Allen geschichtsinteressierten ostpreußischen Landsleuten und natürlich den Ebenrodern ist dieses Buch mit seinen 164 Seiten zu empfehlen und kann bestellt werden bei

Rita Heinacher, Lindenstraße 14, 21266 Jesteburg, Telefon (04183) 2274, Preis 19,90 Euro einschließlich Versandkosten.

männliches Rind, Bulle · Abendständchen · Religionslehre · realistisch, authentisch · Ältestenrat · Lästerer, Zyniker · Bestie · Zimmerwinkel · Hauptstadt von Simbabwe · umwandeln, variieren · Nachtvogel · Stimmzettelbehälter · student. Organisation (Abk.) · übertrieben, äußerst · Abschiedsgruß · Boxhieb (engl.) · stehendes Gewässer (Gebirge) · Baustoff · kastrierter Masthahn · nagender Kummer · unberührte Landschaft · Wohnzins · Handwerker, Keramiker · modisch schick · Haarwuchs im Gesicht · Singstimme · Wanderhirt · englische Prinzessin · Zirkusarena · hypnotischer Schlaf · Bodenfläche, Gelände · schottischer Namensteil · Früchte · Selbstlaut · Kartenspiel · Unterlage; Bodenbelag · chem. Element, Schwermetall · ein Bewohner einer ital. Stadt · eine der Nordfriesischen Inseln · nur geistig vorhanden · heftig tadeln · schöpferisches Gestalten · Lastenheber · gesetzlich · Kreditwürdigkeit · portugies. Insel (Wein) · Sittenlehre · Abkürzung für vor allem · Vorname Strawinskys · Krankenhaus · israelitischer König · rasseln, knarren · Verkehrsstockung · Klettereidechse · islam. Glaubensbuch · Wassersportart · einkreisen, umzingeln · Staat in Südeuropa · Segel am hintersten Mast · enthaltsam lebender Mensch · Geschwindigkeit · gepflegt, sauber; hübsch · Textbuch für Opern · Gebälkträger (Baukunst) · Sagenkönigin von Sparta · Frau Jakobs im A. T. · tiefes Bedauern · Durchsichtsbild (Kzw.) · weibliches Bühnenfach · Frauenliebling (französisch) · kurzer, breitköpfiger Nagel · kleines Lasttier · Postwertzeichen · sportliches Jackett · Fluss zum Don · Schussgeräusch · belgische Stadt · schmieren, fetten · Preisabzug · Binnenstaat in Westafrika · Projektionsfläche (Film) · Brühe, Abgekochtes · auf sich zu · Vorbedeutung · Lebenshauch · franz. weiblicher Artikel · Schafjunges · mischend verfälschen, verdünnen · Weißfisch, Karpfenfisch · engl.-amerik. Komiker (Stan) · Südasiat · Endpunkt · ital. Barockmaler (Guido)

PAZ12_45

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Anorak, 2. Knebel, 3. Waggon, 4. Greene, 5. Blabla, 6. Norden – Angeln, Kegeln

Kreiskette: 1. Fatzke, 2. Matzen, 3. Morion, 4. Grimma, 5. Panama – Fata Morgana

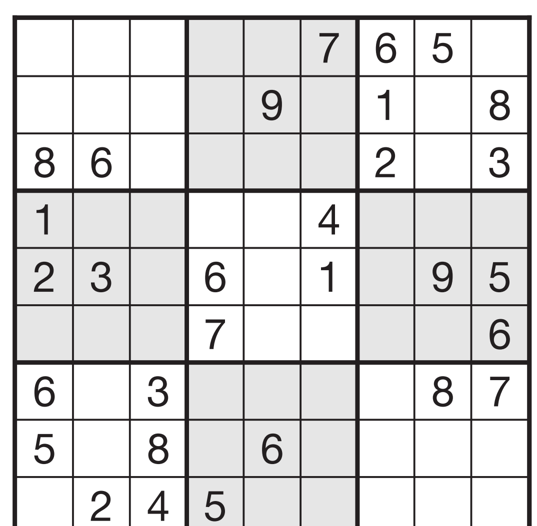
Sudoku:

Sudoku

					7	6	5	
				9		1		8
8	6					2		3
1					4			
2	3		6		1		9	5
			7					6
6		3					8	7
5		8		6				
	2	4	5					

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



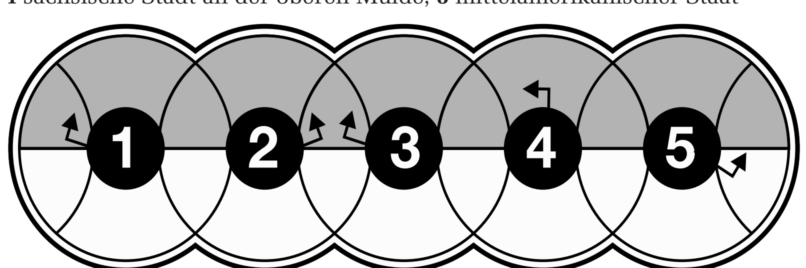
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Freizeitbeschäftigungen.

1 Windjacke
2 Mundfessel
3 Eisenbahn-, Güterwagen
4 englischer Autor (Graham)
5 leeres Gerede (ugs.)
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Luftspiegelung.

1 eitler Mensch (ugs.), **2** Passahbrot, **3** schwarzer Bergkristall, Rauchquarz, **4** sächsische Stadt an der oberen Mulde, **6** mittelamerikanischer Staat



Beschlüsse, Entschlossenheit und eine Ehrung

Ostpreußische Landesvertretung tagte in Bad Pyrmont und verlieh den Kulturpreis für Wissenschaft 2012

Die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) ist die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und deren oberstes Beschlussorgan, das für grundsätzliche Entscheidungen und die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes zuständig ist. Politisch gesehen nimmt sie die Rolle eines Exilparlaments der vertriebenen Ostpreußen wahr. Nachdem die OLV im vergangenen Jahr grundlegende und wegweisende Leitlinien und Resolutionen verabschiedet hatte, standen bei der Versammlung am vergangenen Wochenende im Ostheim in Bad Pyrmont überwiegend Routineangelegenheiten wie die Entgegennahme der Berichte, die Entlastung des Vorstandes und die Verabschiedung des Haushaltsplans auf der Tagesordnung.

In seinem Tätigkeitsbericht informierte Stephan Grigat, Sprecher der LO, die Delegierten über seine zahlreichen Gespräche mit Politikern, Gremien, Vertretern von Institutionen und Verwaltungen hierzulande und in der Heimat. Ein weiteres Thema seines Berichts war seine Tätigkeit im Beirat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Zudem berichtete er über die erfolgreiche Durchführung des Deutsch-Russischen Forums in Königsberg und des Sommerfestes der LO in Allenstein. Beide Veranstaltungen seien, so Grigat, mittlerweile als feste Größen etabliert.

Sein Bericht wurde, ebenso wie die Berichte des Bundesgeschäftsführers, des Chefredakteurs der *PAZ*, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, des Referats Heimatpolitik der LO, des Bundes Junges Ostpreußen sowie des Jahresberichts und der Jahresrechnung des Schatzmeisters nach kurzer Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen. Danach war die Entlastung des Vorstandes nur noch eine Formsache. Auch der Haushaltsplan für 2013 wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Nahezu einstimmig wurde auch die Aufnahme der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise als korporatives Mitglied der OLV beschlossen. Die diesjährige OLV war durch einen harmonischen Verlauf, sachliche Diskussionen und große Geschlossenheit bei den Abstimmungen gekennzeichnet.

Abschluss und Höhepunkt der OLV bildete die Verleihung des Kulturpreises für Wissenschaft der Landsmannschaft Ostpreußen an den Publizisten Gerd Schultze-Rhonhof. Die Laudatio (siehe unten) auf den Preisträger hielt Wilhelm von Gottberg, Alt-Sprecher der LO. Darin ließ er das Leben und insbesondere die beeindruckende militärische Karriere Schultze-Rhonhofs Revue passieren, bevor er dessen Verdienste um die unvoreingenommene und wahrheitsgemäße Aufarbeitung der Vorgeschichte und der Ursachen des Zweiten Weltkrieges würdigte.



LO-Sprecher Stephan Grigat (re.) übergibt den Kulturpreis an Gerd Schultze-Rhonhof

In seiner Dankesrede berichtete Schultze-Rhonhof seinem gebannt lauschenden Publikum zunächst über seine neuesten Erkenntnisse zu diesem Thema. So fand er heraus, dass der US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der französische Premierminister Édouard Daladier die Eskalation, die schließlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geführt habe, bewusst angeschoben hätten.

Den Schwerpunkt seiner Ausführungen legte der Kulturpreisträger auf seine Gedanken zur deutschen Geschichtsschreibung nach 1945. Er kritisierte, dass sich die deutsche Historiographie und Geschichtspolitik nach Kräften bemühten, anhand der Zeitgeschichte zu belegen, dass aus deutscher Souveränität und Macht sowie aus der Unabhängigkeit eines nationalen deutschen Parlaments nur Unheil erwachsen könne. Dies habe mit der Geschichtsschreibung der Sieger im Urteilstext des Nürnberger Prozesses begonnen. Damit und mit der Umerziehung durch die Siegermächte sei der Grundstein gelegt worden, deutsche Erinnerungen zu verändern oder zu löschen. In Anlehnung an Clausewitz stellte Schultze-Rhonhof fest: „Die Geschichtsschreibung ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.“ Schon lange seien, so Schultze-Rhonhof weiter, an die Stelle unvoreingenommener Geschichtswissenschaft die übertriebenen selbstkritische Forschung zur Aufdeckung deutscher Missetaten und das Anlegen unterschiedlicher Maßstäbe bei der Bewertung des Handelns von Siegern und Besiegten getreten. Mit Hilfe dieses ausgetauschten Geschichtsbewusstseins seien die Deutschen inzwischen weitgehend entwurzelt und entnationalisiert, so sein Resümee. Seine Hoffnung setzt Schultze-Rhonhof jetzt auf eine junge, neue Historikergeneration, die sich eines Tages von der alten emanzipieren und nach der Wahrheit suchen werde.

Dass Schultze-Rhonhof mit seiner unerschrocken gegen alle Widerstände vertretenen Position und seinen klaren Worten den Nerv seiner Zuhörer getroffen hatte, bewies der anhaltende Beifall, mit dem sie ihm für seine Ausführungen dankten. *Jan Heitmann*

Hoffnungsträger für nachwachsende Generationen

Laudatio auf Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof – Von Wilhelm von Gottberg

Gerd Schultze-Rhonhof wurde am 26. Mai 1939 in Weimar geboren. Er machte in Bonn Abitur und trat 1959 in die Bundeswehr ein. Er wurde Berufsoffizier. Sein militärischer Berufsweg ist beeindruckend. Der Thüringer diente in der Panzertruppe. Eine sechsmonatige Studienreise führte ihn in das südliche Afrika. Er durchlief die Generalstabsausbildung der Bundeswehr und fand Verwendung als Generalstäbler bei der Nato, im Bundesverteidigungsministerium und bei der Truppe. 1985 wurde Schultze-Rhonhof zum Brigadegeneral und 1991 zum Generalmajor befördert. Er war Lehrgangsleiter an der Bundeswehrführungsakademie, Kommandeur einer Panzergrenadierbrigade und zweier Panzerdivisionen. Zuletzt war er Befehlshaber im Wehrbereich Niedersachsen/Bremen. 1996 schied Schultze-Rhonhof nach 37 Jahren aus dem aktiven Dienst aus.

Nicht minder beeindruckend ist die Leistung unseres Preisträgers als Publizist nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst der Bundeswehr. Schon 1997 legte er sein Buch „Wozu noch tapfer sein“ vor. In diesem Werk berichtet Schultze-Rhonhof über seine Erfahrungen als Soldat und Offizier in fast vier Jahrzehnten. Er scheute sich nicht, Missstände und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft anzusprechen und zu kritisieren, soweit diese im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Bundeswehr und dem Dienst des Einzelnen in der Truppe von Bedeutung sind.

Hervorgehoben werden muss, dass der gebürtige Weimarer nicht erst deutliche Worte nach seiner Pensionierung fand. Schon als Truppenführer meldete er sich zu Wort, wenn es das Wohl seiner ihm anvertrauten Soldaten erforderte. So nahm er öffentlich Stellung gegen die weitere Verkürzung des Grundwehrdienstes. Die Soldaten der Bundeswehr können bei einem einjährigen Grundwehrdienst kaum die Leistungsstärke erreichen, die die Soldaten der Bündnispartner durch eine längere Dienstzeit erwerben. Bei internationalen Einsätzen und Militärwettkämpfen wäre das ein Nachteil, der sich etwa ebenso auswirke, als wenn man zu einem Radrennen mit einem platten Reifen antrete. Die Nichtbeanstandung des unsagbar diffamierenden Vorwurfs „Soldaten sind Mörder“ durch das Bundesverfassungsgericht hat er deutlich kritisiert, so wie ihm das seine Fürsorge für die anbefohlenen Soldaten gebot.

Das Werk „Wozu noch tapfer sein“ gliedert sich in sieben Kapitel: 1. Warum noch Soldat sein, 2. Soldat für Europa, 3. Die allgemeine Wehrpflicht, 4. Mörder und unmoralische Menschen, 5. Anständig bleiben in schwerer Zeit, 6. Eid und Gewissen, 7. Wert und Tugend. Wie ein roter Faden wird in allen Kapiteln eine Ethik des Soldatenberufs sichtbar, die unbestritten in den früheren militärischen Verbänden Deutschlands beste Tradition war. Ich denke hier an die deutschen Verbände in den Befreiungskriegen, die kaiserliche Armee, die Reichswehr, die Wehrmacht und die Bundeswehr. Es ist nicht entscheidend, wenn diese Ethik nicht bei allen Gemeingut ist, aber entscheidend ist, dass die Grundsätze dieser Ethik von den Meinungsbildnern in Staat und Gesellschaft uneingeschränkt beachtet und hoch gehalten werden. Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof schreibt am Schluss seines Buches „Wozu noch tapfer sein“: „Wir sind heute der Auffassung, dass der Soldateneid ein gegenseitiges Treueverhältnis begründet, dass sowohl der Eidgeber wie der Eidnehmer brechen kann. So wie es Hitler tat. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesverfassungsgericht, hat ihre Treuepflicht gegenüber den Soldaten grob verletzt und damit das gegenseitige Treueverhältnis zu den Soldaten von sich aus aufgelöst. Bundespräsident und Bundeskanzler schwören in ihrem Amtseid Gerechtigkeit gegenüber Jedermann zu üben. Soldaten, deren Diffamierung als Mörder de facto strafrechtlich nicht mehr verfolgt werden kann, erfahren keine Gerechtigkeit. Hier ist der Staat untreu gegenüber den Soldaten.“

Mit dem Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ hat Gerd Schultze-Rhonhof 2003 ein umfangreiches wissenschaftliches Gesamtwerk zur Vorgeschichte und bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vorgelegt. Der Inhalt dieses Buches gibt Anlass, die Schuld am Zweiten Weltkrieg neu zu bewerten. Es ist ein bitteres Armutszeugnis für die gesamte deutsche Historikerzunft, dass von ihr ein vergleichbares sauber recherchiertes Fachbuch – basierend auf internationalen Quellen und den Memoiren von dutzenden Politikgrößen der damaligen Zeit – nicht vorgelegt wurde. Beschämend, dass namhafte deutsche Historiker und fast die gesamte politische Klasse Deutschlands zum Autor und seinem Werk auf Distanz gingen, als „Der Krieg der viele Väter hatte“ vorgelegt wurde. Umstritten, revisionistisch, Bedienung rechtsextremistischer Klischees sind noch sehr harmlose Bewertungen. Unangenehmer die Diffamierung des Autors durch die Gruppen vom äußeren linken Rand im Internet und die Mobilisierung der Straße bei Vortragsveranstaltungen mit dem Autor. Das führte in Einzelfällen dazu, dass Veranstaltungen abgebrochen werden mussten oder angemessene Vortragsräume nicht zur Verfügung gestellt wurden. Dies ist Realität im angeblich freiesten Deutschland aller Zeiten.

> Mit seinen Veröffentlichungen
> hat der Preisträger
> dem Zeitgeist mutig Paroli geboten

Unser Preisträger hat – wie übrigens andere vor und nach ihm auch – erfahren, dass der Schutz der persönlichen Ehre heute keinen Stellenwert mehr in der Bundesrepublik hat. Unter Verweis auf Artikel 5 GG – freie Meinungsäußerung – wird heute dieses Grundrecht in Teilbereichen zur Verleumdungs- und Diffamierungsfreiheit missbraucht. Wenn es aber um Tabuthemen in unserem Staat geht – eines dieser Tabuthemen ist zum Beispiel die uns von den Siegern des Zweiten Weltkrieges oktroyierte Sichtweise über die deutsche Kriegsschuld – dann gibt es das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht. Jeder, der sich hier nicht politisch korrekt verhält, wird stigmatisiert, heruntergemacht.

Ein flüchtiger Blick auf die Wikipediaseite des Preisträgers gibt Auskunft. Da heißt es unter anderem: „Schultze-Rhonhof ist ein ehemaliger Generalmajor der Bundeswehr und geschichtsrevisionistischer Autor.“ Revisionistisch ist eindeutig negativ besetzt. Revisionisten stehen in der rechten Ecke. Folgerichtig heißt es dann auch an anderer Stelle der Wikipediaseite: „Im Mai 2006 trat er gemeinsam mit den umstrittenen Historikern Stefan Scheil und Walter Post auf einer Tagung mit dem rechtsextremistisch eingestuften Verleger Wigbert Grabert auf.“ Im weiteren Text der Wikipediaseite heißt es zu den benutzten Quellen für den Inhalt des Buches: „Hier überwiegen revisionistische und rechtsextreme Autoren, ... Schultze-Rhonhof blendet in seiner Arbeit die geschichtswissenschaftliche Standardliteratur zum Ausbruch des Zeiten Weltkrieges aus.“ Eine dreiste Unwahrheit.

Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte. Wenn man die Vorgeschichte zum Zweiten Weltkrieg berücksichtigt, insbesondere die Vertragswerke von Versailles und St. Germain und dann die Eskalation vor dem Kriegsausbruch 1939 nachvollzieht, wird deutlich, dass der Zweite Weltkrieg viele Väter hatte. Das belegt der Autor mit seiner hier in Rede stehenden Veröffentlichung. Dabei redet er den deutschen Beitrag zum Kriegsausbruch keineswegs klein. Gleichwohl bleibt Fakt: Polen wollte den Krieg. Das Land war im Sommer 1939 von einer starken Kriegseuphorie erfasst, die von der politischen Klasse des Landes immer wieder neu befeuert wurde. Polen war im Sommer 1939 militärisch hoch mobilisiert. Wer von einem Überfall Deutschlands auf Polen und von der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg spricht, ignoriert diese Fakten.

Der Vollständigkeit halber muss eine weitere Veröffentlichung unseres Preisträgers genannt werden. Das Buch mit dem Titel „Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939“ wurde von ihm 2008 vorgelegt. Es beinhaltet die Errichtung und den Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg.

Gerd Schultze-Rhonhof hat mit seinen Veröffentlichungen mutig dem Zeitgeist Paroli geboten. Er wendet sich gegen Denkverbote, wo immer sie errichtet werden. Es zeichnet ihn aus, dass er zur seinen Überzeugungen steht. Dies wurde auch deutlich bei seinem Austritt aus der evangelischen Kirche, den er vollzog, als Bischof Huber als EKD-Ratspräsident forderte, Martin Hohmann aus der CDU-Bundestagsfraktion auszuschließen. Sein Austritt aus der Kirche bedeutete für ihn keinesfalls einen Statuswechsel als gläubiger Protestant.

Von Henning von Tresckow stammt das Wort, „der ethische Wert eines Menschen beginnt, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben einzusetzen“. Dieses Wort gilt zeitgemäß abgewandelt auch für unseren Preisträger. Der ethische Wert eines Menschen ist gegeben, wenn er bereit ist, für seine Überzeugungen Nachteile bis hin zu Diffamierungen hinzunehmen. Diese Diffamierung kann bis zur Vernichtung der materiellen Existenz gehen. Das Wort Tresckows ist biblischen Ursprungs: „Seid standhaft, und ihr werdet euer Leben gewinnen“, Lukas 21,19. Wir finden es auch abgewandelt am Ausgang des 18. Jahrhunderts in der Weimarer Klassik: „Und setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.“

Er ist mit seinen Veröffentlichungen zu einem Hoffnungsträger für die nachwachsenden Generationen in Deutschland geworden. Es wird – wann auch immer – ein Ende haben mit der Pariarolle Deutschlands in der Völkergemeinschaft im 20. Jahrhundert. Dazu hat der Autor einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Landsmannschaft Ostpreußen ehrt Gerd Schultze-Rhonhof für seine Veröffentlichungen mit der Verleihung des diesjährigen Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft. Wir ehren eine untadelige Persönlichkeit, die vorbildlich dem deutschen Volk als Soldat und Publizist gedient hat. Er hat sich um Deutschland, um unser gemeinsames Vaterland, verdient gemacht.

Dolce Vita im Rentnerparadies

Bad Krozingen hat die höchste Seniorendichte Deutschlands: Dank Wohlfühlklima, Sonne satt und stufenlosen »Rollator-Wegen«

Nach der Vertreibung siedelten sich viele Ostpreußen in Bad Krozingen an. In dem zur Heimat geografisch diametral entgegengesetzten Kurort am äußersten Südwestzipfel Deutschland fanden sie Ruhe und Frieden. Mittlerweile ist jeder Zweite über 70 Jahre. Der frühere Bundespräsident Walter Scheel (93) ist der wohl Prominenteste von über 3000 Ruheständlern, die in dem 17 000 Einwohner zählenden Ort einen sorgenfeien Lebensabend genießen.

Der idyllische, südlich von Freiburg im Markgräflerland gelegene Flecken entwickelt sich immer mehr zu Deutschlands Seniorenparadies Nummer eins. Eine nie versiegende Thermalquelle im weitläufigen Kurpark sorgt für Lebenslust und nachhaltiges Wohlbefinden.

Laut Bürgermeister Ekkehart Meroth schätzen die Senioren an seiner Stadt, dass sie ruhig, sauber und frei von Wandschmierereien ist. „Die älteren Menschen lieben es hier, weil es sowohl das abwechslungsreiche Leben einer Großstadt wie auch das gemütliche, nicht hektische Dasein einer Kleinstadt bietet“, so Meroth. Viele Freizeitmöglichkeiten und diverse Kurorchester auf der einen, wenig Kriminalität und reichlich Natur auf der anderen Seite seien die Pluspunkte des Kurorts.

Bad Krozingen wirbt nicht nur mit der 1911 erschlossenen und bis 36 Grad warmen kohlestoffreichsten Quelle der Welt, sondern punktet zudem mit seiner traumhaften Lage am Fuße des Südschwarzwaldes, dem durchgehend milden Klima und strahlendem Sonnenschein. Einige behaupten sogar, es gäbe hier die meisten Sonnenstunden der Republik.

„Schon in der Jungsteinzeit war unsere Gegend besiedelt“, berichtet eine Alteingesessene stolz. „Kelten und Merowinger ließen sich hier nieder. Und auch die Römer fühlten sich in unserer Region wohl – speziell wegen des Klimas und der heißen Quellen. Ihr Motto: Ubi bene, ibi patria. Wo es mir gut geht, da bin ich zu Hause.“

Die Präsenz der römischen Eroberer, die Mitte des ersten nachchristlichen Jahrhunderts in das Gebiet eindrangen, bezeugen Reste eines Straßendorfes, Teile von Brennöfen und Töpfereien sowie ein römischer Brunnen. Viele Gründe, wie die Stadtväter betonen, einer wachsenden Zahl von Senioren aus anderen Bundesländern einen dauerhaften Aufenthalt in ihrem Bad schmackhaft zu machen. Nachdem die klassische Kur (auf Krankenschein) praktisch tot ist und jüngere Menschen zur Behandlung von Leiden und Wehwehchen gern ins südliche Europa ausweichen, wird es immer wichtiger, viele zahlungskräftige „Best-Ager“ in den Ort zu locken.

Rundumversorgung: 300 Ärzte kümmern sich um 3000 Rentner

Die Bedingungen im Breisgau sind besonders für ältere und pflegebedürftige Menschen jedes Alters ideal. Rund um die berühmte Thermalquelle entwickelte sich schon vor Jahrzehnten eine Lebenswelt vom Feinsten. Hotels, Rehakliniken, Senioren- und Ferienwohnungen, 13 Hospitäler und 300 Ärzte sowie Freizeiteinrichtungen lassen an Komfort nichts zu wünschen übrig.



Beim Wandern in den Weinbergen trifft Amors Pfeil oft auch Ältere — Bild: Kur und Bäder GmbH Bad Krozingen

Ein weiteres Plus, das für einen Daueraufenthalt in Bad Krozingen spricht: Gehbehinderte durchqueren den Ort im Rollator, ohne dass sie auch nur eine Stufe stört. Auf dem Weg liegen Apotheken, Praxen von Internisten, Augenärzten und Orthopäden. Das berühmte Herzzentrum im Norden ist ebenso leicht zu erreichen wie die Theresienklinik im Süden. Aber auch das Vergnügen kommt nicht zu kurz. Am Abend lädt Bad Krozingen zum Tanztee und zu Konzerten in den Schloss- und Kurpark. Mehr geht nicht.

Auf ihren Lorbeeren ausruhen wollen sich die Verantwortlichen des Krozinger Kurbetriebes aber nicht. Die „Globetrotter“-Wünsche rund um den Kurpark – so zum Beispiel das japanische Ruhehaus, das Vita Classica Saunaparadies mit seinem rituellen Klangschalen-Aufguss oder das „Tausendundeine Nacht Wohlfühlerlebnis auf Aladins Spuren“ im traditionellen Hamam – sind zwar Renner, aber nur bedingt zukunftsfähig. Man weiß, dass das Leben der heute hier ansässigen Senioren nicht unendlich ist. „Wir müssen uns daher Gedanken machen, wie wir auch jüngere Menschen für Bad Krozingen gewinnen können“, lautet die realistische Einschätzung der Stadtväter. An Lösungen wird zurzeit intensiv gearbeitet.

Derweil lassen es sich jene, die sich für das „kleine Paradies“ im Schatten der mächtigen Tannen des Schwarzwaldes entschieden haben, gut gehen. Das jung gebliebene Ehepaar aus Hamburg – beide um die 70 Jahre – ist immer noch ihrem Arzt dankbar, der ihnen vor Jahren den Umzug in den Südwesten Deutschlands empfahl.

„Angefangen haben wir mit einer Ferienwohnung“, sagt eine 71-jährige Seniorin. Und als ihr Mann pensioniert wurde, habe sie nichts mehr in der lauten Stadt gehalten. Im Übrigen müsse man auch hier nicht auf Kunst und Kultur verzichten. Freiburg, eine der schönsten Städte Deutschlands, sei ja nur einen Steinwurf entfernt, Colmar und Mühlhausen ganz in der Nähe.

„Vergessen Sie Florida“, rät ein drahtiger alter Herr aus Berlin, der jahrelang im „Sunshine State“ Florida zugebracht hat. Charlotte County, der zwischen Fort Myers und Sarasota gelegene Verwaltungsbezirk an der Golfküste Floridas, befindet sich seit Jahrzehnten fest in der Hand von US-Senioren. Hier lebt die älteste Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Durchschnittsalter 54 Jahre.

In Bad Krozingen sei die Atmosphäre viel entspannter, sagt er. Zudem weiß er auch die erstklassigen medizinischen Therapie- und Freizeitangebote zu schätzen. Im Augenblick nimmt er regelmäßig am „Mental Coaching – innerer Inspektion für Balance, Harmonie und Wohlbefinden“ teil. Ein Jungbrunnen, in dem er seine innere und äußere Spannkraft wiederfindet. Dass Floridas Rentnerparadies unter Palmen von bösen Zungen als „Gottes Wartezimmer“ bezeichnet wird, wundert ihn nicht. Aber davon sei das beschauliche Krozingen nun wirklich meilenweit entfernt.

Wie ihm geht es vielen älteren Menschen. Bürgermeister Meroth bestätigt: „Wer hierher zieht, fühlt sich auf Anhieb zu Hause und will gar nicht mehr zurück.“

Uta Buhr

Das Mannequin unter den Models

Zeitlose Schönheit mit 81 Jahren: Laufsteg-Queen Carmen Dell'Orefice immer noch aktiv

Obwohl sie genauso groß und schlank ist wie die anderen Modells, die bei der diesjährigen New Yorker Fashion Week die Mode der US-amerikanischen Designerin Norisol Ferrari präsentierten, galt die Aufmerksamkeit der Medien ihr: Carmen Dell'Orefice, das wohl dienstälteste Model der Welt.

Die Amerikanerin fällt eben auf mit ihrem schlohweißen Haar, den Posen und tänzelnden Schritten, die sie sich erlaubte, obwohl diese doch heute auf den Laufstegen der Welt absolut verpönt sind.

Aber Carmen Dell'Orefice darf das. Die 81-Jährige arbeitet bereits seit ihrem 14. Lebensjahr als Mannequin, wie die Models früher hießen. Seitdem haben sich die Trends oft geändert und auch wenn Dell'Orefices Neigung zu Posen noch aus einer anderen Zeit stammt, so schmückt auch heute noch hin und wieder der ein oder andere Designer seine aktuelle Modenschau mit der Grande Dame.

Wobei das Fotomodell Dell'Orefice durchaus selber weiß, dass Laufstege nicht ganz ihr Metier sind. Und wenn man ehrlich ist, so wirken ihre Posen schon ein wenig hölzern, zuweilen sogar albern. Aber man verzeiht es ihr und das nicht nur wegen ihres Alters, denn die 1931 in New York Geborene strahlt etwas aus, das einem das Gefühl gibt, lebendige Geschichte vor sich zu haben. Und wenn die mit Silikon und anderen Hilfsmitteln äußerlich ein wenig verjüngte Seniorin über ihr Leben erzählt, dann berichtet sie von Zeiten, die viele heutzutage höchstens nur noch aus Romanen und Filmen kennen.

Carmen Dell'Orefice ist die Tochter eines italienischen Violinisten und einer Ungarin. Die Eltern, die in den USA ihr Glück suchten, merkten jedoch schnell, dass sie es nicht gemeinsam finden würden, und der Vater ging seiner eigenen Wege. Selbst die Mutter brachte die Tochter des Öfteren bei Bekannten und Pflegeeltern unter. 1942 nahm sie Carmen dann aber ganz zu sich. Doch auch diese Zeit war keineswegs leicht.

Zweimal Dell'Orefice: Bei der New Yorker Fashion Week und vor 66 Jahren als Covermodel für die „Vogue“ — Bild: Archiv/Vogue

„Ich hatte eine sehr bodenständige Kindheit. Ich war allein mit meiner Mutter, wir waren arm und hatten oft Hunger. Mir war früh klar, was die Wirklichkeit von mir verlangt – was ich zu tun habe, wenn ich durchkommen will“, erzählt Dell'Orefice.

Allerdings währte die Zweisamkeit nicht lange. Denn auf einer Busfahrt zu ihrer Tanzschule – die kleine Carmen wollte Ballerina werden – bemerkte die Ehefrau des damals berühmten Fotografen Herman Landschoff das schlanke, fast dürre Mädchen. Da starke Knochenschmerzen nach einem rheumatischen Fieber Carmen das Tanzen im Grunde unmöglich machten, ergriff sie das Angebot, sich fotografieren zu lassen.

Die Mode-Branche war von dem Mädchen offenbar fasziniert, denn bereits 1947 war das Kind aus ärmsten Verhältnissen auf dem Titelbild der „Vogue“. Doch das bedeutete damals keinesfalls Reichtum. 7,50 Dollar bis 30 Dollar pro Stunde verdienten in den späten 40er und frühen 50er Jahren selbst bekanntere Models.

Allerdings kamen auch bessere Zeiten, und Carmen Dell'Orefice, die nach einigen Jahren Pause wegen der Geburt ihrer Tochter wieder arbeitete, verdiente offenbar ganz gut, jedenfalls genug, um es dem Finanzmakler Bernie Madoff anzuvertrauen. Da jeder inzwischen weiß, dass Madoff ein Finanzbetrüger war, erklärt sich auch, warum Dell'Orefice auch mit über 80 Jahren noch arbeitet.

Doch nach außen hin nimmt sie es gelassen. Auf ihre Erfahrungen mit Madoff hin befragt, sagte sie in einem Interview: „Es ist wie in einer Ehe – man versucht es mit aller Kraft und Leidenschaft und mit den besten Absichten, und wenn es schiefgeht, lernt man wieder was dazu.“

Da das Modell dreimal verheiratet war – alle Ehen scheiterten und vor der vierten Heirat verstarb ihr Verlobter –, weiß sie, wovon sie redet. Und Dell'Orefice hatte nicht nur mehrere Ehemänner, sie hatte auch viele Geliebte und versorgte viele Jahrzehnte lang so ungewollt die Klatschpresse mit Geschichten.

Auch derzeit hat sie einen Mann an ihrer Seite, denn „es reicht, dass ich auf einiges verzichten muss im Alter – auf die Liebe verzichte ich aber nicht“, so das älteste Modell der Welt.

Rebecca Bellano

Süßer Sündenfall

Schnell noch die letzten Äpfel einsammeln

Dieser Geruch tut Schillern wohl und er kann ohne ihn nicht leben und arbeiten“, soll Schillers Ehefrau Charlotte zu Goethe gesagt haben, der am Schreibtisch seines Dichterfreundes auf ihn wartete. Der Faulgeruch war dem Dichterfürsten in die Nase gestiegen. Ein Blick in die „Schieblade“ brachte es an den Tag. Da rotteten unzählige Äpfel vor sich hin.

Schiller brauchte diese, um in Schreibstimmung zu kommen. Außer dass Äpfel die Kreativität stimulieren, sind sie auch ein wahres Kraftpaket: Mehr als 30 Mineralstoffe, Spurenelemente und Vitamine stärken das Immunsystem. Als Durstlöscher eignet sich der „malus“, wie er lateinisch heißt, ebenfalls. Unglaublich, dass man diese Köstlichkeit so bezeichnete. Denn „malus“ steht für „schlecht, böse“. Zurück geht das auf Adams und Evas Vertreibung aus dem Paradies, deren Ursache ja die Verführung mit einem Apfel war.

Wir Deutschen sind die größten Apfelfanatiker in Europa. Jeder von uns verspeist jährlich im Durchschnitt 20 Kilogramm. Die Hälfte des Jahresverbrauchs, zirka 900 000 Tonnen, kommt dabei aus dem heimischen Anbau wie dem „Alten Land“ bei Hamburg, der Bodenseeregion und Sachsen-Anhalt. Der Rest wird importiert.

Ursprünglich stammte der Apfel aus Zentral- und Westasien. Der Name der Stadt Almaty, früher Alma-Ata in Kasachstan, bedeutet „Stadt der Äpfel“. Dort wuchsen bereits vor 10 000 Jahren die Früchte, die dem Ort seinen Namen gaben. Der damalige Apfel war klein, holzig, sauer und hatte viele Kerne. Man nannte ihn Holzapfel. Er gelangte durch Mönche und Händler zu den Griechen und Römern. Diese veredelten das Obst zu den Früchten, die wir heute kennen.

Sehr schnell fand er auch seinen Platz in der Mythologie. Schon im griechischen Mythos warf Eris, die Göttin der Zwietracht, den Apfel mit der Aufschrift „der Schönsten“ unter die Hochzeitsgäste. Das Urteil des Paris, wem der Apfel zustand, führte dann zum Trojanischen Krieg. Der Begriff des „Zankapfels“ war geboren.

Durch römische Eroberungszüge drang der Apfel in nördliche Regionen vor. Schon im ersten Jahrhundert nach Christus bauten Germanen und Kelten die Bäume an. Herrscher hielten zum Zeichen ihrer Macht einen Reichsapfel in der Hand. In unserer Sprache hat die Frucht in viele Redewendungen Platz gefunden: Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, jemanden veräppeln, in den sauren Apfel beißen und so weiter.

Und zu welchen dichterischen Ergüssen brachte das Früchtchen erst Schiller? „Der Apfel ist gefallen“, heißt es in „Wilhelm Tell“. Genau das können wir jetzt beim Herbstspaziergang feststellen, wenn wir die letzten Äpfel vom Boden aufsammeln. Und womit hätte Schiller heute geschrieben? Ganz klar: Mit einem „Apple“.

Silvia Friedrich



Bonhoeffers Verlobte

Die Vita Maria von Wedemeyers

Lang ist die Liste der Veröffentlichungen über den am 9. April 1945 im KZ Flossenburg ermordeten Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer und seine Gefängnis-Theologie. Erst seit dem Erscheinen des Briefwechsels „Brautbriefe Zelle 92 – Dietrich Bonhoeffer / Maria von Wedemeyer 1943–1945“ im Jahre 1992 richtete sich das Interesse der Forscher und Autoren auch auf Maria von Wedemeyer, Bonhoeffers Verlobte. Der von Ulrich Kabitz und Ruth-Maria von Bismarck, Maria von Wedemeyers Schwester, herausgegebene Briefwechsel zwischen dem inhaftierten Theologen und seiner 18 Jahre jüngeren Braut wurde anschließend mehrfach aufgelegt. Er ist ein beeindruckendes Zeugnis einer großen, unerfüllt gebliebenen Liebe. 2006 erschien anlässlich des 100. Geburtstags von Dietrich Bonhoeffer eine Doppelbiografie über ihn und Maria von Wedemeyer. Der 1944 geborene Theologe, Autor und ehemalige „Spiegel“-Journalist Wolfgang Seehaber hat sich durch seine langjährige Beschäftigung mit der Persönlichkeit und Theologie Dietrich Bonhoeffers ebenfalls eingehend mit der pommerschen Adeligen Maria von Wedemeyer befasst. Sein neues Buch mit dem Titel „Maria von Wedemeyer. Bonhoeffers Verlobte. Ein Lebensbild“ ist eine ergreifende, glänzend erzählte personen- und zeitgeschichtliche Darstellung. Sie umfasst im Wesentlichen drei Jahrzehnte bis zur Ermordung Bonhoeffers. Maria von Wedemeyers weiterer Lebensweg, der sie 1958 als Stipendiatin zum Mathematikstudium in die USA führte, wo sie später als Computerspezialistin tätig war, wird auf weniger als 50 Seiten nacherzählt. 1924 wurde Maria Friederike von Wedemeyer auf dem pommerschen Gut Pätzig in der Neumark als Tochter des aus Ostpreußen stammenden Großgrundbesitzers Hans von Wedemeyer und seiner Ehefrau Ruth geboren. Ihren Vater und die Großmutter mütterlicherseits, Ruth von Kleist-Retzow, beschreibt der Autor als bedeutende Persönlichkeiten. Letztere knüpfte 1936 den Kontakt zu Pastor Bonhoeffer, der seinerzeit in Finkenwalde bei Stettin ein Predigerseminar der Bekennenden Kirche leitete. Die verwitwete Besitzerin von Gut Kieckow beschäftigte sich mit den Anliegen der theologischen Erneuerungsbewegung. Erst seit Herbst 1942 kam es in Berlin häufiger zu Begegnungen zwischen Maria und Dietrich. Im Januar 1943 verlobten sie sich. Kaum drei Monate später wurden Bonhoeffer und sein Schwager Hans von Dohnanyi wegen „Wehrkraftzersetzung“ verhaftet. Die Briefe, die Maria ihrem Verlobten in das Tegeler Gefängnis schickte, waren zunehmend sehnsuchtsvoll. Seehaber kommentiert dies: „Eine heile Welt wurde beschworen. Es tut beinahe weh, wenn man das liest.“ Marias innere Spannung wurde fast unerträglich für sie, dennoch hoffte sie weiter. Dann kam es zu dem verhängnisvollen Fund des geheimen Archivs Hans von Dohnanyis in Zossen im September 1944. Bonhoeffer wurde der tragischerweise nach einem Scheinprozess zusammen mit den Widerstandskämpfern Canaris, Oster, Strünck, Sack und Gehre gehängt, tragischerweise auch deshalb, weil es zu einem Zeitpunkt geschah, als die Alliierten schon die Lufthoheit über Deutschland besaßen.

Nur wenig gemeinsame Zeit vergönnt

Maria von Wedemeyer war zweimal verheiratet, wurde zweimal geschieden, und sie hatte zwei Söhne. 1976 starb sie mit 53 Jahren in Boston an Krebs. Seehaber hat es vermieden, Dietrich Bonhoeffer zu heroisieren, doch seine besondere Nähe zu Maria scheint immer wieder durch. Überschwänglich fällt sein vielfältiges Lob dieser Frau mit ihrem fest gegründeten Glauben aus: „Durch ihr offenes, herzliches Wesen hat sie andere zu sich eingeladen, ... ist offen und mit herzlicher Neugier auf sie zugegangen. Kälte und etwas Abweisendes hat wohl niemand jemals an ihr verspürt.“

Dagmar Jestrzemski

***Wolfgang Seehaber: „Maria von Wedemeyer. Bonhoeffers Verlobte. Ein Lebensbild“**, Brunnen Verlag, Basel 2012, geb., 384 Seiten, 16,99 Euro*



Abrechnung mit Politikern

Hans-Werner Sinn erklärt Fehler im Euro-System

Thilo Sarrazin und sein „Europa braucht den Euro nicht“ war gestern, jetzt spricht Hans-Werner Sinn. Sein Buch „Die Target-Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“ verliert sich nicht ganz so tief wie Sarrazin in Statistiken, sondern Sinn trifft so manche leicht verständliche, alles auf den Punkt bringende, die Regierenden provozierende Aussage mehr, als es der Ex-Bundesbanker Sarrazin vermag.

Der Chef des Wirtschaftsforschungsinstitut ifo schafft es zudem, obwohl bereits so viel über die Euro-Krise geschrieben wurde, noch Informationen zu liefern, die aus der Perspektive noch nicht geboten wurden. Dabei geht es nur bedingt um das dem Buch seinen Namen gebende Target-System der Europäischen Zentralbank. Das Verrechnungssystem zwischen den verschiedenen Zentralbanken der Euro-Zone verdeutlicht aber den Irrsinn der von der Politik geschaffenen Rahmenbedingungen zum Euro. So muss die Deutsche Bundesbank andere Euro-Zentralbanken bei sich „anschreiben“ lassen, ohne dass sie ein Recht hat, das so – im Grunde geliehene – Geld einzufordern. Als Sinn das Buch im August dieses Jahres in den Druck geben ließ, lagen diese Forderungen der Deutschen Bundesbank bei 751 Milliarden Euro, die zu lächerlichen 0,75 Prozent verzinst werden. Wenn man überlegt, was Griechenland und Co. sonst für Zinsen zahlen müssen, ist das ein Witz.

Überhaupt nimmt sich Sinn des Sinns von Zinsen als Preis für Kredite an. Er schildert, warum die Höhe des Zinses auch ein Schutzmechanismus für den Schuldner ist. Und er zeigt auch auf, wieso beispielsweise Italien seine jetzige Krise gar nicht hätte haben müssen. Hätte das Land, das mit seinem Beitritt zum Euro weniger Zinsen für seine Schulden zahlen musste, diesen Zinsvorteil sinnvoll genutzt, statt zu verkonsumieren, dann sähe die Lage ganz anders aus. Mitte der 90er Jahre zahlte Rom 11,5 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Zinsen. Hätte es, nachdem die Zinsen deutlich sanken, den gleichen Anteil für Zins und Tilgung verwandt, läge die italienische Staatsschuld jetzt bei 18 Prozent.

Italien könnte dank Euro inzwischen fast schuldenfrei sein

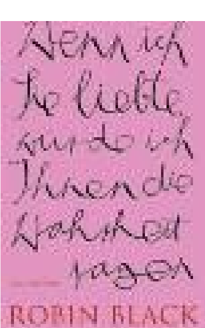
Sinn macht deutlich, warum viele Erklärungen der Politiker und auch ihre Lösungen zur Euro-Krise falsch sind. Schon die Aussage „Deutschland habe am meisten vom Euro profitiert“ hält der Ökonom für Blödsinn. „Wenn die Wahrheit durch die Häufigkeit einer öffentlichen Behauptung definiert wird, dann hat Deutschland tatsächlich stärker als andere Länder vom Euro profitiert“, so der Autor trocken. Zwar stehe Deutschland derzeit wirtschaftlich sehr gut da, aber das läge nur daran, dass das Land aus seiner Euro-Krise zu Beginn des Jahrtausends die richtigen Schlüsse gezogen habe. Und ja, Deutschland hatte schon seine Euro-Krise, denn nach der Euro-Einführung floss viel Geld ins südliche und östliche Europa, da die Anleger sich dort bessere Gewinnchancen versprachen. Das hatte zur Folge, dass in Deutschland weniger investiert wurde, Arbeitsplätze und danach der Konsum wegbrachen. Zwischen 2002 und 2007 hätte Deutschland die drittniedrigste Nettoinvestitionsquote aller 34 führenden Industrienationen der OECD aufzuweisen gehabt. Dafür floss Geld in den Süden, wurde dort verfrühstückt und schuf Blasen, die inzwischen geplatzt sind, siehe Immobilienblase in Spanien.

Sinn verweist darauf, dass Griechenland und Portugal um gut 30 Prozent ihre Preise senken müssten, um mit ihren Produkten und Dienstleistungen wieder wettbewerbsfähig zu sein. Selbst Frankreich müsste seine Preise um 20 Prozent senken, so der Autor, der damit der „Bild“, die vor wenigen Tagen titelte „Ist Frankreich das neue Griechenland“, einen seriösen Anstrich gibt. Hätte jedes dieser Länder noch seine eigene Währung, könnte es einfach abwerten, doch durch die Gemeinschaftswährung ist diese Möglichkeit genommen. Daher empfiehlt Sinn Griechenland auch einen „temporären“ Austritt aus dem Euro, da die Parteien im Land und die starken Gewerkschaften nicht willens sind, die notwendigen Preissenkungen beziehungsweise Lohnsenkungen in einem derart hohen Ausmaß durchzusetzen.

Es bereitet einem als Deutscher Freude, wenn Sinn mit den ganzen Behauptungen der Politiker aufräumt und Fakten dagegenstellt, die absolut überzeugend sind. Wer sich noch mit der Euro-Krise befassen mag und ein wenig volkswirtschaftliches Grundverständnis mitbringt, der wird die „Target-Falle“ mit Gewinn lesen.

Rebecca Bellano

***Hans-Werner Sinn: „Die Target-Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“**, Hanser, München 2012, gebunden, 417 Seiten, 19,90 Euro*



Segen und Fluch zugleich

Wie die Liebe einen manchmal davon abhält, das Richtige zu tun

„Wenn ich Sie liebte, würde ich Ihnen die Wahrheit sagen“ heißt der Titel der zehn melancholischen Kurzgeschichten der Kanadierin Robin Black. Alle widmen sich dem Thema Liebe, jedoch jede auf eine ganz besondere Art und Weise. Sie schreibt nicht von den Anfängen voller Romantik, sondern davon, was von der Liebe bleibt, wenn die Schmetterlinge im Bauch nicht mehr da sind. Die Autorin hat ein feines Gespür für das Innerste der Menschen und für deren Gedanken. Sie hat die Gabe, Worte dafür zu finden, Worte, die womöglich so nie ausgesprochen werden. Denn gerade wenn man jemanden liebt, fällt es einem schwer, die Wahrheit zu sagen, nicht nur, weil sie doch für den Gegenüber schmerzhaft wäre, sondern vor allem einem selber wehtun würde. Zu gern verdrängen wir daher das Offensichtliche und wollen es nicht wahr haben.

Auch der Protagonist der ersten Geschichte, Jack, will das wahre Leben nicht sehen. Er ist blind vor Liebe zu seiner Tochter Lila. So blind, dass er ihr Bedürfnis nach Freiheit und Selbstständigkeit nicht sieht. Seine seit dem sechsten Lebensjahr durch einen Unfall erblindete Tochter besitzt trotz ihrer Behinderung die Fähigkeit, in den Vater hineinzuschauen. Sie weiß seit Langem, dass er unglücklich ist. Er bleibt nur Lila zuliebe mit seiner tiefdepressiven Ehefrau zusammen, um die Illusion der heilen liebevollen Familie aufrechtzuerhalten und um seine Tochter glücklich zu wissen.

Einen Neuanfang kann es für die Hauptfigur einer anderen Geschichte nicht mehr geben. Sie leidet an Krebs und erwartet bereits ihren Tod. Immer mehr grenzt sich die Frau ab, immer mehr versinkt sie in einer anderen Welt. Als ihre Nachbarn einen hohen Zaun bauen, nimmt er ihr endgültig die Luft zum Atmen weg. Sie sagt nichts, zu intim, zu schmerzvoll wäre es für sie, über ihre Krankheit zu sprechen.

So sind alle Erzählungen von Robin Black: still und doch so berührend. Sie handeln von der Liebe zu Kindern, Geschwistern oder Eheleuten und wie Schicksalsschläge die Liebe verändern, zerstören oder sie noch stärker machen.

Robin Black hat insgesamt acht Jahre an den Geschichten gefeilt, so überrascht es nicht, dass sie literarisch ausgereift sind. Black ist eine gute Erzählerin, ihre Sprache ist poetisch, aber zugleich klar und gut verständlich. Ihre Herangehensweise an die Figuren schafft eine beeindruckende Tiefe, es ist selten, die menschlichen Charaktere mit all ihren Zweifeln und Schmerzen so treffend beschrieben vorzufinden. Und trotzdem vermisst man das Leichte und Schöne der Liebe. Immer wieder leben die Menschen die Enttäuschungen des Lebens, sie werden in ihren Grundmauern erschüttert, leiden und betrauern das, was war. Aber es ist nicht die Akzeptanz des Schicksals, die uns weitermachen lässt. Es ist die Hoffnung auf ein besseres und glücklicheres Leben.

Obwohl den Geschichten also das berühmte Licht am Ende des Tunnels fehlt, sind sie so wunderbar zu lesen, dass jeder anspruchsvolle Leser an dem Buch seine Freude haben wird.

Anna Gaul

***Robin Black: „Wenn ich Sie liebte, würde ich Ihnen die Wahrheit sagen“**, Luchterhand, München 2012, gebunden, 320 Seiten, 19,99 Euro*

Wien wendete sein und Europas Schicksal

Populärwissenschaftliche Biografie über den Osmanenherrscher Süleyman I. mit Schwächen

Er gilt als der bedeutendste osmanische Herrscher der frühen Neuzeit. Die Türken nennen Süleyman I. ehrfurchtsvoll den „Prächtigen“ und bewundern den Sultan sowohl als Feldherrn und Krieger als auch als weisen Gesetzgeber und Staatsmann. Den großen Monarchen seiner Zeit, wie dem deutschen Kaiser Karl V., Franz I. von Frankreich, Heinrich VIII. von England und Iwan dem Schrecklichen von Russland, stand er an Machtfülle und Prunk in nichts nach. Die Verehrung Süleymans ist bezeichnend für eine Osmanen-Renaissance, die die Türkei seit einigen Jahren erlebt. Dabei besinnt sich das Land zurück auf das kulturelle und politische Erbe jenes Großreiches, das zwischen dem 14. und 19. Jahrhundert zur Weltmacht aufstieg.

In 16 essayhaften Kapiteln beleuchtet der erfolgreiche niederländische Journalist Henk Boom das Leben und Werk Süleymans. Dank seiner Feldzüge weitete dieser den Herrschaftseinfluss seines Staats aus und machte ihn zu einem wichtigen Akteur der europäischen wie nahöstlichen Politik.

Ein sehr gebildeter Kriegsherr

Geboren zwischen 1494 und 1496 eroberte er nach dem Balkan die Insel Rhodos und Ungarn. Aus der Aufteilung Ungarns zwischen dem Osmanischen und dem Habsburgerreich entwickelte sich später die österreichisch-ungarische Monarchie. Als 1529 Süleymans Truppen vor Wien standen, zitterte das christliche Abendland. 1534 nahm er den Persern Täbris und Bagdad und unterwarf Tripolitanien und Algerien der türkischen Hoheit. Mit Hilfe des Seeräubers Cheir ed-Din Barbarossa baute er die türkische Flotte auf und beherrschte das Mittelmeer und die Meere bis zum Indischen Ozean.

Innenpolitisch reformierte der Sultan das Steuersystem, die Verwaltung und die Justiz. Seine Beamtenschaft und seine Heerführer rekrutierte er durch die sogenannte Knabenlese, bei der er christliche, vorwiegend männliche Jugendliche aus ihren Familien verschleppen und islamisieren ließ. Ferner förderte er die Wissenschaften, die Literatur und die Baukunst. Der ursprünglich gelernte Goldschmied war sehr belesen, polyglott und verfasste unter dem Pseudonym Muhibbi über 3000 Gedichte. Als er schon über 70-jährig bei einem erneuten Heereszug gegen Ungarn starb, folgte ihm sein Sohn Selim II. auf den Thron.

Für die Spurensuche hat sich der Autor nicht nur in zahlreiche Archive in der Türkei, Ungarn, Wien, Bosnien und auf Rhodos begeben, sondern auch die Menschen vor Ort zu ihrer heutigen Sicht befragt. Neben den zahlreichen Eroberungen beschäftigt er sich mit der Familiengeschichte des Sultans, in der Brudermord ein legitimes Mittel zum Machterhalt darstellte. Eigene Kapitel widmet der Autor Süleymans außergewöhnlicher Beziehung mit der Sklavin Roxelane und dem besonderen Verhältnis zu seinem Hofarchitekten Sinan.

Brudermord war damals akzeptiert

Während Boom häufig den habsburgischen Gesandten Ogier Ghislain de Busbecq sowie Historiker aus dem 19. und 20. Jahrhundert zitiert, vernachlässigt er zeitgenössische Autoren und osmanische Chronisten. Zudem unterlaufen dem Niederländer Fehler. Die falschen Orts- und Personenbezeichnungen (Byzantium statt Byzanz) sowie Sachmängel (nicht Slowenien, sondern Slawonien gehört nach heutiger Geografie zum Osmanischen Reich, der altrömische Autor Plinius der Ältere hat sicherlich noch nicht von den Türken geschrieben) sind teilweise auch den deutschen Übersetzern zuzuschreiben. Für eine historische Biografie hätte man sich mehr Sachlichkeit gewünscht. Stattdessen beschreibt Boom in journalistischer Manier die Atmosphäre seiner Gespräche vom Wetter über die Inneneinrichtung der Büros bis hin zum vermeintlich internationalen Ruf seiner Interviewpartner.

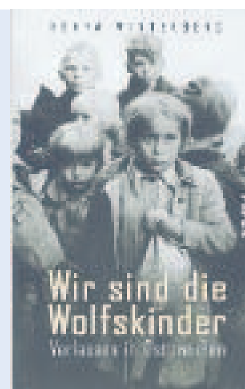
Sophia E. Gerber

***Henk Boom: „Der große Türke. Süleyman der Prächtige. Sein Leben, sein Reich und sein Einfluss auf Europa“**, Parthas Verlag, Berlin 2012, geb., 420 Seiten, 28 Euro*



„Wolfskinder"
erzählt von einer ostpreußischen Flüchtlingsfamilie, deren Kinder sich auf den Trecks aus ihrer Heimat verloren hatten und auf wundersame Weise wieder zusammenfanden. Eberhard Fechner schildert die spannenden Erlebnisse dieser Geschwister zwischen Privatem und Geschichtlichem.
Als Extra ist die Dokumentation „Flucht und Vertreibung – Inferno im Osten" zu sehen.
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568

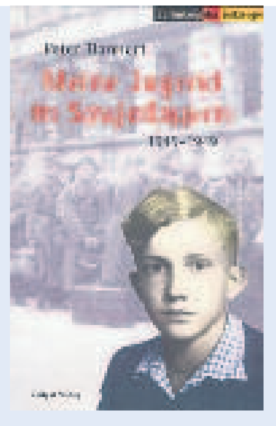
DVD – Mit Bonusfilm – statt € 14,95 nur noch € 9,95



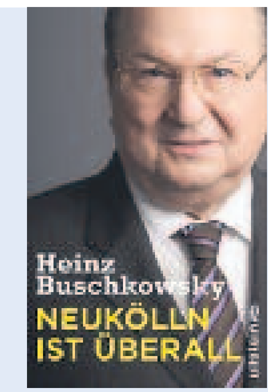
Soya Winterberg
Wir sind die Wolfskinder
Verlassen in Ostpreußen
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr.: 7191, € 19,99



DVD
Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Peter Bannert
Meine Jugend in Sowjetlagern 1945-49
Kart., 178 Seiten
Best.-Nr.: 7173, € 12,90



Heinz Buschkowsky
Neukölln ist überall
Deutschlands bekanntester Bürgermeister redet Klartext.
Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 7201, € 19,99

Christel Wels
Wir hatten immer Angst



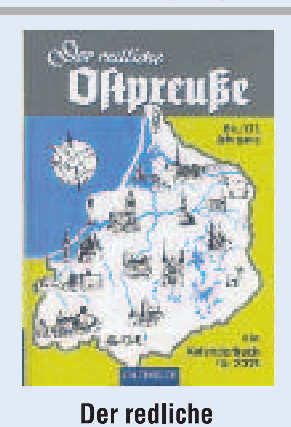

Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945- 1948 Christel Wels, geb. Faust aus Groß Pöppeln im Kreis Labiau, Ostpreußen, am Kurischen Haff, beschreibt das Schicksal ihrer Familie in den Jahren 1945 bis 1948 im seit 1945 russischen Teil Ostpreußens. Unbeschreiblich Schlimmes haben die Zwillinge Christel und Alice, ihre Mutter sowie die Geschwister Elfriede und Gerhard erleiden müssen. Jahre, die für da ganze Leben prägend waren und Geschehnisse, die erst im Laufe der Jahrzehnte aufgearbeitet werden konnten. Eine Dokumentation die es wert ist, von vielen Menschen gelesen zu werden.
Man kann das Erlebte in einem Satz zusammenfassen: Vergeben ja, vergessen niemals.
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



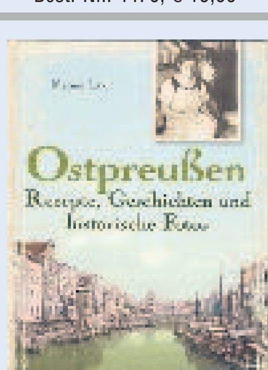
Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945 Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

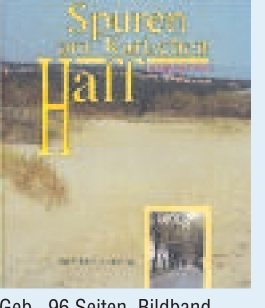


Der redliche Ostpreuße Kalender 2013
Geb., 128 Seiten, 17 x 24 cm, 45 Abbildungen,
Best.-Nr.: 7199, € 9,95



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 7085, € 9,99

Barbara Mai
Spuren am Kurischen Haff
Die Reise an das Kurische Haff ist für viele eine Reise in die Vergangenheit. Sie wird zu einer Spurensuche in der alten Heimat, denn selten finden die in Ostpreußen Geborenen die vertrauten Bilder aus der Kindheit und Jugend wieder. Schmerzlich bruchstückhaft zeigt sich die Heimat dem Suchenden, übrig geblieben sind oft nur Spuren.
Barbara Mai geht den Spuren ihrer Herkunft in diesem Bild-/ Textband in einfühlsamer Text- und Bildsprache nach.



Geb., 96 Seiten, Bildband, 96 Abb.
Best.-Nr.: 3172
statt € 19,00 nur € 12,95



DVD
Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



DVD
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

sehensWERT!
Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Der Deutsche Osten in alten Bildern, DVD

Eine einzigartige filmische Reise führt uns nach Masuren, Oberschlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Bessarabien, Ostpreußen und ins Sudetenland.
Die ehemaligen deutschen Ostgebiete gehören heute zu Polen, der tschechischen Republik, Litauen, Rußland und Moldawien. In zum Teil noch nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition dieser Regionen wieder lebendig. Über viele Jahrhunderte haben Deutsche die Landschaft, die Arbeit und das kulturelle Leben geprägt, haben Dörfer und Burgen, Kirchen und Schlösser errichtet. Vor 700 Jahren kamen die deutschen Ordensritter, um das Land zu christianisieren. Ihre stolzen Ordenssitze sind stumme Zeugen dieser längst vergangenen Zeit. Der Zweite Weltkrieg hat die Landschaft jedoch für immer verändert. Millionen flohen in Richtung Westen. Viele Häuser wurden zerstört, Kunstschätze und Monumente sind unwiederbringlich ausgelöscht. Die Filmaufnahmen dokumentieren ein Stück unvergessener deutscher Heimat im Osten und sind zugleich ein Zeugnis für die wechselvolle Geschichte Osteuropas.
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207

DVD – € 9,95

Heiner Kappel
Kapiert's endlich! Geldkrieg statt Weltkrieg
Gibt es eine Alternative zu dem, was sich da zusammenbraut?
Heiner Kappel durchdachte scharf, dass mit der Einführung des Euro die Transferunion von langer Hand geplant war. Unter dem Dach des Euro ist Deutschland an die Kette gelegt. Die Mächtigen dieser Welt ziehen an den Strippen. Die Folgen für unser Land sind katastrophal. Welche Auswege sind möglich? Aufgabe der staatlichen Souveränität? Preisgabe des Euro? Was ist noch denkbar?
Kart., 62 Seiten
Best.-Nr.: 7202
€ 6,99

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206
CD – € 17,95

Morgenrot - Der U-Boot Klassiker der UFA,
DVD Spielfilm über den U-Boot Krieg im Ersten Weltkrieg – die Geschichte von U21 auf Feindfahrt im Atlantik. Morgenrot wurde in der Zeit der Weimarer Republik gedreht und nur wenige Tage nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten uraufgeführt. Seine ambivalente Haltung zu Krieg und Heldentum sorgte in der noch nicht gleichgeschalteten Presse für sehr unterschiedliche Kritiken von pazifistisch bis kriegsverherrlichend. Morgenrot setzte Maßstäbe für die damalige Kamera und Tontechnik und wurde Vorlage für spätere U-Boot-Filme. In High-Definition vom Original-Negativ abgetastet. Mit Booklet: Eine ausführliche filmgeschichtliche Einordnung
Laufzeit: ca. 81 min.
Best.-Nr.: 7205
DVD – € 24,95

Preußen-Schirmmütze




Preußen-Schirmmütze
Abweichend zur Abbildung dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, CD Musikantengilde Halver, Harald Falk Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen, das Land der Elche und der Trakehner Pferde, das Land, das in unzähligen Büchern und Bildbänden seine Geschichte und seine Geschichten erzählt. Seine Lieder aber kennt man vielleicht aus dem Zupfgeigenhansl, aus dem Brummtopf, dem Liederschrein oder dem Wilden Schwan.
Als in den Jahren 1969 und 1970 die Schallplattendokumentation »Volkslieder aus den deutschen Vertreibungsgebieten« erschien, schrieb Professor Herbert Wilhelmi in den Begleittext über die Lieder aus Ostpreußen: »Der Liedergarten Ostpreußens aber ist besonders reich an Varianten, sowohl der Texte wie der Weisen. Die Daina im Memellande in ihrer transparenten Balladendichtung, die mit wenigen Strichen zeichnend ganze Lebensbilder erstehen läßt, ihre Merkmale tonaler Beziehungen zum griechischen Tonartenkreis, die Kürze der Melodieaussage, alles weist auf Urtypen des Balladengesanges hin, die im mitteleuropäischen Raume längst verklungen sind. Lieder wie ‚An des Haffes ander'm Strand', ‚O käm das Morgenrot' zeigen eine Vielfalt der Volkstemperamente von der Leidenschaft bis zur milden Heiterkeit, die diesem Volksstamme ganz besonders gut steht. Die Lieder der Masuren zeigen ähnliche Kürze in der Form. Häufig nur 6 Takte. Mehrere Lieder sind durch Liedblätter, Liederbücher in der letzten Zeit bekannter geworden, so die Abendlieder ‚Laßt uns all nach Hause gehen' oder ‚Zeit zu geh'n ist's'. Der Polyrhythmus in diesen Liedern ist eine besondere Eigenart der getragen Liedgattung Masurens, während in den heiteren und bewegten Liedern der Mazurka-Rhythmus mit dem anspringenden Volltakt vorherrscht.« Die Liedauswahl dieser CD beginnt mit dem titelgebenden Lied der Schwäne »…sing, sing, was geschah….« und steht damit gewissermaßen für das Schicksal des besungenen Landstrichs. Jenseits der akademischen Betrachtung soll diese Platte aber vor allem Freude bereiten – ob es nun die Erinnerung an die alte Heimat oder einfach nur die Freude am besonderen Volkslied und an besonderen Interpreten ist.



CD – € 12,95

1) Zogen einst fünf wilde Schwäne 2:11 min
2) Das Feld ist weiß 1:56 min
3) Flogen einst drei wilde Tauben 1:35 min
4) Hab durchs Fenster einst gesehen 2:25 min
5) Reiter, schmuck und fein 2:57 min
6) Steig ein, Liebste mein, komm, du Schöne 3:17 min
7) Dort jenes Brünnlein 1:19 min
8) Ja da fahren viele Wagen den Berg hinauf 2:07 min
9) Spielt, ihr Musikanten, flink auf allen Saiten 2:44 min
10) Ei, du Vogel Stieglitz 1:22 min
11) De Oadeboar 2:50 min
12) Ging ein Weiblein Nüsse schütteln 1:09 min
13) Hinterm See bei den vier Eichen 1:44 min
14) Auf des Sees anderer Seit' 2:01 min
15) Hüpft die kleine Lerche 1:40 min
16) O käm das Morgenrot herauf 3:05 min
17) Feinslieb, ich habs erfahren 3:33 min
18) O Herz, mein Herze, so gib mir doch Antwort 2:12 min
19) Die Erde braucht Regen 1:41 min
20) Singen, tanzen und fröhlich sein 1:40 min
21) Et weer moal e scheener Friejer 2:53 min
22) Welch großes Wunder 2:21 min
23) Wunschlied (Wir treten herein) 2:12 min
24) Überm Wasser, überm See weiß ich eine Linde stehn 3:10 min
25) An des Haffes ander'm Strand 1:46 min
26) Es dunkelt schon in der Heide 2:18 min
27) Abends treten Elche aus den Dünen 2:30 min
28) Laßt uns all nach Hause gehen 1:54 min
29) Schloap, mien Kindke, lange 1:55 min
Gesamt: 66 min
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091
€ 19,95

Elchschaufel-Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Quernadel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Elchschaufel-Manschettenknöpfe

Hochwertige Manschettenknöpfe mit emaillierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6643, € 24,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser = 20mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 45/12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

»Ganze Clans ausweisen!«

Bremen – Der Ortsamtsleiter des Bremer Stadtteils Blumenthal, Peter Nowack, fordert, minderjährige ausländische Straftäter mitsamt ihren Familien auszuweisen. Er habe „die Nase voll davon, dass sich einige Clans, meist Roma, fast alles vom Staat bezahlen lassen, aber die Straße als rechtsfreien Raum betrachten“, so der SPD-Politiker. Deutsche Anwohner berichten, sie würden als „Scheiß-Deutsche“ beschimpft und bespuckt. Eine 89-Jährige war von einem 15-Jährigen fast totgeprügelt worden. *H.H.*

USA fürchten um Goldbestände

Quito – Da Ecuador plant, sein Gold heimzuholen, fürchten nun die USA, das Beispiel könnte Schule machen. In den USA lagern zahlreiche Banken aus aller Welt ihr Edelmetall. Nun wird indirekt die Deutsche Bundesbank für Ecuadors Entscheidung verantwortlich gemacht, da zuerst aus Deutschland Zweifel an der Menge und der Echtheit des in den USA gelagerten Goldes geäußert wurden. *Bel*

ZUR PERSON

Kopten-Papst in schwerer Zeit

Das Los wollte es so. In Zeiten, da die ägyptischen Christen unter islamischem Beschuss stehen, wurde Bischof **Tawadros** per „Lotterie“ neuer Kopten-Papst. Zusammen mit zwei anderen Kandidaten lag sein Namenszettel in einem Lostopf, und ein kleiner Junge zog in der Kairoer Markus-Kathedrale mit verbundenen Augen den „Hauptgewinn“.

Ob sich der 60-Jährige darüber gefreut hat, ist nicht übermittelt. Der Presse ließ er nur ausrichten, dass er ihm am meisten daran gelegen sei, „wenn die Kirche als Institution ihrer Gemeinde dient“.

Fromme Worte von einem Mann, von dem die meisten Kopten ein energisches Auftreten gegen die islamistische Gewalt fordern. Denn in der Silvesternacht 2011 wurden bei einem Bombenanschlag in Alexandria 21 Christen getötet. Und im Oktober desselben Jahres kamen in Kairo 26 Kopten ums Leben, als Armeefahrzeuge offenbar gezielt in eine protestierende Menge rasten.



Seit dem Aufstand gegen das alte Mubarak-Regime haben geschätzt schon 100 000 Christen das Land wegen der zunehmenden Gewalt verlassen.

Das neue 118. Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche musste ausgelost werden, nachdem Vorgänger Shenuda III nach 40-jähriger Amtszeit im März gestorben war. Tawadros gilt als aufgeschlossen und war studierter Pharmazeut, ehe er 1986 in ein Kloster eintrat, 1989 zum Priester geweiht und 1997 zum Bischof ernannt wurde.

Experten rechnen damit, dass er als neues Oberhaupt von acht Millionen ägyptischen Kopten für eine offenere Gesellschaft eintritt und eine versöhnliche Haltung gegenüber den Muslimen vertritt. Ob sich die radikalen Muslime überhaupt versöhnen wollen, ist eine andere Frage. Das Schicksals-Los wird es zeigen. *tws*



Zeichnung: Mohr

Lachen und knistern

Was deutsche Medien witzig finden, wie sich der Staat um die »Zwickauer« gekümmert hat, und warum Obama einfach besser ist / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Sackhüpfen, komische Hüte aufsetzen und einen Mann namens „Atze“ im rosa Samt-Overall bestaunen. So geht Humor beim ZDF. US-Schauspieler Tom Hanks, der eigentlich nur die Deutschland-Premiere seines neuen Films bewerben sollte, war bei „Wetten, dass ...?“ mitten hineingeraten ins Inferno öffentlich-rechtlicher Lustigkeit. Leider konnte der Ami über den Zinnober überhaupt nicht lachen und beschwerte sich anschließend bitterlich.

Es ist schon eine Plage mit dem deutschen Medienhumor. Dort lacht man über Sachen, die der Rest der Welt nur peinlich findet. Dafür kringelt sich die Welt über Zoten, welche man in den deutschen Medien todernst nimmt.

Zum Beispiel das hier: Treffen sich ein paar jugendliche Extremisten und beschließen, den Inlandsgeheimdienst eines 80-Millionen-Staates zu unterwandern und zu ihrem Instrument zu machen.

Darüber würde sich Tom Hanks vermutlich kaputtlachen. Und mit ihm die ganze restliche Welt. So ein Quatsch: Die paar Blödel wollen einen Geheimdienst mit Tausenden professionellen Mitarbeitern und Sicherheitskontrollen und was nicht allem hochnehmen! Was für ein Kalauer!

Nicht für die deutschen Medien. Die sind tatsächlich überzeugt davon, dass es einem Häuflein mehr oder minder begabter Neonazis gelungen ist, den „Verfassungsschutz zu unterwandern“ und ihn „auf dem rechten Auge blind“ zu machen.

Allerdings, ob die das wirklich glauben? Oder lügen die uns etwa an? Ist doch ganz egal: Wenn man sich seine eigenen Lügen nur oft genug selbst erzählt, fängt man an, sie irgendwann selber zu glauben.

Das Wichtigste an einer Lüge ist ihr Gebrauchswert. Lügen ist anstrengend und die Mühen wollen belohnt sein. Hier geht es um den Kampf gegen Rechts. Wo käme der denn hin, wenn alle erkennten, dass Neonazis und Gegen-Rechts-Kämpfer zwei Abteilungen von ein und derselben staatlichen Schauspieltruppe sind? Die Kämpfer werden jährlich mit Millionen für Aktionen, „Forschungsaufträge“ und ein Heer von Planstellen staatlich bezuschusst. Damit die Deutschen ihr Geld dort gut angelegt finden, schickt ihnen der Verfassungsschutz die eigenen Agenten entgegen, die den Nazi machen. Um das „Zwickauer Trio“ hat es nach Informationen des neuesten „Spiegel“ nur so gewimmelt von Staats-Nazis.

Neben der Arbeitsbeschaffung in der Antifa-Industrie und beim Verfassungsschutz erfüllen die Nazis noch einen weiteren wichtigen Zweck: Mit dem braunen Menetekel an der Wand können die Regierenden allerhand Dinge durchsetzen, gegen die sich sonst Widerstand regen könnte. So wird derzeit das Fernmeldegeheimnis massiv eingeschränkt, damit der Staat jederzeit unbemerkten Zugriff auf alle Daten von Internet-Nutzern bekommt. Anbieter von Netzverbindungen (Provider) mit mehr als 100 000 Kunden sollen den Geheimdiensten, der Bundespolizei, dem Zoll etc. eine „Schnittstelle“ einrichten, von der aus alles und jeder unerkannt überwacht werden kann.

> Wer gegen noch mehr Überwachung ist, der sympathisiert bestimmt mit den Neonazis

Parallel dazu entwickelt die Bundesregierung zusammen mit europäischen Partnern ein Filtersystem, mit dem „gewalttätige oder befürwortende Formen des Terrorismus und Extremismus“ im Netz gesperrt werden können. Das Gesetz zum System ist laut Kritikern so dehnbar, damit die „Dienste“ nach Gusto zensieren könnten.

Und wozu benötigen wir dabei die „Nazis“? Ganz einfach: Wer gegen die Massenüberwachung protestiert, der muss sich fragen lassen, ob er die „braune Terrorgefahr verharmlosen“ wolle oder „auf dem rechten Auge blind“ sei. Nach den geltenden Regeln ist man schon verdächtig, wenn einem diese Frage nur gestellt wird. Denn darin lauert bereits die Unterstellung: Sie sympathisieren heimlich mit den Schurken.

Ogottogott, den Schuh will sich natürlich niemand anziehen, also schweigen wir lieber stille zu den finsteren neuen Überwachungsinstrumenten. Auf diese Weise leisten die Staats-Nazis einen wichtigen konstruktiven Beitrag zur Festigung der Wehrhaftigkeit unseres Staates.

Außerdem funktionieren die braunen Jungs wie eine Art Evergreen, den man immer dann auflegt, wenn es gilt, andere Geräusche zu übertönen. Etwa das Knistern der im Euro-Debakel verbrennenden Steuermilliarden. Wer will noch über Geld reden, wenn die „braune Pest“ schon wieder zugeschlagen hat! Dann stehen wir auf der Straße, zeigen unsere Wut und sind auf einmal wieder ganz einig mit unseren Politikern im Kampf gegen Rechts. Knistern? Welches Knistern?

Beim Fernmeldegesetz half überdies der Himmel mit beim Ablenken. Die Meldung rutschte ganz leise durch, als uns allen gerade die Ohren dröhnten von „Sandy“, dem US-Wahlkampfsturm, den natürlich keiner der Kontrahenten für Wahlkampfzwecke ausgenutzt hat.

Wenn es nach den Deutschen gegangen wäre, hätten sich die Amis den aufreibenden und teuren Kampf ums Weiße Haus ohnehin sparen können. Nach einer Umfrage waren hierzulande mehr als 90 Prozent für Obama und nur kaum messbare drei Prozent für Romney. Warum Obama? Das wussten die Allermeisten nicht zu sagen, „nur so ein Gefühl“.

Und woher kommt das? Nun, alles, was die Deutschen über die beiden US-Politiker und ihre Parteien „wissen“, haben sie von den großen deutschen Medien serviert bekommen. So also sähe die Meinungsbildung in Deutschland aus, wenn wir ohne eigene Anschauung der Wirklichkeit nur nach dem gehen müssten, was uns aus Sendern und Blättern so entgegen flattert.

Das Ulkige war, dass auch die allermeisten deutschen „Berichterstatter“ kaum gravierende inhaltliche Gegensätze zwischen Obama und Romney herausarbeiten konnten oder wollten. Aber Obama war halt „irgendwas mit links“ und Romney „irgendwas mit rechts“ und das reichte, um zu wissen, wer gut und wer böse ist. Daher konnten wir von den deutschen Korrespondenten hören, wie „Obama seine Anhänger mitreißt“, während Romney bei den Seinen „Emotionen schürt“. Sachlich haben beide das Gleiche gemacht, Wahlkampf eben. Nur „mitreißen“ klingt eben unwiderstehlich sympathisch, während „Emotionen schüren“ nach Aufhetzen riecht. Schon ist es fertig, das gewünschte „Gefühl“.

Nächstes Jahr sind wir endlich selber dran mit Wählen. Nur dass wir das hier viel billiger hinkriegen. Etliche Milliarden Dollar hat er beide Seiten gekostet, der US-Wahlmarathon. Wer will sich da noch über die popeligen zwei Milliönchen aufregen, die Peer Steinbrück bei seinem Rede-Zirkus eingesackt hat.

Na ja, in Bochum, einer der ärmsten Städte Deutschlands, wo jede Schlaglochpiste und jeder Wasserfleck an der Decke des Klassenzimmers mit der „angespannten Haushaltslage der öffentlichen Kassen“ entschuldigt wird, reibt man sich schon die Augen, welch pompöse Honorare die Stadtwerke für Plauderstündchen ausgeben.

Nicht nur Steinbrück, auch Joschka Fischer und Joachim Gauck (vor seiner Präsidentschaft) haben je 25 000 Euro erhalten für ein wenig Gelaber. Fischer schwadronierte unter dem Motto „Mensch sein“ über dies und das aus Privatleben und Politik. Ob das wohl auch jene Bochumer interessiert hat, die von dem Honorarsatz von 25 000 Euro zweieinhalb Jahre leben müssen?

Die Bayern interessieren sich jedenfalls brennend für solche Geschichten wie die aus Bochum. Sie finanzieren über den Finanzausgleich Ländern, auch NRW, ohnehin schon den kostenlosen Kindergartenbesuch oder das Umsonst-Studieren und sind an Investitionsruinen wie am Nürburgring ebenso beteiligt wie am Management-Desaster Berliner Flughafen. Das Rednerfüllhorn im bettelarmen Bochum dürfte am Fuß der Alpen weitere „Emotionen schüren“. Dafür braucht's gar keinen Romney.

MEINUNGEN

Das Magazin „Eigentümlich frei“ zitiert den Publizisten ***Michael Klonovsky*** *mit dem denkwürdigen Satz:*

„Die deutsche Nachkriegsgeschichtsschreibung wird zunehmend ein Fall für die Geschichtsschreibung.“

Der Staatsrechtler ***Karl Albrecht Schachtschneider*** *erklärt in der „Financial Times Deutschland“ vom 30. Oktober am Beispiel der EU, warum Großstaaten zur Diktatur neigen:*

„Das Parlament vertritt kein Volk, weil es ein Unionsvolk nicht gibt. Es wird nicht gleichheitlich gewählt, weil das Stimmgewicht der nationalen Wähler bis zu 1200 Prozent voneinander abweicht. Es hat nicht die Befugnisse eines Parlaments,



zumal nicht das Gesetzinitiativrecht. Es hat keine Legitimationskraft, ist also überflüssig. Der Europäische Gerichtshof ist ohne jede demokratische Legitimation, hat aber außerordentliche Macht ... Die Kommission ist eine obrigkeitliche, überbezahlte, arrogante und machtbesessene Bürokratie. Im Europäischen Rat üben die Staats- und Regierungschefs die Macht über die Völker Europas aus ... Ihre Absprachen haben stärkere Verbindlichkeit als Verfassungen und Gesetze. Die Parlamente sind ohnmächtig ... Das Ziel postnationaler Ordnung ist ein Horror.“

Auch ***John Kornblum****, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland (1997–2001), spricht sich im „Handelsblatt“ vom 1. November gegen die plakative Forderung nach* ***„mehr Europa“*** *aus:*

„Die Geschichte lehrt uns, dass Menschen, die ihren unterschiedlichen Ideen frei nachgeben können, am Ende erfolgreicher sind als solche, die einem einheitlichen politischen Codex folgen müssen ... Kreative Vielfalt statt monotoner Einfalt sollte deshalb die Richtschnur für Europa sein.“

Michael Sauga *kritisiert im „Spiegel“ vom 29. Oktober die* ***Rentenkonzepte*** *von Union und SPD:*

„Der Widerspruch ist offensichtlich. Um nichts sind Union und SPD angeblich so bemüht wie um das Wohl unserer Kinder und Kindeskinder. Ihre aktuellen Rentenpläne aber laufen auf den Versuch hinaus, Altersarmut durch Jugendarmut zu bekämpfen.“

Für den Philosophen ***Hans-Hermann Hoppe*** *gibt es keinen Unterschied zwischen einem modernen* ***Staat*** *und einer* ***Verbrecherorganisation****. Der „Jungen Freiheit“ (2. November) sagte er:*

„Auch bei der Mafia gibt es eine ‚Exekutive‘, eine ‚Legislative‘ und eine ‚Judikative‘. Sehen Sie sich daraufhin doch nochmal den Film ‚Der Pate‘ an.“